Nr. 129 Mittwoch, den 8. Juni 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Die örtlichen Verhandlungen über den Tarif im Baugewerbe werden in Leipzig am Donnerstag nachmittag aufgenommen.

•

In der Gegend von Königsbrück wurden drei Soldaten des 177. Infanterieregiments durch Blitzschlag getötet und 15 schwer oder leicht verletzt.

•

Die Vorlage wegen Erhöhung des Lohnes für Wilhelm II. wurde gegen die Stimmen unsrer Genossen der Budgetkommission überwiesen.

•

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission begann gestern mit der Beratung des Abschnitts über die Krankenversicherung.

•

Die Automobilraserei der sogenannten Prinz-Heinrichfahrt mußte nach einem schweren Unfall abgebrochen werden.

Die Selbstlosigkeit von 1820.

Leipzig, 8. Juni.

Es scheint ein wahrer Unglücksstern über dem tristen Herrn Bethmann-Hollweg zu schweben. Er ist ein umgekehrter Midas. Diesem mythischen Könige wandelte sich bekanntlich alles, was er berührte, in Gold, während Herr Bethmann-Hollweg die weniger angenehme Eigentümlichkeit hat, daß sich alles, was er berührt, in Pech verwandelt. So war's bei der preußischen Wahlrechtsvorlage, so jetzt wieder bei der Vorlage über die Erhöhung der preußischen Zivilliste.

Die Zumutung, das Einkommen des preußischen Königs aus Mitteln der Steuerzahler um weitere 3½ Millionen zu erhöhen, hat in allen Kreisen der Bevölkerung so böses Blut gemacht, daß trotz aller Bemühungen, diese Stimmung zu vertuschen, sie doch immer wieder durchbricht. Selbst die Deutsche Tageszeitung muß gestehen, daß vom Standpunkt politischer Opportunität viel gegen die Vorlage zu sagen wäre, und der Hamburger Korrespondent vollends schreibt:

Leider ist die Aktion nicht gerade sehr glücklich eingeleitet worden. Es liegt in der geheimen Sondierung der Parteien etwas einer starken Regierung Unwürdiges. Sie tritt besser mit dem, was sie für richtig hält, frei und offen hervor. Ebenso offen muß die Angelegenheit dann vom Parlament behandelt werden.

Wie groß übrigens die „Notlage" Wilhelms ist, geht schon daraus hervor, daß er sich seinerzeit das Schloß Achilleion auf der Insel Korfu für die Kleinigkeit von einer Million Mark gekauft hat. Und dabei heißt es in der Begründung der Lohnforderung, daß die Krone so sehr viele Schlösser habe, die sie zwar nie benutzen kann, deren Unterhalt jedoch sehr viel Geld koste.

Aber nicht diese Stelle der Begründung ist es, die besonderes Interesse beansprucht. In der amtlichen Denkschrift befindet sich eine andre Passage, die erheblich interessanter ist, und die über das Zustandekommen der preußischen Zivilliste das schärfste — Dunkel verbreitet. Dort wird nämlich unter anderm behauptet, durch die Verordnung des Jahres 1820 seien sämtliche Domänen und Forsten „dem Staate überlassen" worden. Und in der offiziösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es sogar, die Krone habe, „indem sie immer die eigenen Interessen hinter denen des Staats zurücktreten ließ", bereits durch königliche Verordnung vom 17. Januar 1820 die sämtlichen Domänen und Forsten gegen eine feste Rente von 2½ Mill. Taler dem Staat überlassen. Diese Ueberlassung wird ausdrücklich als ein „Akt der Selbstlosigkeit" bezeichnet.

Sehen wir uns diesen erhebenden „Akt der Selbstlosigkeit" einmal näher an.

Wir hatten schon einmal nachgewiesen, daß es eine amtliche Fälschung der Geschichte ist — eine viel schlimmere, als die Fälschung der Geschichte durch die päpstliche Enzyklika —, wenn Herr Bethmann-Hollweg behauptet, daß die Hohenzollern im Jahre 1820 dem Staate die Domänen überlassen hätten. Das konnten sie schon deshalb nicht tun, weil ihnen diese Domänen auch schon vor dem Jahre 1820 nicht gehört haben. Sie waren Staatsbesitz und wurden als solcher in den Staatsgesetzen bezeichnet. So heißt es im § 2 des Grundgesetzes vom 5. November 1809:

Was die Domänen unsres Staats betrifft, deren Ertrag zu den öffentlichen Ausgaben bestimmt ist, so können jederzeit nur die Bedürfnisse des Staats usw. entscheiden.

Bis 1820 hatte die Krone für die gesamten Staatsschulden aufzukommen, und häufig kam es vor, daß sie aus den ihr überwiesenen Einkünften nicht die Kosten des Hofstaates bestreiten konnte, da die Staatsschulden zu groß waren. Nach den napoleonischen Kriegen war die Schuldenlast des Staates indessen so gewaltig gestiegen, daß der Staatsbankrott nur durch die gewagtesten Mittel hingehalten werden konnte. Sie waren von 54½ Mill. Taler im Jahre 1806 auf 217¼ Mill. Taler, inklusive Papiergeld und Provinzialschulden, gestiegen. Der Kredit des Staates war total erschüttert. Als ein Schiff ohne Segel und Masten, das auf dem Willen der bewegten Zeiten umhertreibt, so bezeichneten die engsten Vertrauten des Königs den preußischen Staat. Neue Anleihen aufzunehmen aber wäre dem absoluten Staat unmöglich gewesen. Das hätte nur geschehen können, wenn eine Volksvertretung diese Anleihen bewilligt und dadurch die Garantie mit übernommen hätte. Aber gerade dies war es, was der in seine absolutistischen Schrullen vernarrte König unter allen Umständen vermeiden wollte. Lieber tot als eine Verfassung! In dieser drängenden Not der Zeit erließ er am 17. Januar 1820 eine Verordnung, in der er die Höhe der preußischen Schulden zum erstenmal der Oeffentlichkeit mitteilte und gleichzeitig erklärte, daß diese Schulden nunmehr Staatsschulden seien und vom Staate gedeckt werden müßten. Weitere Schulden dürften nicht gemacht werden, es sei denn „mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung". Für die bereits bestehenden Schulden garantiert der König, wie es dort wörtlich heißt, „mit dem gesamten Vermögen und Eigentum des Staats, insbesondere mit den sämtlichen Domänen, Forsten und säkularisierten Gütern im ganzen Umfange der Monarchie, mit Ausschluß derer, welche zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs von 2 500 000 Rtlr. für den Unterhalt Unserer Königlichen Familie, Unsern Hofstaat und sämtliche Prinzliche Hofstaaten, sowie auch für alle dahin gehörige Institute usw. erforderlich sind".

So sieht der erhabene Akt der „Selbstlosigkeit" im Lichte der historischen Wahrheit aus! Um dem Versprechen einer Verfassung, das man in der Not des Kriegsjahres 1813 gegeben hatte, nicht nachkommen zu brauchen, um diesen nichtswürdigen Wortbruch zu bemänteln und um die Bankrotterklärung des Staates zu vermeiden, griff man zu der jämmerlichen Verordnung des Jahres 1820, bei der man gleichzeitig noch ein brillantes Geschäft machte. Bei der fürchterlichen Finanznot des Landes bedeutete die Beiseitestellung von 7½ Mill. Mark allein für höfische Zwecke keinen Akt der Selbstlosigkeit, sondern einen Akt sultanischer Laune.

Herr Bethmann hätte also klüger getan, in seiner famosen Begründung der Lohnforderung für Wilhelm das Gedächtnis an die Verordnung vom 17. Januar 1820 nicht zu wecken. Er hätte den Interessen der preußischen Monarchie besser gedient. An dieser Verordnung haftet nicht die Erinnerung an eine „Selbstlosigkeit" der Hohenzollern, sondern an einen der hinterhältigsten und perfidesten Streiche der preußischen Geschichte. Die Volksvertretung, auf die die Verordnung anspielt, hat bekanntlich unter Friedrich Wilhelm III. niemals das Licht der Welt erblickt. Erst im Jahre 1848 wurde sie im Donner der Berliner Straßenkämpfe geboren.

• • •

Rede des Abgeordneten Adolf Hoffmann über die Erhöhung der preußischen Zivilliste.

In der gestrigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses stand die Vorlage betr. Erhöhung der Zivilliste zur Beratung. Sämtliche bürgerlichen Redner einten sich auf Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission, die Konservativen wollten anfangs sogar die Kom-

Feuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempsky.

102] Nachdruck verboten.

Endlich kam Hovens ungetünchtes Haus unter der riesigen Lebenseiche in Sicht. Quer über den Unteren Weg donnerten die Ligamänner, Zäune niederreitend, in das Gehöft. Magnus erwartete sie bereits. Die kaum weniger als ihre Pferde erschöpften Reiter saßen ab.

„Nanu, wo sind denn unsre Leute?" fragte Annixter den Governor.

„Broderson ist hier und Cutter. Ich glaubte, Sie würden eine größere Anzahl der Unsern mitbringen."

„Wir sind nur neun."

„Und die sechshundert Mitglieder der Liga, die sofort zur Stelle sein wollten, wenn was passierte?!" rief Gethings bitter.

„Hol der Teufel die Liga!" polterte Annixter. „Kaputt ist sie, beim ersten Anstoß ist sie in die Brüche gegangen."

„Wir sind überrascht worden, meine Herren," sagte Magnus. „Wir haben es an Wachsamkeit fehlen lassen. Aber wir sind unser elf. Das genügt."

„Schön, wie steht die Sache? Ist der Marshal gekommen? Wieviel Mann hat er mit sich?"

„Der Bundesmarshal aus San Francisco," berichtete Magnus, „ist mit dem Frühzuge in Guadalajara eingetroffen. Wir erfuhren das vor etwa einer Stunde von unsern Freunden in Bonneville. Sie haben mir und Herrn Broderson telephoniert. S. Behrman erwartete den Marshal mit einem Dutzend Deputys. Von Guadalajara begaben sie sich nach Herrn Annixters Wohnhaus auf Quien Sabe. Sie vollziehen das Enteignungsverfahren und setzen die Strohmänner der Bahn als Besitzer ein. Sie sind bewaffnet. S. Behrman begleitet sie."

„Wo sind sie jetzt?"

„Cutter beobachtet sie von der langen Trestlebrücke aus. Er meldete, daß sie wieder nach Guadalajara zurückgekehrt sind."

„Schön," bemerkte Gethings, „von Guadalajara aus können sie nur nach zwei Ranchos hin; entweder auf dem Oberen Wege nach Ostermans Ranch oder auf dem Unteren zu Herrn Derrick."

„Das nahm ich auch an," sagte Magnus, „und deshalb wollte ich Sie alle hier haben. Hier, von der Hoovenschen Farm aus, können wir beide Straßen im Auge behalten."

„Beobachtet jemand den Oberen Weg?"

„Cutter. Er ist auf der langen Trestlebrücke."

„Härn Se," ließ sich jetzt Hooven vernehmen, in dem der alte Soldat sich regte, „die Kerle sein verdammt schmart (von smart = schlau), dächt 'ch. Wir müssen ooch 'n Posten am Undern Weg ausschtällen und där muß 'n Feldstecher vom Miest'r Ennixt'r nähm. Härn Se, sähn Se sich mal 'n Bewässerungsgrab'n ahn, där schneidt doch beede Wege, häh? Das is 'ne feine Verschanzung, you bet! Vom Graben aus nähm mer se unter Feier."

Der trockene Bewässerungsgraben bot in der Tat eine gute Verteidigungsstellung, die den Zugang zu allen Ranchos von Guadalajara her sperrte, von Annixters Ranch abgesehen, die bereits beschlagnahmt war.

Gethings begab sich zu Cutter nach der Trestlebrücke. Phelps und Harran, der Annixters Feldstecher genommen hatte, bestiegen ihre Pferde und ritten auf dem Unteren Wege ein Stück auf Guadalajara zu, um nach dem Marshal und seinen Leuten auszuschauen.

Die Zurückgebliebenen sahen nach ihren Waffen. Seit längerer Zeit schon trugen die Ligaleute immer den Revolver bei sich. Hooven hatte heute noch sein Gewehr mitgenommen. Presley allein war nicht bewaffnet.

Der Hauptraum des Hoovenschen Hauses, in dem die Ligamänner sich jetzt versammelt hatten, war kahl und ärmlich, aber erträglich rein. Eine alte Standuhr tickte laut auf dem Wandbrett. In einer Ecke stand ein Bett mit einer geflickten verschossenen Steppdecke. Mitten im Zimmer, auf den gescheuerten Dielen, stand breitbeinig ein kieferner Tisch. Um ihn waren die Männer versammelt; zwei oder drei hatten Stühle genommen, Annixter saß seitwärts auf dem Tische, die andern standen.

„Meine Herren, ich glaube," sagte Magnus, „daß wir über diesen Tag ohne Blutvergießen hinwegkommen können. Ich bin der Ansicht, daß nicht ein einziger Schuß abgefeuert zu werden braucht. Die Bahn wird den Vollzug nicht mit den Waffen erzwingen wollen und einen Kampf zu vermeiden suchen. Wenn der Marshal sieht, daß wir Ernst machen und zum Aeußersten entschlossen sind, so wird er — davon bin ich überzeugt — sich zurückziehen."

Beifälliges Gemurmel folgte den Worten des Governors.

„Hört mal," sagte Annixter. „Wenn die Geschichte friedlich geregelt werden kann, dann sage ich, tun wir's, solange wir nicht klein beigeben."

Die andern sahen sich erstaunt an. War das Annixter, der so sprach — der Heißsporn der Liga, der kampflustige, reizbare Mensch, der einen Streit liebte und suchte? War das Annixter, der als der erste und bis jetzt einzige von ihnen unter dem Gerichtsbeschluß zu leiden hatte, er, dessen Ranch beschlagnahmt, dessen Hausrat auf die Straße geworfen worden war?

„Wenn man sichs recht überlegt," fuhr er fort, „jemand totzuschießen ist doch 'ne ernste Sache, wenn er einem auch wer weiß was getan hat. Ich schlage vor, wir machen noch einen Versuch, die Sache hinzuhalten. Sehen wir zu, ob wir nicht mit dem Marshal selbst reden können, jedenfalls wollen wir ihn warnen, etwas Weiteres zu unternehmen. Jungens, laßt uns nicht den ersten Schuß abfeuern! Was sagt ihr dazu?"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

missionsberatung vermeiden und die Sache glatt bewilligen. Von den Sozialdemokraten sprach Genosse Hoffmann. Ihm folgte der Finanzminister Rheinbaben, der sich als Heerpauker des Byzantinerblocks produzierte, die übliche schwülstige Klischeerede über die „soziale Fürsorge" der Hohenzollern hielt, und es sogar fertig brachte, zu behaupten, sämtliche Rechtslehrer erblicken in der Verordnung des Jahres 1820 einen Akt der „Selbstlosigkeit" der Hohenzollern. Er schloß seine Rede mit einem Appell an alle bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, was ihm fröhliche Hurrarufe unsrer Genossen einbrachte.

Die Rede des Genossen Hoffmann hatte folgenden Wortlaut:

Sie werden es wohl begreiflich finden, wenn ich in das allgemeine Harmoniekonzert, das wir eben gehört haben, nicht einstimmen kann. Ich freue mich im übrigen, heute ein so gut besetztes Haus vorzufinden und hoffe, daß das auch künftig bei den Debatten über Regelung von Arbeiterlöhnen der Fall sein wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Vorlage läßt an Kürze, Klarheit und Uebersicht wirklich nichts zu wünschen übrig. Hier hat einmal die Regierung volle Arbeit gemacht. Die Vorlage und die Begründung ist kurz, aber inhaltreich. (Heiterkeit) Zu den jetzigen 15 719 296 Mk. sollen 3½ Millionen hinzutreten, so daß künftig die Zivilliste 19 219 296 Mk. betragen wird. Interessant ist vor allem die Art der Einbringung der Vorlage. **Die vertraulichen Besprechungen** haben im Volke die größte Mißstimmung erweckt. Selbst die Post hat zu der Vorlage geschrieben: „daß die Forderung einer beträchtlichen Erhöhung der Zivilliste im gegenwärtigen Augenblick vom politischen Standpunkt aus nichts weniger als erwünscht erscheint, unterliegt keinem Zweifel". Die agitatorische Ausnutzung dieser Erhöhung der Zivilliste wird sich die Sozialdemokratie nach Möglichkeit angelegen sein lassen — wir wären ja Narren, wenn wir es nicht täten. — Das ist im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zweifellos schädlich. Es wäre daher im Interesse der Krone selbst sicher sehr viel besser, wenn zurzeit von einer Erhöhung der Zivilliste Abstand genommen würde. Zum Schluß heißt es dann, daß die in den Beratungen der Vertrauensmänner der Fraktionen von der Regierung beigebrachten Daten keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß die Erhöhung dringend notwendig sei. Wenn hier von beigebrachten Daten die Rede ist, so sind solche in der Vorlage nicht zu finden. Wenn sie lediglich im vertraulichen Zirkel bekannt gemacht worden sind, so ist das ein Verfahren, das mit der Verfassung in Widerspruch steht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zuerst beabsichtigte man sogar, die Vorlage ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Ich glaube, daß die Nationalliberalen zu ihrem Antrag auf Kommissionsberatung nicht in letzter Linie durch die in Aussicht stehenden Reichstagswahlen veranlaßt wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen **sind nach der Verfassung alle Abgeordneten gleich zu behandeln.** Wir mögen Ihnen unbequem sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen. **Und deshalb müssen wir uns entschieden gegen solche vertraulichen Besprechungen verwahren.** Die Regierung hat vor dem ganzen Hause oder in der Kommissionsberatung den Nachweis der Notwendigkeit der Vorlage zu erbringen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Hamburgische Korrespondent schrieb: „Es liegt in der geheimen Sondierung der Parteien etwas einer starken Regierung Unwürdiges." Sehr richtig schrieb der Hannoversche Volkswille: „Die geflissentliche Umgehung der sozialdemokratischen Abgeordneten, und ich kann wohl annehmen auch der Polen und Dänen, ist gleichbedeutend mit einer geringschätzigen Beiseiteschiebung jener breiten Volksmassen, die hinter der Sozialdemokratie stehen." (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Eile, mit der diese Vorlage beraten wird, muß vor dem Hause festgenagelt werden. Die Vorlage war dem Haus noch gar nicht zugegangen, als die bürgerlichen Fraktionen schon ihre Verhandlungen abhielten, und es ist sogar ein Schweigegebot ergangen, damit über die Verhandlungen nichts in die Oeffentlichkeit dringt. Geglückt ist das ja nicht. **Daß die freisinnige Volkspartei dabei mitgemacht hat, wird ihr bei den kommenden Wahlen sehr unbequem werden.** Als 1889 Bismarck eine solche Erhöhung beantragte, stimmten noch 9 Freisinnige dagegen; diesmal wird sich wohl die Zahl auf 2 vermindern. (Zuruf.) Auf einen hoffe ich jedenfalls bis jetzt noch. (Heiterkeit.) Sonnabend nachmittag erhielten wir die Vorlage und heute wird sie bereits verhandelt. Bei der Einlösung des Versprechens einer Fortentwicklung des Wahlrechts hat man es nicht so eilig gehabt. Man fürchtet jedenfalls in diesem Falle wahrscheinlich die unangenehme Kritik, die Bewegung im Volke gegen diese abermalige Bewilligung von 3½ Millionen. Derselbe Ministerpräsident, der es nicht einmal fertiggebracht hat, auch nur ein organisch fortentwickeltes Wahlrecht, das die Krone als wichtigste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet hat, durchzusetzen, wagt es, **kaum 8 Tage nach der Verscharrung der Wahlrechtsmißgeburt an das Volk diese geradezu ungeheuerliche Zumutung zu stellen, nach dem Motto: Steuern zahlen — Maul halten.** Schon vor zwei Jahren war davon die Rede, die Zivilliste um eine Million zu erhöhen. Aber es kam nicht zu der Vorlage: die einen behaupten, weil die Absicht zu früh ans Tageslicht gekommen war, die andern, weil einige Sozialdemokraten in dieses Haus eingezogen waren. Damals schrieb die Kölnische Volkszeitung: „Wenn unsre Hofhaltung weniger prunkvoll und kostspielig wäre, so wäre das kein Schade, schon wegen des tonangebenden Beispiels. Die recht kostspielige kaiserliche Sommerfrische auf Korfu sprach am beredtesten gegen den Plan. Aber man erinnert sich auch der Seltenheit und der Schlichtheit der Reisen des alten Kaisers und der Ansicht, daß die Abwesenheit des Herrschers vom Sitze der Politik ihr politisch Mißhelliges hat." So hieß es damals in den Kreisen des Zentrums. Heute will das Zentrum sogar ohne Kommissionsberatung der Erhöhung zustimmen. Man sitzt eben jetzt wieder an der Regierungskrippe, und da muß man sich lieb Kind machen, damit man nicht wieder gegangen wird. Zum mindesten hätte doch die Volkspartei diesmal verlangen müssen, ehe sie sich überhaupt auf die Verhandlungen über die Vorlage einließ, daß das Versprechen der Thronrede über die Fortentwicklung des Wahlrechts eingelöst wurde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wer keine Rechte hat, muß auch die Pflichten ablehnen. **Wir sind der Ansicht, daß die jetzigen Bezüge der Krone nicht nur nicht zu niedrig, sondern viel zu hoch sind.** Selbst in streng monarchistischen Kreisen ist man der Ansicht, **daß die Krone die Sparsamkeit, die sie den Offizieren empfiehlt, selbst üben möchte.**

Präsident v. Kröcher: Ich nehme an, daß Sie unter „Krone" die Hofhaltung und die Beamten meinen, sonst würde ich Sie bitten müssen, die Person des Königs nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Hoffmann (Soz.) fortfahrend: Auf dem zweiten nationalen Arbeiterkongreß hat Herr v. Bethmann-Hollweg **den Arbeitern vier Grundpfeiler: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit,** empfohlen. **Das letzte sollte er doch auch einmal nach oben empfehlen.** (Sehr gut! bei den Soz.) Der Onkel unsres Monarchen, der König von England . . . (Präsident v. Kröcher bittet erneut, die Person des Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen.) Der König von England, dessen Land größer und reicher ist, muß sich mit 10 860 000 Mark begnügen, Bayern zahlt 4 231 000 Mark, Sachsen 3 410 000 Mark. Wir sind ja überhaupt Gegner einer solchen Zivilliste. Unser prinzipieller Standpunkt ist: **Wahl aller Staatsdiener durch das Volk, auch des ersten Dieners des Staates . . .** (Präsident v. Kröcher: Diese Bemerkung ist Hochverrat; ich rufe Sie zur Ordnung!)

Abg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal: Der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Hochverrat ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich habe Sie doch nicht zur Ordnung gerufen, weil Sie den König den ersten Diener des Staates genannt haben, sondern ich halte es für Hochverrat, daß Sie verlangen, daß der erste Diener des Staates, also unser Monarch, durch das Volk gewählt wird.

Abg. Hoffmann (Soz.): Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich nur feststellen, daß ich lediglich die Grundsätze, die ja in unserm Programm überall zu finden sind, hier ausgesprochen habe. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Sie mögen Grundsätze in Ihrem Programm haben, welche Sie wollen, Sie dürfen aber hochverräterische Grundsätze nicht hier öffentlich von der Tribüne des Hauses kundgeben. (Große Unruhe bei den Soz. Rufe: Unglaublich! Abg. Ströbel zu den Freis.: Das lassen Sie sich gefallen?!)

Abg. Hoffmann (Soz., fortfahrend): Wir wollen auch den ersten Staatsdiener durchaus nobel besolden, aber entsprechend den übrigen Staatsdienern, und wir meinen, daß 15½ Millionen zu viel sind. Man spricht mit Recht im Volke von der Zivilliste, der „Zuvielliste". (Heiterkeit.)

Ich komme nun zur Begründung der Vorlage. Selten sind in der Begründung einer Millionenforderung so unglaubliche Argumente vorgebracht. Man erinnert an eine **Verordnung vom 17. Juni 1820,** durch welche dem Staat die Einkünfte aus den Domänen und Forsten überlassen wurden und der Krone dafür eine jährliche Rente von 7 719 276 Mk. gewährt worden ist. **Die Krone ist jedenfalls bei dieser Abfindung nach den damaligen Verhältnissen glänzend bezahlt. Aber selbst wenn sie Opfer gebracht hätte, so wäre das nur ihre Pflicht gewesen, angesichts der ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die das preußische Volk in den Jahren 1806 bis 1820 gebracht hatte für die Befreiung aus dem Morast, in den eine unfähige Regierung und ein vaterlandsloses Junkertum das preußische Volk geführt hatte.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn in der Begründung auf die steigenden Erträge der Domänen und Forsten hingewiesen ist, so ist dagegen zu bemerken, daß inzwischen auch die Zivilliste dreimal um insgesamt 8 Millionen erhöht worden ist. Außerdem hat ja der Staat im Jahre 1890 180 Millionen Mark Schulden übernehmen müssen, die durch die unglaubliche Mißwirtschaft in den Domänen und Forsten entstanden waren. Ein Berliner bürgerliches Blatt schreibt sehr richtig: „Wenn die Krone mit solchen Argumenten kommt, **so könnten ebensogut die Schöneberger Kartoffelbauern** von den heutigen Besitzern ihrer Grundstücke ein paar Millionen nachfordern." Ebensogut könnten auch die Hereros Forderungen erheben auf Grund des Landes, das man ihnen „abgekauft" hat. Ja, sie hätten dazu noch mehr Recht, als die Krone, die 1820 doch wohl sich der Konsequenzen ihrer Handlungsweise bewußt war, was man bei den Hereros wirklich nicht sagen kann. Wir hätten ja nichts dagegen, wenn man das Prinzip des Gewinnanteils an steigenden Erträgen aufgegebener Rechte gelten lassen will. Dann sollte man aber nicht nur bis 1820 zurückgehen, sondern gleich bis zur Zeit der alten Germanen, wo Grund und Boden, Acker und Jagd dem Volke gemeinsam gehörten. Mit diesem Prinzip fahren wir direkt in den von Ihnen so gefürchteten sozialistischen Zukunftsstaat hinein. — In der Begründung wird dann weiter auf die Steigerung der Löhne, Baumaterialien usw. hingewiesen. Wir haben ja diese Steigerung als Folge der verkehrten Zollpolitik vorausgesagt, **und es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck, der scharf genug wäre, um das Verhalten der Regierung zu kennzeichnen, die die Folgen ihrer verkehrten Zoll- und Steuerpolitik jetzt als Begründung für die Erhöhung der Zivilliste anführt.** Ganz abgesehen davon, daß die Krone ja als Privateigentum 150 000 Morgen Wald, 90 Rittergüter usw. besitzt und durch dieselbe Zollgesetzgebung eine Steigerung des Ertrags dieser Besitztümer von etwa 8 Millionen erfahren hat. (Zuruf rechts: Lauter!) Sie verstehen das doch nicht, und wenn ich noch so laut rede. (Heiterkeit.) Wenn wir im ganzen 12 bis 15 Millionen Privateinkommen des Königs aus Besitzungen rechnen, so ist das gering geschätzt. **Diese ganzen Einnahmen sind vollständig steuerfrei.** (Hört, hört! bei den Soz.) Außerdem wird behauptet, daß die Krone noch von 1840 her ein Anrecht darauf hat, daß aus dem Hauptgestüt Trakehnen jährlich 40 Pferde kostenfrei geliefert werden. Das bedeutet mindestens eine Einnahme von 120 000 Mk. Dazu kommt ein Mehrertrag der Güter durch die moderne Bewirtschaftung, der in der letzten Zeit bis zum Vierfachen gestiegen ist. **Interessant wäre, zu erfahren, wieviel Schnapsbrennereien sich auf den Besitzungen der Krone befinden, wieviel Anteil an der Liebesgabe also noch hinzukommen. Pro Tag hat die Krone eine Einnahme von 43 005 Mk., das bedeutet eine Bezahlung pro Stunde von 5383 Mark.** (Zuruf rechts: Pro Minute!) **Pro Minute macht es 89 Mk. und wenn Sie es pro Sekunde wissen wollen, 1,50 Mk und etwas darüber!** Die Hälfte der Einwohner Preußens hat ein Einkommen von unter 900 Mk. jährlich. **Ein Arbeiter, der 1000 Mk. im Jahre verdient, hat, wenn er 42 Jahre lang arbeitet, immer noch nicht so viel verdient, wie Sie der Krone jetzt für einen Tag bewilligen.** (Hört, hört! bei den Soz.)

In der Begründung ist dann auch von der Notwendigkeit der Erhöhung der Gehälter der Hofbeamten die Rede. Ich meine, **die Krone, die Millionen Vorteile aus der Zollpolitik hat, sollte dann auch die durch die Zollpolitik bedingte Aufbesserung der Gehälter der Hofbeamten selbst bezahlen.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Ist denn überhaupt eine solche Anzahl von Hofbeamten nötig? Herr v. Gerlach schrieb seinerzeit: „Als ich im zweiten Berliner Stadtbezirk zur Stadtverordnetenwahl kandidierte und die Wählerliste durchsah, bekam ich einen Schrecken ob des Gewimmels von Hofchargen, die sich darin findet, **Seite auf Seite gab es nichts wie Silberdiener und Kammerdiener, Lakaien und Oberlakaien, königliche Frotteure und königliche Bratenspicker** (Heiterkeit), wieviel Angestellte hat allein der königliche Marstall! Dabei liest man doch eigentlich immer nur von Automobilfahrten der sogenannten allerhöchsten Herrschaften." Es ist gewiß das gute Recht der Krone, sich so viel Beamte zu halten, wie sie will, aber sie soll sie aus ihrem Privateinkommen bezahlen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Was dann die Erhöhung des Zuschusses an die königlichen Theater anbelangt, so schrieb selbst die konservative Schlesische Zeitung: „daß die Hoftheater nicht so vorbildlich in ihrem Kunstbetriebe genannt werden können, daß eine solche Unterstützung gerechtfertigt wäre." Dazu kommt, daß die hohen Eintrittspreise die königlichen Theater für das Volk überhaupt unzugänglich machen. Wenn das neue Opernhaus gebaut wird, dann wird man ja wahrscheinlich eine weitere Forderung erheben und wird dann die 20 Millionen voll machen. Dabei wird die wahre Kunst von den Hoftheatern geradezu boykottiert. Das Schillertheater hat mehr für Förderung der Kunst und der Volksbildung getan — und zwar ohne Zuschüsse — als alle königlichen Theater zusammen. **Oder hat jemand den Mut, zu behaupten, daß gewisse Hohenzollern-Ausstattungsstücke oder Indianeropern zur Förderung der Kunst gehören?** Ungeheure Summen könnte die Krone bei den Denkmälern und Bauten sparen, ohne daß darunter die Kunst oder der gute Geschmack leiden würde. (Sehr gut! bei den Soz.) Auch der Export von Denkmälern könnte eingeschränkt werden, ohne dem Ansehen der Krone zu schaden. Ja, man würde noch befreundeten Nationen Verlegenheiten ersparen, die nicht wissen, wie und wo sie die Dinger unterbringen sollen. (Heiterkeit.) Die 60 oder mehr Schlösser, die die Krone besitze, sollten den Provinzen oder Gemeinden überantwortet werden zur Benutzung als Museen oder Erholungsstätten für altersschwache Kranke. Dadurch würde die Krone ungeheuer entlastet und der Menschheit ein wirklicher Nutzen gebracht. Es scheint wirklich höchste Zeit gewesen zu sein zur Erhöhung der Zivilliste, denn die

---

Sofort und einstimmig pflichtete man ihm bei. Der alte Broderson fügte, unruhig seinen Bart zupfend, hinzu:

„Nein — nein — keine Gewalttätigkeit, das heißt, keine unnötige Gewalttätigkeit. Es wäre mir schrecklich, unschuldiges Blut an den Händen zu haben — das heißt, wenn es auch wirklich unschuldig ist. Ich weiß nicht, dieser S. Behrman — ah, er ist ein — ein — sicher hat der unschuldiges Blut an seinen Händen. Die Sache mit Dyke, schrecklich, schrecklich! Dyke war ja im Unrecht — aber dazu getrieben war er; die Bahn hat ihn dazu getrieben. Ich will recht und billig gegen jedermann handeln — —"

„Auf der Straße von Los Muertos her kommt ein Wagen," meldete Presley von der Türe aus.

„Recht und billig gegen jedermann," murmelte stirnrunzelnd und den Kopf hin und her wiegend der alte Broderson. „Ich — ich mag niemand was tun, außer — außer man tut mir was."

„Fährt der Wagen in der Richtung nach Guadalajara?" fragte Garnett, an die Tür tretend.

„Jawohl — 's ist ein Portugiese, einer von den Gemüsegärtnern."

„Wir müssen ihn zurückschicken," erklärte Osterman. „Er darf hier nicht durch. Der Marshal und S. Behrman hören sonst von ihm, wo wir sind."

„Ich werd' ihn zurückschicken," sagte Presley. Er ritt auf den Marktwagen zu. Die andern, die vor die Tür getreten waren, sahen ihn das Gefährt anhalten. Der Wagenlenker und Presley hatten eine lebhafte Auseinandersetzung. Man konnte den Portugiesen sich laut gegen die Zwangsmaßregel verwahren hören, schließlich aber drehte er um.

„Kriegsrecht auf Los Muertos, was?" warf Osterman hin. „Achtung!" rief er, sich umwendend, „dort kommt Harran."

In vollem Galopp sprengte der heran. „Ich hab' sie gesehen," rief er. „Sie kommen hierher. S. Behrman und Ruggles fahren in 'nem zweispännigen Buggy, die andern sind alle zu Pferde. Christian und Delaney sind auch dabei. Die beiden haben Gewehre. Ich habe Hooven als Beobachtungsposten zurückgelassen."

„Gethings und Cutter müssen geholt werden," sagte Annixter, „wir brauchen alle unsre Leute."

„Ich werd' sie holen," erbot sich Presley. „Kann ich den Buckskin nehmen? Mein Pony kann kaum noch auf den Beinen stehen."

Presley jagte davon; unterwegs traf er Gethings und Cutter, die zurückkamen. Auch sie hatten von ihrem hochgelegenen Beobachtungsposten aus den Marshal mit seinen Begleitern gesehen. Presley teilte den zwei Männern den eben gefaßten Beschluß mit.

„Gut," sagte Gethings. „Aber wenn's schließlich doch zur Schießerei kommt, so ist mindestens einer von uns geliefert. Delaney fehlt nie seinen Mann."

Als sie zur Farm zurückkamen, hatten die Ligaleute bereits ihre Verteidigungsstellung im Graben eingenommen. Die Plankenbrücke war abgebrochen worden. Magnus, vor dem zwei lange Revolver auf der Grabenböschung lagen, stand in der Mitte, Harran neben ihm; die andern hatten sich, den schußbereiten Revolver in der Hand, zu beiden Seiten, etwa fünf Fuß voneinander, aufgestellt. Dabney, der schweigsame Alte, hatte den Rock ausgezogen.

„Stellen Sie sich zwischen Herrn Osterman und Herrn Broderson auf," sagte Magnus, als die drei Reiter herankamen. „Und Ihnen, Presley, verbiete ich jede Beteiligung an dieser Angelegenheit."

„Jawohl, er soll davonbleiben," rief Annixter von dem äußersten Ende der Linie. „Geh zurück nach dem Hause, Pres, und sieh nach den Pferden. Dich geht die Geschichte hier nichts an. Du kannst aber die Straße hinter uns freihalten. Laß niemand herankommen, niemand, verstehst du?"

Den Buckskin und die Pferde von Cutter und Phelps am Zügel führend, zog sich Presley in der Richtung nach dem Hause zurück. Er band die Tiere unter der großen Lebenseiche an und trat dann wieder vor das Haus, um zu sehen, was vorging. Die Ligaleute standen, bis an die Schultern gedeckt, stumm und wachsam im Graben; ihre Augen waren auf die im Sonnenlicht schimmernde Straße gerichtet, die nach Guadalajara führte.

„Wo ist Hooven?" fragte Cutter.

„Ich weiß nicht," erwiderte Osterman

„Er hat doch mit Harran auf den Unteren Weg achtgegeben. O, Harran," rief er, „kommt denn Hooven nicht?"

„Ich weiß nicht, worauf er wartet," antwortete Harran. „Er sollte gleich nach mir kommen. Er dachte nämlich, daß der Marshal nur so tut, als ob er hierher käme, und schließlich einen Umgehungsversuch auf dem Oberen Wege macht. Er wollte deshalb noch etwas länger aufpassen. Aber jetzt müßte er hier sein."

„Vielleicht riskiert er einen Schuß auf eigne Rechnung."

„O nein, das würde er nicht tun."

„Sollten sie ihn gefangen haben?"

„Wahrhaftig, das wäre schon möglich."

Plötzlich wirbelte um die Straßenbiegung vor ihnen eine Staubwolke, aus der ein Pferdekopf sichtbar wurde.

„Hallo, hallo, da ist was."

„Denkt daran, daß wir nicht zuerst schießen."

„Vielleicht ist das Hooven. Ich kann nichts erkennen. Ist er's? Es scheint nur ein einzelnes Pferd zu sein."

„Für ein einzelnes Pferd ist es zu viel Staub."

Annixter, dem Harran den Feldstecher wiedergegeben hatte, blickte hindurch.

„Die sind's nicht," sagte er, „Hooven auch nicht. 's ist ein Wagen. Der Fleischerwagen aus Guadalajara," fügte er nach einem Augenblick hinzu.

Die Spannung ließ nach. Tief aufatmend standen die Männer wieder auf ihren Plätzen.

„Sollen wir ihn weiterfahren lassen, Governor?"

„Die Brücke ist abgebrochen. Vorbei kann er nicht, und zurück dürfen wir ihn nicht lassen. Wir müssen ihn festhalten und ausfragen. Ich wundere mich, daß der Marshal ihn durchgelassen hat."

Der Wagen kam in schnellem Trab näher.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Krone hat ja schon einige Schlösser verkauft. **Auf der andern Seite sind dann aber Hunderttausende ausgegeben für die Beleuchtung von Rosensträuchern mit elektrischen Glühbirnen auf Korfu.** Hier paßt das Sprichwort: Kaufe nicht, was du nicht brauchst, sonst mußt du verkaufen, was du brauchst!

Weiter wird dann als einer der Hauptgründe die Unterhaltung der Hofhaltung der vielen königlichen Prinzen angeführt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß neben der Zivilliste das durch den König Friedrich Wilhelm I. aus angekauften Gütern begründete, sehr bedeutende Hausfideikommiß besteht, ferner der von Friedrich Wilhelm III. begründete Krontresor. Der Gründer hat ihn seinerzeit mit 18 Millionen Mark dotiert, dazu kommen aber die Ersparnisse des Königs und die Summe, die man ihm 1815 als Entschädigung aus der französischen Kriegskontribution gezahlt hat. 1873 ist noch eine Staatsdotation von 4 500 000 Mark dazugekommen. Aus diesem Fonds werden die königlichen Prinzen apanagiert, und einige junge Ehepaare können aus den Einkünften, die dieser Fonds abwirft, glänzend leben, auch wenn ihnen die privaten Vermögen, die den Söhnen des Kaisers von ihren Gattinnen zugebracht worden sind, nicht zur Verfügung ständen. Man verweist dann darauf, daß die Zahl der Prinzen sich seit 1889 mehr als verdoppelt hat. Das ist eine sonderbare Logik. Mit viel mehr Recht könnte man die Forderung, sich nach der Decke zu strecken, erheben. **Was würde ein Fabrikbesitzer sagen, wenn seine Arbeiter von ihm Lohnerhöhung verlangten, weil ihre Kinderzahl sich verdoppelt habe?** (Sehr gut! bei den Soz.) Vielleicht bekämen die Arbeiter dieselbe Antwort, wie sie Frau v. Popelius — die Frau eines Herrenhausmitgliedes — einer armen Wöchnerin, Mutter von 14 Kindern, als Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins erteilte. Sie schrieb: „Der Vaterländische Frauenverein kann doch nichts dafür, daß ihr so viele Kinder habt. Ich finde, daß sowohl der Mann, wie auch die Frau, sich mehr hüten können davor, daß sie so viele Kinder in die Welt setzen. Mit kaltem Wasser kann man die Triebe auch zurückhalten, eine kleine Waschblütte mit kaltem Wasser ist dagegen sehr gut für die Männer, und vorher sich tüchtig müde schaffen." Das ist eine Empfehlung, die die Arbeiter bekommen, wenn sie zu viele Kinder in die Welt setzen. **Ich meine, das Volk ist doch mindestens ebenso unschuldig an den vielen Kindern der Krone.** Vielleicht vermittelt das Herrenhausmitglied mal nach oben gute Ratschläge. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Nach der Decke strecken, sparsam wirtschaften würde eine solche Vorlage unnötig machen. In der Villa Malta soll ein herrliches Bild von einem alten Meister hängen, das die monarchischen Tugenden darstellt, die Gerechtigkeit, die Milde und die Sparsamkeit. Vielleicht kann man das Bild nach Berlin bringen und an hervorragender Stelle aufhängen. (Sehr gut! bei den Soz.) **Freisinnige Blätter haben sogar schon von einer Zivilliste für den Kronprinzen gesprochen.** Dabei gehört dem Kronprinzen die Herrschaft Oels in Schlesien mit 15 Gütern und 9238 Hektar Land. Das ist eine Besitzung von vielen Millionen, die zur Not ausreichen sollten, um auch einen sehr noblen Hausstand zu führen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sehr viel sparen könnte die Krone auch an den kostspieligen Jachten und Reisen; Sie brauchen darüber nur die Debatten über das persönliche Regiment nachzulesen. **Wenn wir sehen, wie oft die Krone abwesend ist . . .** (Präsident v. Kröcher bittet den Redner erneut, die Person des Königs aus der Debatte zu lassen) **ich meine, vielleicht kommt man einmal auf den Gedanken, anstatt der festen Zivilliste Anwesenheitsgelder zu zahlen.** (Große Heiterkeit.) Man zieht ja auch den Reichstagsabgeordneten für jeden Tag, wo sie nicht da sind, etwas ab.

Am meisten wundert es mich, daß der Freisinn in demselben Augenblick für diese Forderung zu haben ist, wo er an der Bahre des letzten Zeugen der freisinnigen Mitregierungsillusion, des Herrn Dernburg, steht. Dem Hottentottenblock folgte der schwarzblaue Block, und jetzt löst ihn der Byzantinerblock ab. Die Fortschrittliche Volkspartei war schon bei ihrer Geburt ein Reichtier, jetzt kommt es gar noch zur Mickgralverkrümmung. Die Wähler müssen schon bei den nächsten Wahlen eine Operation zur Ausscheidung häßlicher Auswüchse vornehmen, selbst wenn dem Neugeborenen dabei das Lebenslicht ausgehen sollte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die Freisinnigen stimmen dieser Forderung zu, wo die notwendigsten Kulturforderungen aus Mangel an Mitteln abgelehnt werden, angesichts der Zehnmilliardenschuld in Preußen, angesichts des jämmerlichen Fiaskos der Finanzreform. Einkommen von 1200 Mark ab werden mit Steuerzuschlägen belegt. **Aber man verhöhnt das Volk, weil es Erweiterung seiner politischen Rechte verlangt.** Dasselbe Abgeordnetenhaus, das im vorigen Jahre 30 Pfg. Lohnzulage für die preußischen Staatsarbeiter ablehnte, will jetzt 3½ Millionen für die Krone bewilligen. **Im Reiche hat man kein Geld für die Erhöhung der Mannschaftslöhne, für die Veteranen** nur die lumpigen 120 Mark Ehrensold, die brotlos gewordenen Staatsarbeiter werden mit 4 Millionen und einigen hunderttausend Mark abgespeist. Aber hier bewilligt man ohne große Rederei 3½ Millionen für die Krone. In Kattowitz treibt man Sparsamkeitspolitik, zweimalige Benutzung der Kuverts, und hier wirft man millionenweise das Geld heraus. Das ist eine so unerhörte Provokation des Volkes, wie sie noch keine Regierung gewagt hat. Nicht wir, sondern Sie peitschen das Volk auf, und das Volk wird Ihnen die Antwort für diesen brutalen Faustschlag nicht schuldig bleiben. Bei den nächsten Reichstagswahlen sehen wir uns wieder. **Möge die Regierung, mögen die Parteien dafür sorgen, daß Ihnen der sozialdemokratische Wolkenbruch nicht in die Bude regnet.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Von der bürgerlichen Presse hat sich bis jetzt lediglich die Frankfurter Zeitung zu den Beschlüssen der Bauarbeiter und der Unternehmer geäußert. Sie hält den Frieden nunmehr für gesichert. Das Ergebnis werde überall mit großer Befriedigung aufgenommen werden, nicht nur deshalb, weil nun ein großer wirtschaftlicher Kampf mit seinen schweren Schädigungen weiter Kreise beendet werde, sondern auch, weil es nun nicht schlechthin Sieger und Besiegte gebe und somit die fressende Verbitterung vermieden werde, die neue Kämpfe vorbereite. Von einem Siege der einen oder andern Partei könne da nicht gesprochen werden, da sie sich beide freiwillig dem Schiedsspruch unterwerfen, wohl aber dürfe dies als ein Erfolg der Arbeiter bezeichnet werden, wenn man bedenke, daß der Arbeitgeberbund ursprünglich auf der Anerkennung seiner Forderungen bestanden habe. Die Arbeiter dürfen sich dessen freuen, die Unternehmer brauchten sich aber dessen wirklich nicht zu schämen, denn einem andern berechtigten Erfolg einzuräumen, sei eine ehrenvolle Handlungsweise. Das einzige Bedauerliche sei, daß das nicht schon früher geschah; daß es hätte geschehen können, zeige doch der jetzige Ausgang. Welche Schädigungen die Aussperrung mit sich brachte, werde sich ziffernmäßig erst später feststellen lassen, soweit das überhaupt möglich sei, aber es sei ohne weiteres klar, daß es sich um sehr große Summen handle. Man dürfe sich freuen, daß dieser Kampf nun vorbei ist, und möchte man doch auch aus diesem Falle wieder die Lehre ziehen, daß sich jeder solche Streit bei einigem guten Willen friedlich beilegen lasse und man es daher am besten gleich tut, anstatt sich erst wochenlang gegenseitig Schaden zuzufügen!

Die Frankfurter Zeitung bezeichnet also unverblümt die Unternehmer als die Schuldigen an dem schweren wirtschaftlichen Konflikt. Das wird ihr natürlich von dieser Seite ein böses Geschimpfe einbringen, aber recht hat sie doch.

• • •

Die Zimmerer Leipzigs

nahmen gestern abend im Volkshaus den Bericht vom Verbandstag entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kameraden Preszann durch Erheben von den Plätzen. Sodann berichtet Gauleiter Laue über den Verbandstag. Nachdem die Unparteiischen ihre Vorschläge gemacht hätten, sei es nötig gewesen, auf der Generalversammlung Stellung dazu zu nehmen. Die zuerst von den Unternehmern gestellten Bedingungen seien für die Arbeiter unannehmbar gewesen. Nun hätten die Unparteiischen einen Mittelweg gesucht, und ihre Auffassung in die bekannten Vorschläge verdichtet. Zwar seien die schlimmsten Forderungen der Unternehmer unschädlich gemacht, aber gleichwohl müsse gesagt werden, daß die Vorlage der Unparteiischen nicht allen Forderungen der Zimmerer entspräche. Der Referent ließ nun die Fortschritte, die in dem angenommenen Einigungsvorschlag im Sinne der Arbeiter erreicht worden sind, Revue passieren und zergliederte die einzelnen Paragraphen des Hauptvertrags. So sei erreicht worden, daß die Klausel über die Qualität der Arbeiter, die Bestimmung „tüchtig" „geübt" usw. beseitigt worden sei, auch sei der zentrale Tarifabschluß nach dem Wunsche der Unternehmer abgewehrt. Andererseits habe der Akkordparagraph nicht die Regelung gefunden, die die Zimmerer wünschten, ebenso verhalte es sich mit dem Agitationsparagraph. Wenn man aber das Resultat der Verhandlungen betrachte, so sei zu sagen, daß wohl nicht alles erreicht worden sei, was man gewünscht habe, daß aber die Kardinalpunkte zugunsten der Arbeiter erledigt worden wären. Bedenke man, daß die Unternehmer sich halsstarrig jeder Verhandlung widersetzten, daß sie unbedingt auf ihren Forderungen bestanden, daß sie ihren Herrengelüsten auf jeden Fall die Bahn frei machen wollten, so könne man sagen, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Annahme des Einigungsvorschlages durch die Generalversammlung der richtige Weg war. Er ersuche die Kameraden, deren Beschlüssen beizutreten.

Am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, werden nun örtliche Verhandlungen mit den Unternehmern in Leipzig stattfinden. Die Forderung solle nach dem Antrag des Vorstandes lauten: Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 75 Pfg.

In der Debatte wendet sich Walchenbach gegen die Annahme des Vertrages durch die Generalversammlung. Ohne Arbeitszeitverkürzung sei für die Zimmerer die Annahme des Vertrages undenkbar. Auch die Zimmerer hätten alle Ursache, auf den Achtstundentag hinzuarbeiten. Unannehmbar sei auch die Bestimmung über die Akkordarbeit und die Agitationsklausel, die es geradezu unmöglich mache, unsaubere Elemente sich vom Halse zu halten. Auch sei in die Schiedsgerichte kein Vertrauen zu setzen, denn entscheidend seien in ihnen doch die sogenannten „Unparteiischen", Leute aus bürgerlichem Lager, die doch nicht die Interessen der Arbeiter vertreten können. Der Redner ist der Meinung, daß die Ausgesperrten den Kampf noch lange führen konnten und plädiert für Ablehnung des Vertrages und die Einleitung von örtlichen Verhandlungen.

Zschische ist nicht der Meinung, daß die Annahme des Einigungsvorschlages ein besonderer Erfolg für die Arbeiter sei. Namentlich § 10, der die Agitationsklausel enthält, sei höchst bedenklich.

Helbig weist auf die Notwendigkeit hin, sich mit der Frage der örtlichen Verhandlungen zu befassen. Er ist der Meinung, daß bei den Verhandlungen in Berlin den Arbeitern doch ein nicht geringer Vorteil erstanden sei.

Es wird ein Antrag gestellt, die 9stündige Arbeitszeit zu fordern.

Ein anderer Antrag fordert 80 Pfg. Stundenlohn für Leipzig, ein dritter, vor dem 15. Juli bei den Unternehmern, die ausgesperrt haben, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Im Laufe der Diskussion weist dann Rose darauf hin, daß die letzte Generalversammlung beschlossen habe, nicht eher in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, bis diese ihre jetzigen Forderungen fallen gelassen hätten, namentlich die Forderung auf zentralen Tarifabschluß, die Beibehaltugg der Arbeitszeit, die Zahlung von Staffel- und Durchschnittslöhnen usw. Das sei nun geschehen. Aus diesem Grunde sei es möglich, nun örtliche Verhandlungen zu führen. Der Redner ersucht um Zustimmung zu den Beschlüssen der Generalversammlung. Den Antrag, vor dem 15. Juli die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, möge man auf sich beruhen lassen, da man erst sehen müsse, wie sich die Dinge entwickeln.

Nachdem noch eine Reihe Redner gesprochen haben, gibt Gauleiter Laue nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Ausgang des Kampfes ein Sieg für die Arbeiter sei. Die Unternehmer hätten Haare lassen müssen, die Arbeiter aber hätten bis zu einem gewissen Grade ihre Forderungen durchgesetzt. Er ersuche nochmals, die Vorschläge des örtlichen Vorstandes anzunehmen, 75 Pfg. Stundenlohn zu fordern bei gleichbleibender Arbeitszeit.

Der Antrag wird dann auch angenommen und zur Führung der örtlichen Verhandlungen die Kameraden Leich, Rose und Walchenbach bestimmt.

Den während der Aussperrung tätig gewesenen Kameraden sollen für ihre besondere Mühewaltung pro Tag 75 Pfg. gewährt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Wenn Streikende vor Gericht stehen.

Die Ziegeleiarbeiter W., H. und T. aus Holzhausen waren angeklagt, am 21. Mai d. J. den Direktor Starke von dem Tonwerke „Densa" in Holzhausen bedroht, durch Drohungen und Tätlichkeiten andre zur Teilnahme am Streik bestimmt und durch eine Katzenmusik den Direktor Starke belästigt zu haben. Der Arbeiter T. wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Die Arbeiter des Densa-Werks hatten mit dem früheren Direktor einen Lohnvertrag bis zum Jahre 1911 abgeschlossen. Aber am 1. Januar d. J. trat dieser von seinem Posten zurück und an seine Stelle trat Direktor Starke. Neue Besen kehren gut! Er fand, daß die Arbeiter zu fett lebten und daß das Werk besser wegkäme, wenn der Lohnvertrag abgeändert, d. h. eine Lohnreduktion vorgenommen würde. Die Arbeiter weigerten sich jedoch, den neuen Vertrag zu unterschreiben und traten am 12. März in den Ausstand. Am 21. Mai nun soll einer der drei Angeklagten, die zusammen auf Streikposten standen, bei einer Begegnung mit dem Direktor gesagt haben: „Der Kerl, der Hund muß langsam verrecken und gepeinigt werden." Weiter wird dem Angeklagten T. besonders zur Last gelegt, daß er Arbeitswillige „Streikbrecher" geschimpft und mit Steinen nach ihnen geworfen habe. Am Abend desselben Tags gegen 7 Uhr, sind W. und H. am Direktorhaus vorbeigegangen. Einer von ihnen soll zum andern gesagt haben: „Wenn du morgen wieder auf dem Densa arbeitest, so kommst du an den Strick und dann kommt der Direktor dran." Und schließlich nachts gegen 12 Uhr sollen die Angeklagten vor dem Direktorhause gemiaut und Kuckuck gerufen, sowie auch Ton gegen das Haus geworfen haben.

Dem schneidigen Herrn Direktor war ob dieser Vorfälle schwül geworden. Er erklärte, daß er direkt nicht bedroht worden war, aber er habe die Drohungen auf sich bezogen. Wer sie ausgestoßen hat, vermag er nicht zu sagen, wohl aber will er T. bestimmt erkannt haben, als er in der Nacht zum Wurf gegen das Haus ausholte. Er habe T. Zuchthäusler genannt und einen Schreckschuß abgefeuert. Er sei fortwährend belästigt worden, weil er die Forderungen der „Herren Arbeiter" nicht bewilligte. Er gibt zu, daß er die Absicht hatte, westpreußische Arbeiter einzustellen, um billiger wegzukommen. Da der Herr Direktor behauptete, die Arbeiter seien ohne Grund weggegangen, will der Verteidiger Dr. Hübler feststellen, wie es mit dem alten Vertrag und den Lohnabzügen stand. Der Herr Direktor erklärte stolz, daß er dem Verteidiger nicht Rede stehen wolle; aber der Vorsitzende sah sich doch genötigt, dem Herrn Direktor zum Reden zu veranlassen. So mußte er denn bekennen, daß die Leute den neuen Tarif anfänglich unterschreiben wollten. Aber sie wollten auch wissen, was nun mit den billigeren Westpreußen würde. Da aber sagte der Direktor schroff: „Das geht euch nichts an!" Hierauf legten die Arbeiter natürlich wieder die Feder weg und der Streik begann. Auf Befragen des Verteidigers, ob es wahr sei, daß der Direktor zu den Arbeitswilligen gesagt habe: „Dort stehen die Verbrecher, die Streikposten, haut ihnen den Wanst voll!" erklärte der Herr Direktor, „er könne sich nicht erinnern".

Das Schöffengericht verurteilte alle drei Angeklagte. T. erhielt einen Monat Gefängnis, H. und W. wurden mit je 40 Mark Geldstrafe belegt. Da aber nicht festgestellt worden war, wer die „bedrohenden" Redensarten gebraucht hatte, so verurteilte das Gericht eben alle drei mit der ebenso wunderbar scharfsinnigen wie juristischen Definition, daß die andern beiden vorausgesehen hätten, daß der Dritte die „Drohreden" ausstoßen werde und darum hätten sie die Drohreden auch gebilligt. Diese Annahme sei für das Schöffengericht unbedenklich, erklärte der Herr Oberamtsrichter Justizrat Dr. Schneider. Was den Schöffengerichten bei den Roheitsakten von Studenten sonst nie gelingt, nämlich den Beweis zu führen, daß die Herrchen in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken handelten, sah Herr Schneider den angeklagten streikenden Arbeitern gegenüber als sonnenklar an.

Aber Klassenjustiz gibt es nicht!

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Fliesenleger! Betreffs der Arbeit von Steinkühler u. Lange in Villa Röhrig, Jakobstraße, sei mitgeteilt, daß Kollege Kockel für seine Person tarifliche Bezahlung erhält. Der Vertreter der Firma hat für diesen ganzen Bau vor Zeugen den Leipziger Tarif zugesagt. Jetzt versucht aber die Firma größere Flächen von Unorganisierten billiger herstellen zu lassen, um den Tarif zu umgehen.

Verband der Fliesenleger.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung städtischer Arbeiter.

Die im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeiter der städtischen Betriebe in Köln sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, Umwandlung der Tagelöhne in Wochenlöhne und Aufbesserung sämtlicher Löhne um 2 Mk. pro Woche bei dem nächsten Lohnsteigerungstermin. Die Arbeiter begründen ihre Forderungen in einer 12 Seiten starken Denkschrift, die sie an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten gesandt haben. Auch die christlich-organisierten Arbeiter wollen ebenfalls Forderungen stellen.

•

Erfolgreicher Tarifabschluß. Nach einer außerordentlich langwierigen und schwierigen Verhandlung wurde in Karlsruhe ein Tarif für das Maschinenpersonal und für die Handwerker in den Brauereien abgeschlossen. Der Tarif erhält erhebliche Verbesserungen in der Erhöhung der Löhne, wie auch in der Verkürzung der Arbeitszeit. Der Anfangslohn der Maschinisten beträgt einschließlich des abgelösten Haustrunkes, der 5.40 Mk. pro Woche beträgt, 33.40 bis 35.40 Mk. pro Woche, für Sonntagsarbeit wird eine Zulage von 5.50 Mk. gewährt. Diese Arbeit wurde früher nicht bezahlt. Ueberstunden werden an Wochentagen mit 60 Pfg., und an Sonn- und Feiertagen mit 70 Pfg. bezahlt. Im alten Tarif wurden diese Stunden mit 50 bezw. 60 Pfg. vergütet. Die Arbeitszeit für die Heizer beträgt 11 Stunden, früher 12 Stunden, der Lohn 29 bis 31 Mk. Dazu kommen weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Urlaub wird unter Fortzahlung des Lohnes 3 bis 4 Tage gewährt.

Achtung, Kupferschmiede! Zuzug ist fernzuhalten nach Magdeburg, weil dort die Kupferschmiede die Arbeit niedergelegt haben.

Achtung, Stukkateure, Gipser! In Berlin sind bei der deutschen Gesolith-Gesellschaft Differenzen ausgebrochen, wobei es zur Arbeitseinstellung gekommen ist. Da die Firma versuchen wird, Arbeitskräfte aus allen Gegenden herbeizuziehen, müssen Arbeitsangebote zurückgewiesen werden.

Lohnbewegungen der Glasarbeiter. In Rauscha (Kreis Görlitz) haben bei der Firma Gebr. Greiner vormals Henschel, sämtliche Beleuchtungsglasarbeiter die Arbeit eingestellt. Es kommen 56 Arbeiter in Betracht. Den Grund zur Arbeitsniederlegung gab eine Lohnreduktion von 15 Prozent, auf die die Arbeiter unter keinen Umständen eingehen konnten. Es ergeht an alle Beleuchtungsglasarbeiter das dringende Ersuchen, Rauscha zu meiden.

In Wolfratshausen bei München wurden die gesamten dort beschäftigten 80 Glasarbeiter von der Firma gekündigt. Die Firma will aber keineswegs den Betrieb einstellen, sondern sie ist bemüht, Arbeiter aus Oesterreich zu billigeren Löhnen einzustellen.

Ausland.

Streik auf der französischen Nordbahn.

Der Verband der Lokomotivführer und Heizer der Nordbahnlinien beschloß, wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung in den Ausstand zu treten. Es wurde dem Streikausschuß überlassen, Tag und Stunde des Beginns des Ausstandes festzusetzen. Es wurde ferner beschlossen, das nationale Syndikat der Eisenbahnangestellten zu ersuchen, sich gegebenenfalls dem Ausstand anzuschließen. Nach Beendigung der Versammlung zogen etwa 1500 Bahnangestellte vor den Nordbahnhof und sangen dort die Internationale. Die Manifestanten wurden durch Schutzleute auseinandergetrieben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Sonnabend, den 11. Juni, abends 1/2 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in den Westendhallen, Zschochersche Straße.

Tagesordnung:

1. **Der sächsische Landtag.**
Referent: Landtagsabgeordneter Genosse **Keimling.**

2. Anträge zur General-Versammlung des Kreisvereins. 3. Ausschluß eines Mitgliedes. 4. Vereinsmitteilungen.

Sonnabend, den 18. Juni

Nacht-Ausflug mit Musik nach Gautzsch, Schloß Rheinsberg.

Abmarsch abends 8 Uhr vom Karl-Heine-Platz und 1/2 9 Uhr vom Jahn-Steg, Schleußig.
Um zahlreiche Beteiligung bittet [11320] **Der Vorstand.**

Gasthof Neustadt.

Nächsten Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr
Oskar Junghähnels Jubiläums-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung im Saale! [11308

Bären-Schänke Nikolaistr. 15. Tel. 2765. Empf. m. Lokalität. m. Gesellschaftsz ff. Bieren u. Speisen (tägl. Spezialger.), Ergebenst **Joseph Lippert.** *

Zahntechnisches Atelier
Hans Barth
Grimmaischer Steinweg 14, II.

Schmerzloses Zahn-Ziehen und Plombieren. [2261*

Künstlicher Zahnersatz in jeder Ausführung.

Gummi-Artikel
z. Wsch.-u. Kr.-Pflg., Btteinl., Mutt.-spr., Mutter-u. Klistierrohre, Leibb., Luftkss., Monatsb., Hienfong, Mass.-Art., Halskettch. f. zahn. Kind. Prsl. 30 Auguste Graf, Neumarkt 5.*

Ortsverein Leutzsch

Sonnabend, den 11. Juni, abends 1/2 9 Uhr

Vereins-Abend

im Vater Jahn.

Rezitationen aus **Gottfried Sennes Werken** vom Genossen **Gustav Hennig.** Vereinsangelegenheiten. [11330
Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen **Der Vorstand.**

Freitag, den 10. Juni, abends 3/4 7 Uhr

Beginn der Kinderspiele

auf den Wasserturmwiesen.

Die Mitglieder wollen ihre Kinder dorthin schicken.

Des weiteren ersuchen wir die geehrten Mitglieder, die aus der **Bibliothek** entliehenen Bücher bis 15. Juni zurückzugeben. Die Bibliothek bleibt vom **15. Juni bis 15. Juli wegen Inventur geschlossen.** **Der Vorstand.**

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr.
Telephon 3784.

Former u. Giessereiarbeiter. Donnerstag, den 9. Juni, abends 1/2 9 Uhr, **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus. [11332

Gelbmetallarbeiter. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, **Sitzung der Vertrauensmänner** im Volkshaus. [11334

Klempner. **Vertrauensleute.** Dienstag, den 14. Juni, abends 1/2 9 Uhr, **Sitzung** im Volkshaus. [11333*

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. gewerbl. Arbeiter.

E. H. Nr. 3. Hamburg.

Zahlstellen Plagwitz, Lindenau, Kleinzschocher und Knauthain.

Freitag, den 10. Juni, abends 1/2 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Felsenkeller,** L.-Plagwitz, Karl-Heine-Straße.

Tagesordnung:

1. Statutenberatung und Anträge zur Generalversammlung.
2. Wahl von 2 Delegierten.
3. Verschiedenes. [11307

Zahlreichen Besuch erwarten **Die örtlichen Verwaltungen.**

Schützenhaus, L.-Sellerhausen

Zur 25jährigen Wiederkehr
Heute sowie täglich bis 20. Juni
abends 1/4 9 Uhr **Oskar Junghähnels**
berühmte Sänger u. Schauspieler.
Deutschlands beste Sängergesellsch.
Ueberall Bomben-Erfolg. Täglich ausverk. Eintritt 40 ₰. Res. Plätze.
Vorverkauf bei H. Freiberg und E. Volkmar, Wurzner Str. 75.

Güldne Aue, Sellerhausen

Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr: **Großes Familien-Frei-Konzert.**
Bestgepflegte Getränke. Vorzügliche Küche. — Hermann Nacke. [*

Zum Elefantenwirt, Nikolaistr. 6.

Morgen Donnerstag: **Nacht-Schlachtfest.**

Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen ist

das beste Waschmittel.

1/2 ℔ Paket **15** Pfg.

Allreit

das beste und schnellste Rad der Welt.

Der grosse Sommerpreis

welcher am Sonntag, den 5. Juni, auf dem Leipziger Sportplatz in Form eines 100-Kilometer-Rennens zum Austrag gelangte, wurde von Artur Stellbrink auf

Allreit-Weltmeister

6-Tage-Modell gewonnen. Stellbrink zeigte sich auf dem leichten Allreit-Rade den Anstrengungen des langen Rennens am besten gewachsen. Auf Allreit wurden in 10 Monaten drei Sechs-Tage-Rennen gewonnen. Kein anderes Rad kann ähnlich grosse Erfolge aufweisen.

Köln-Lindenthaler Metallwerke, A.-G.
Köln-Lindenthal.
Vertreter:
Georg Brückner
Fahrradhandlung, **Dresdner Str. 12.**
— Telephon 4265. —

Felsenkeller

Morgen Donnerstag

Gala-Soiree vom Bunten Theater.

Hierauf: **Vornehmste Ballmusik des Westens.**
Anfang 8 Uhr. [11341] Entree 30 Pfg.

Kluge Frauen gebrauchen nur meinen **neuen,** amerikanischen Spülapparat mit Mittelträger. Aerztl. empfohlen. Preis 4.50 Mk. **C. Blecher,** Leipzig, Talstraße 27, I. [*

Bonella

Köstlicher Geschmack u. feinstes Butteraroma
zeichnen die allerorts beliebte und gern gekaufte Pflanzenbutter-Margarine

als **anerkannt besten Butter-Ersatz** aus.

Bonella wird aus dem reinen Pflanzenfett der Kokosnuss unter Zusatz von Sahne und Eigelb hergestellt.

Bonella stellt **das Feinste** dar, was in diesem Produkt in den Handel gebracht wird. ::

Bonella kommt in jeder Verwendungsart **bester Naturbutter** gleich. :: :: ::

Alleinige Fabrikanten:

Wahnschaffe, Muller & Co., G. m. b. H., Cleve a. Niederrh.

Filiale: **Leipzig, Eutritzscher Str. 20.** Teleph. 2952 und 1510.

Möbel

komplette
Wohnungs-Einrichtungen
für nur 398 Mark.

1	fourn. Kleiderschrk.	53.— ℳ
1	„ Vertiko	53.— „
1	„ Sofatisch	20.— „
1	Plüschsofa	60.— „
1	Trumeau-Spiegel	36.— „
4	Stühle m. Rohrlehne	24.— „
2	engl. Betten	44.— „
2	Sprungfed.-Matr.	36.— „
1	Waschtisch m. Schrk.	22.— „
1	Waschtisch-Spiegel	8.— „
1	Küchenschrank	27.— „
1	Küchentisch	9.— „
1	Küchenstuhl	3.— „
1	Küchenbank	3.— „
	Sa.	398.— ℳ

Langj. Gar., Transp. fr. Wohn.
Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
Tauchaer Str. 32 (Battenberg).
Anerk. billigste Bezugsquelle für **solide Möbel.**

Deutschland
von Friedrich Ratzel
naturgeschichtlich schön gebund. mit Kärtchen nur **1.50** Mk.
Volksbuchhandlung Leipzig
Tauchaer Str. 19/21
und deren Filialen.

Bürgerliches Gesetzbuch. 30 Pfg.
Volksbuchhd. Leipzig u. Filialen.

Familienanzeigen.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit senden Eure Kinder Hedwig, Oskar, Frida und Martha Schumacher. [11316

Am 6. Juni starb in Leipzig-Plagwitz infolge eines Unglücksfalles unsere einzige geliebte Tochter

Selma Ulrich geb. Herrmann.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Breslau, den 7. Juni 1910
Die trauernden Eltern [11309
Gustav Habel nebst Frau Pauline geb. Herrmann.

Ganz unerwartet verstarb am 6. Juni unsere Kollegin

Frau Ida Würker

nach kurzem Krankenlager im Alter von 43 Jahren.

Wir verlieren in der Verstorbenen eine langjährige und führende Kollegin und bedauern ihren frühen Tod.

11346] **Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Ein Reform-Humbug.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Wahlen haben gezeigt, daß die französische Politik in einen Zustand der Gärung übergegangen ist, in dem sich neue Formen vorbereiten. Das alte Parteiwesen mit seinen ideologischen Schlagworten und seinem losen Gefüge beutemachender Gruppen entspricht einer Zeit der sich verschärfenden Klassenkämpfe nicht mehr. An den Tatsachen der sozialen Entwicklung scheitert der angeblich im nationalen Charakter verankerte Individualismus. Das Hindrängen zur Verhältnisvertretung mit der von ihr geforderten scharfen Ausbildung großer Parteien ist ein Symptom dieser Wandlung. Schon jetzt aber treten die Linien der künftigen Parteiengruppierung deutlich hervor. Die demokratische Allianz, ein politischer Verband, dessen Kern die liberalen Großkaufleute der Gironde bilden, betreibt die Bildung einer großen, freisinnigen Partei, die um die bisherige republikanische Linke die nichtklerikalen Elemente der Progressisten und die gemäßigten Radikalen sammeln und einen scharf antisozialistischen Charakter bekommen soll. Ein neuer Opportunismus, aber von festerem Gefüge, soll auferstehen und nach dem keinem Sehenden zweifelhaften notwendigen Zerfall des Radikalismus ein straffes Bourgeoisregiment aufrichten. Die Jeremiaden der wohlmeinenden Blockgläubigen werden diese Entwicklung nicht aufhalten.

Sie wird allerdings noch eine gute Weile brauchen, und dieser Umstand macht die Stellung der Regierung in der Uebergangszeit recht schwierig. Noch ist die parlamentarische Macht der Radikalen groß genug, um einen Minister, der sich offen an die Spitze einer Bewegung stellt, deren Ende die Vernichtung der radikalen Cliquenpolitik ist, in Gefahr zu bringen, anderseits gibt es politische Reformen, die sich die öffentliche Meinung dermaßen erobert haben, daß sich die Regierung ihnen, ungeachtet der Abneigung der Radikalen, nicht widersetzen kann. Briand ist nun kein Mann mit einem Königsgedanken, für den er zu kämpfen und zu fallen bereit wäre. Seine große Schlauheit setzt sich kein andres Ziel, als sich am Staatsruder zu erhalten, und demgemäß muß seine ganze Politik auf ein geschicktes Lavieren hinauslaufen, auf scheinbare Zugeständnisse an den neuen Geist mit gleichzeitiger Beschwichtigung der alten Machthaber, auf schön hergerichtete Programme, deren wahrer Inhalt zweideutig, auf einen Eifer, dessen Absicht, zum Ziel zu kommen, zweifelhaft ist.

Ein Muster dieser unredlichen Politik ist die Wahlreform, die Briand in dieser Woche im Entwurf bekanntgeben wird, deren Grundzüge aber jetzt schon mitgeteilt worden sind. Die Bewegung für den Proporz hat im Land, wie man weiß, große Erfolge gehabt, fast die Hälfte der gewählten Kandidaten hat sich für ihn erklärt, und die Mehrheit der Wähler für seine Anhänger gestimmt. Briand will nun dieser Volksmeinung scheinbar Rechnung tragen. Wie sehen aber seine Vorschläge in Wirklichkeit aus?

Zunächst ist mit der Aenderung des Wahlsystems die Verlängerung der Mandatsdauer von 4 auf 6 Jahre und die Erneuerung des Parlaments durch Teilwahlen, die alle zwei Jahre erfolgen sollen, verknüpft. Diese Bestimmungen haben mit dem Proporz gar keinen sachlichen Zusammenhang, sie sind im Land gar nicht diskutiert worden, und ihre Einbeziehung kann keine andre Wirkung haben, als die Beratung der Wahlreform in die Länge zu ziehen und vielleicht ganz resultatlos zu machen. Sie ist ein durchsichtiges Manöver, die Anhänger der Verhältnisvertretung zu spalten.

In welcher Art aber bringt Briands Entwurf die Idee des Proporzes selbst zum Ausdruck? Es gibt ja verschiedene Systeme dieses Wahlrechts, über deren Zweckmäßigkeit die Meinungen auseinandergehen. Der Briandsche Entwurf schließt sich an keines dieser Systeme an, er ist in jeder Beziehung ein Unikum, nämlich ein System der unverhältnismäßigen Mehrheitsvertretung.

Nach diesem Entwurf wird die Verteilung der Mandate nach folgender Methode vorgenommen: Zunächst wird die Zahl der eingeschriebenen Wähler eines Wahlkreises durch die Zahl der zu wählenden Deputierten dividiert. Das Resultat ist der Wahlquotient. In einem Departement z. B., das 10 Deputierte zu wählen hat, sind 200 000 Wahlberechtigte. Der Wahlquotient ist dann 20 000.

Hierauf wird die Durchschnittsziffer der auf die Kandidaten jeder Parteiliste entfallenen Stimmen berechnet und durch den Wahlquotienten dividiert. Die Quotienten, die sich hierbei ergeben, geben die Zahl der Mandate an, die jeder Partei gehören. In unserm Wahlkreis haben z. B. 80 v. H. der Wähler gestimmt, also 160 000. Davon entfallen auf die Kandidaten einer Liste A 60 000, auf die einer Liste B 55 000, auf die einer Liste C 45 000 Stimmen. Die Partei A erhält dann 3 Mandate (60 000 durch 20 000), B und C je 2 Mandate (55 000 und 45 000 dividiert durch 20 000).

Nun sind aber erst 7 von den 10 Mandaten verteilt? Wem fällt der Rest zu? Der Briandsche Entwurf bestimmt: Die Partei, die die meisten Stimmen hat, bekommt sie alle als „Prämie". So daß A mit 60 000 Stimmen 6 Mandate hätte, B und C mit zusammen 100 000 Stimmen nur 4. Und das nennt sich Proporz"!

Natürlich muß in der Praxis das Unrecht ja nicht immer so kraß ausfallen, aber es kann auch noch krasser sein. Es wird um so größer, je geringer die Wahlbeteiligung ist. Denn der Trick der Briandschen Wahlreform besteht darin, daß nicht nur den Minoritäten sehr große Stimmenreste verloren gehen können (in unserm Fall 15 000 für B und 5000 für C), sondern daß der Mehrheitspartei alle nicht abgegebenen Stimmen zugute kommen. Die „Prämie" aber wird damit eine Prämie auf den Wahlschwindel, auf die Eintragung falscher Wähler, die jetzt sogar viel gefahrloser wird, da ein Nachweis der Fälschung vor der Wahlkommission unmöglich ist. Sie ist aber auch ein Anreiz zur Abschließung von Wahlkompromissen, zum gemeinsamen Kampf um die Zuschlagsmandate, erzeugt also geradezu dasjenige, was eben durch den Proporz überflüssig gemacht werden soll!

Man sieht, was Briand vorschlägt, ist für Anhänger einer wirklichen Verhältnisvertretung einfach unannehmbar. In der Kammer sind jetzt dem Verband für den Proporz schon über 300 Deputierte, also über die Hälfte des Hauses, beigetreten. Hoffentlich gelingt es den redlichen Vertretern der Reform, den Wechselbalg der Regierung sofort zu beseitigen und für ein wirklich gerechtes Wahlrecht die Mehrheit zu finden. Mißtrauen gegen die vielen neugebackenen Proportionalisten ist aber freilich ebenso vonnöten wie gegen den obersten von ihnen, Herrn Aristide Briand.

Deutsches Reich.

Die Strafrechtsreform.

In der Justizkommission des Reichstags stellte der Abgeordnete Groeber den Antrag, als § 127a folgende Bestimmung in die Str.-P.-O. aufzunehmen: „Der in Untersuchungshaft befindliche Beschuldigte darf in Beziehung auf die zur Untersuchung stehende Tat nur durch den Richter vernommen werden". Durch den Antrag soll der Schutz des verhafteten Beschuldigten vermehrt werden. Die Regierung wollte von dem Antrag nichts wissen, erst aus sachlichen Gründen, später aus Gründen formaler Natur. Noch schroffer als die Regierungsvertreter wendeten sich ein nationalliberaler und antisemitischer Redner dagegen. Letzterer sah in dem Antrage nur ein Mißtrauen gegen die Staatsanwaltschaft, und zur Vergeltung dafür kündigte er Anträge an, die sich gegen die Rechte der Verteidigung richten sollen. Schließlich wurde der Antrag Groeber mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Antisemiten, Konservative, Nationalliberale und Reichsparteiler. Beim § 129, der u. a. bestimmt, daß ein Verhafteter unverzüglich dem nächsten Amtsrichter vorzuführen ist, beantragten die Sozialdemokraten, daß, wenn die Einlieferung verzögert wird, der an der Verzögerung schuld tragende Beamte dem Verhafteten gegenüber haftpflichtig ist. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und die Stimme des Abgeordneten Träger abgelehnt.

Der § 138 bestimmt, daß als Verteidiger Rechtsanwälte, die bei einem deutschen Gericht zugelassen sind, oder Rechtslehrer einer deutschen Hochschule gewählt werden können. Auch kann das Gericht andre Personen als Verteidiger zulassen. Auf eine Anfrage von unseren Genossen erklärten die Regierungsvertreter, daß selbstverständlich auf Grund dieser Bestimmung auch weibliche Personen zur Verteidigung zugelassen werden können. In Vertretung eines Rechtsanwalts kann auch ein Rechtskundiger die Verteidigung führen, der die erste Prüfung im höheren Justizdienst bestanden hat und bereits ein Jahr in ihm beschäftigt gewesen ist.

Nach dem § 139 muß dem Angeschuldigten von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden, wenn die Sache vor dem Schwurgericht und vor dem Reichsgericht als erste Instanz verhandelt wird, oder auf Antrag, wenn die Tat ein Verbrechen darstellt und das Landgericht als erste Instanz zuständig ist. Dazu lag ein Antrag Groeber vor, daß dem Angeschuldigten auf seinen Antrag auch dann ein Verteidiger zu stellen ist, wenn er wegen eines Vergehens in Untersuchungshaft genommen ist. Die Kommission nahm den Antrag gegen die Stimmen der Antisemiten, Konservativen, Nationalliberalen und Reichsparteiler an.

Die Reichsversicherungsordnung.

In der Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung wurde am Sonnabend die Zusammensetzung des **großen Senats beim Reichsversicherungsamt** erörtert. Dieser Senat ist berufen, grundsätzliche Entscheidungen herbeizuführen, oder, wenn von einer bisherigen Entscheidung abgewichen werden soll, die Frage aufs neue zu prüfen. Die Vorlage will die Zahl der Mitglieder dieses Senats auf sieben herabsetzen, während er bisher von 11 Mitgliedern gebildet wurde. Bei der Herabsetzung soll die Zahl der Arbeiter- und Unternehmerbeisitzer auf je einen herabgesetzt werden, während bisher je zwei Beisitzer aus den Kreisen der Arbeiter und der Unternehmer herangezogen wurden. Unsere Genossen beantragen, den alten Zustand wieder herzustellen und finden hierbei die Unterstützung des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Die Landesversicherungsämter sollen künftig als obere Spruchinstanz in allen Streitigkeiten für den Bundesstaat zuständig sein, der ein solches Landesversicherungsamt errichtet hat. Unsere Genossen empfehlen die Streichung dieser Sondereinrichtungen. Ein Antrag des Zentrums, daß der Bundesstaat, der mindestens drei Oberversicherungsämter aufweist, ein Landesversicherungsamt errichten kann, wird zunächst angenommen, aber in der Gesamtabstimmung über den § 118 fällt die veränderte Fassung mit dem ganzen Paragraphen. Damit sind von der Kommission die Landesversicherungsämter gestrichen. Für die Aufhebung stimmten unsere Genossen, die Konservativen, Freisinnigen, Nationalliberalen, der Abg. Behrens und der Vertreter der Polen.

Auf Antrag unserer Genossen und der Nationalliberalen wird im § 128 eingefügt, daß die Versicherungsämter berechtigt sind, Zeugen und Sachverständige eidlich zu vernehmen. Weiter beantragen unsere Genossen: „Bei der Beweisaufnahme ist den Parteien Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Während eines Streitverfahrens sind Beweisaufnahmen der Versicherungsträger unzulässig."

Zur Begründung führen unsere Genossen an, daß man der Berufsgenossenschaft nicht das Recht geben will, während des Schiedsgerichtsverfahrens noch neue Beweisaufnahmen anzuordnen. Sobald die Sache dem Schiedsgericht oder dem Reichsversicherungsamt übergeben ist, hat dieses die weitere Beweisaufnahme zu veranlassen. Der Antrag wird im ersten Satz angenommen. Gegen den zweiten Satz stimmen das Zentrum, Konservative und Nationalliberale. Ferner wird der Absatz 2 des § 128, der bestimmt, daß die Organe der Arbeiterversicherung unaufgefordert alle Vorgänge, die für einen anderen Versicherungsträger von Wichtigkeit sind, sich gegenseitig dies mitteilen müssen, gestrichen. Im § 132 wird u. a. gestattet, daß dem Arbeiter rückständige Beiträge bei dem Rentenbezug bis zu drei Monaten aufgerechnet werden können. Unsere Genossen wollen nur gestatten, daß für einen Monat die rückständigen Beiträge aufgerechnet werden dürfen. Der Antrag wird angenommen.

Nach § 133 sollen den „Gewohnheitstrinkern" an Stelle der Rente auf Antrag des Armenverbandes Naturalbezüge gewährt werden. Unsere Genossen erheben Bedenken gegen den Ausdruck „Gewohnheitstrinker". Es könnte die Bezeichnung zu Schikanen der Behörde führen. Auf Antrag des Zentrums wird an Stelle des Wortes „Gewohnheitstrinker" das Wort „Trunkenbolde" gesetzt.

In der Montagsitzung wurde über die Stellung der Zahntechniker im Rahmen der Arbeiterversicherung und ferner über das Verhältnis der Hebammen zu den Aerzten verhandelt. Nach dem Wortlaut des § 135 soll bei Geburten in allen Fällen erst der Arzt gerufen werden, und erst, wenn er erkennt, daß er überflüssig ist, kann die Hebamme in Funktion treten. Der Paragraph wird in der Fassung der Vorlage angenommen. Ueber die Frage der Gewährung freier Geburtshilfe wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt, doch scheint eine Mehrheit dafür vorhanden zu sein. Die Regierung verhält sich wegen der entstehenden Kosten ablehnend.

Nach dem Regierungsentwurf sollen Zahntechniker zur Kassenpraxis nur zugelassen werden, wenn im Bezirk Zahnärzte zu angemessenen Bedingungen nicht zur Verfügung stehen. Den Zahnärzten, zu deren Fürsprecher sich der Freisinnige Mugdan aufwarf, geht diese Bestimmung aber noch nicht weit genug. Die Kommission beschloß, der Praxis der Zahntechniker einen etwas größeren Spielraum zu gewähren, als es die Vorlage wollte.

Eine größere Debatte gab es auch bei den Strafandrohungen, denen Vorstandsmitglieder von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften zum Opfer fallen können. Die Regierungen wollten aber die Staats- und Kommunalbeamten vor Strafen sichern. Unsere Genossen beantragten die Streichung des Beamtenparagraphen 147. Für diesen Paragraphen stimmte niemand, und damit fiel diese Bestimmung.

Eine dreiste Fälschung.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt einen Artikel über das politische Endziel des Polentums, in dem eine Resolution, die auf dem Kongresse des polnischen Nationalbundes in Nordamerika angenommen werden sollte, zitiert wird. Diese Resolution, die von dem Schriftsteller Ladislaus Studnickt befürwortet war, fordert die Vorbereitung zu einem Aufstand in Russisch-Polen, der im Einvernehmen mit Japan und Oesterreich inszeniert werden soll. Das rheinische Scharfmacherblatt bemerkt dazu:

> Den Nationalpolen in Europa ist die rücksichtslose Offenherzigkeit ihrer amerikanischen Brüder außerordentlich unangenehm. Auf dem Kongreß stimmten sie, wohl um Auseinandersetzungen mit den heimischen Strafbehörden aus dem Wege zu gehen, gegen die Entschließung, und der Vizepräsident des Kongresses, der Lemberger Professor Dr. Majerski, legte aus diesem Grunde nach Annahme der Entschließung sein Amt nieder und verließ sofort den Kongreß. Das löscht aber nicht die Tatsache aus, daß wir es hier mit einer Kundgebung für die letzten Ziele und Bestrebungen des Nationalpolentums zu tun haben, der im Geheimen auch die europäischen Polen mit unverminderter Kraft nachstreben werden.

Man braucht nur die Resolution selbst zu lesen um sich darüber klar zu werden, daß es sich hier um das Produkt eines Phantasten handelt, und daß es unehrlich ist, sie gegen die Polen auszuschlachten. Aber es handelt sich hier um mehr als eine Skrupellosigkeit des Essener Hakatistenblattes. Wir stellen erstens fest, daß die Resolution, wie das Blatt selbst berichten muß, glatt abgelehnt worden ist, zweitens daß Studnicki seit Jahren der verbissene Gegner der Nationaldemokratie ist, daß drittens die nationaldemokratische Presse aller Teile Polens mit beißendem Spott über die Phantastereien Studnickis hergefallen ist. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat also eine dreiste Fälschung vollbracht und das natürlich, um gegen die Polen zu hetzen. Dieses edle Ziel nötigt uns zu der Feststellung, mit welchen Mitteln unsere Hakatisten kämpfen, denn sonst könnten wir ruhig die polnischen Chauvinisten den deutschen überlassen.

Russisches aus Oberschlesien.

Am Sonnabend wurde das Vereinslokal unsrer Genossen in Neudorf (Oberschlesien), in dem ein Bierausschank für Mitglieder eingerichtet ist, zum **fünften Male** polizeilich geschlossen und die Mitglieder hinausgetrieben. Der Vertrauensmann Pajonk vom Bergarbeiterverband wollte aus einem Schrank noch wichtige Belege herausnehmen, er wurde dabei verhaftet und **an beiden Händen gefesselt abgeführt**. Ein armer Krüppel Ciesta, der sich durch Zeitungsaustragen ein paar Pfennige verdient, wollte seine Zeitungen mitnehmen, konnte aber, weil er lahm ist, nicht schnell genug herausgehen, darum wurde auch er verhaftet und durch zwei Polizisten abgeführt. Als der Vorsitzende, Genosse Bies, eine Bemerkung machte, wurde auch er **gefesselt abgeführt**. Im ganzen Dorf herrscht große Empörung. Als am Sonntag die Genossen vom Gefängnis zur Polizei geführt wurden, belagerte eine große Menschenmenge die Straße. Die Genossen, die einzeln entlassen wurden, empfing man mit großer Begeisterung. Zu bemerken ist noch, daß der Amtsvorsteher Jasinski kein schriftliches Ausschankverbot erließ und auch nicht mit Strafen drohte, er ging vielmehr von der ersten Minute an mit Gewalt vor.

Solche brutalen Polizeistreiche sind nächst dem Knutenreich des Hängezaren nur in Oberschlesien möglich. Drum hat es auch seine Richtigkeit mit dem Ausspruch des Herrn Bülow: Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran — an Barbarei und Unfreiheit seiner Bürger!

Berlin, 8. Juni. Die Nummer 33 des **Reichsgesetzblatts** enthält das Konsulatsgebührengesetz vom 17. Mai 1910 und die Bekanntmachung betr. die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen vom 3. Juni 1910. —

Im Reichsamt des Innern tagt heute eine Konferenz von Regierungsvertretern, die über eine **Vereinheitlichung der deutschen Stenographie** verhandeln soll. —

Zur Stichwahl in Jauer-Landeshut. Den Konservativen, die beschlossen hatten, für den Fortschrittler Büchtemann einzutreten, sind jetzt auch die Freikonservativen gefolgt. Die Parteileitung empfiehlt ihren Parteigenossen auf das dringlichste, in der Stichwahl für Büchtemann zu stimmen.

Uebrigens hat auch der Reichsverband des Herrn Liebert zur Wahl Büchtemanns öffentlich aufgefordert. Nun kann den Freisinnigen zu ihrem Siege sicher nichts mehr fehlen.

Das dringendste Erfordernis des Tages. Im Etat der preußischen Generalordenskommission wird eine Erhöhung des Fonds für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien für das Rechnungsjahr 1911 angefordert. Der Fonds beläuft sich seit 1905 auf 220 000 Mk. Damals erhöhte man ihn um 90 000 Mk. Trotzdem haben alljährlich sehr erhebliche Ueberschreitungen stattgefunden, und zwar um 98 000 Mk. 1905, 166 000 Mk. 1906, 161 000 Mk. 1907 und um 137 300 Mk. im Jahre 1908. Bereits im laufenden Rechnungsjahr sollte eine Erhöhung des Fonds eintreten, sie unterblieb, weil die Staatsfinanzen allzu schlecht standen. Dieses Jahr haben sich die Finanzen mit der steigenden Konjunktur etwas gebessert, man kann deshalb wieder aus dem Vollen wirtschaften. Die Landtagsmehrheit wird sicher auch dieser Forderung zustimmen, wie sie dem 3½-Millionengeschenk an Wilhelm II. zustimmt. Den getreuen Dienern der Krone winkt dann als schönster Lohn für ihre Opferwilligkeit auf Kosten des Volkes ein glitzerndes Ordensbändchen.

Trennung der Steuerveranlagung von den Landratsgeschäften. Der Allmächtige in Preußen, der Landrat, hat heute noch die überaus wichtigen Geschäfte der Steuerveranlagung in

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

seiner Hand. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß, während dem Arbeiter jeder Pfennig seines Einkommens versteuert wird, die Grundbesitzer jährlich Tausende dem Staat vorenthalten können, ohne daß ihnen auch nur ein Härchen gekrümmt wird. Jetzt endlich soll diesem Zustand ein Ende gemacht werden. Wie die Schlesische Zeitung meldet, ist im Unterausschuß zur Beratung der preußischen Verwaltungsreform ein Antrag angenommen worden, wonach die Steuerverwaltung von den Landratsämtern abgetrennt und zu einer selbständigen Behörde ausgestaltet werden soll. Diesem Beschluß soll auch der Finanzminister zugestimmt haben.

Hundert Millionen Ueberschuß. In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses machte der Minister von Breitenbach die Mitteilung, daß der Reinüberschuß der preußischen Eisenbahnen statt, wie im Etat für 1909 veranschlagt, 83 Millionen in Wirklichkeit 183 Millionen beträgt, also um 100 Millionen überschritten ist. Ferner teilte der Minister mit, daß die Zuschüsse zur Eisenbahnarbeiterpensionskasse nicht, wie in Aussicht genommen war, zum 1. April 1911, sondern schon vom 1. Juli 1910 ab geleistet werden sollen.

Staatsverbrecher. Die bayrische Regierung ließ gegen eine Anzahl von Beamten, die gegen die Bierpreiserhöhung agitiert hatten, eine Disziplinaruntersuchung einleiten. Unsre Parteigenossen werden jedenfalls Veranlassung nehmen, das Vorgehen der Regierung im Landtage zur Sprache zu bringen.

A. **Die Badische Zweite Kammer** lehnte den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ab, der die staatliche Feuerversicherung für das Mobiliar forderte. Es stimmten von den bürgerlichen Parteien nur vier Zentrumsabgeordnete und ein Nationalliberaler dafür. Alsdann nahm die Kammer mit großer Mehrheit den Antrag Geck und Genossen an, der die Regierung auffordert, gemeinsam mit anderen Bundesstaaten eine solche Versicherung anzubahnen.

Kleine politische Nachrichten. Der Berner Ständerat beendigte die Debatte über die Verhältniswahl des Nationalrates und beschloß mit 26 gegen 10 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, die Ablehnung des Initiativbegehrens. — Das chilenische Ministerium hat seine Entlassung gegeben.

Frankreich.

Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten der Deputiertenkammer.

Paris, 7. Juni. (Deputiertenkammer.) Nachdem in den letzten beiden Sitzungen die Wahlen von 530 Deputierten für gültig erklärt worden waren, schritt das Haus heute zur Wahl des definitiven Bureaus. Zum Präsidenten wurde mit 304 von 425 abgegebenen Stimmen Brisson gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Alle geeinigten Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 7. Juni. Die Kammer wählte heute zu Vizepräsidenten die Deputierten Etienne (republ. Linke) mit 313 Stimmen, Puech (soz. Radikaler) mit 202, Berteaux (ebenso) mit 260, Dron (Radikaler) mit 229 Stimmen. Der Progressist Thierry erhielt 180 Stimmen.

Rußland.

Die Vergewaltigung Finnlands

Petersburg, 7. Juni. Nach viertägigen Debatten beschloß die Reichsduma mit 196 Stimmen der Rechten und der Mitte gegen 105 der Opposition und einiger Oktobristen, hauptsächlich Abgeordneter der baltischen Provinzen, zur Verhandlung der einzelnen Paragraphen der Finnlandvorlage überzugehen. Die Sozialdemokraten verließen vor der Abstimmung den Saal.

Norwegen.

Arktander geht.

Christiania, 7. Juni. Als dem König heute das Gesetz zur Sanktionierung vorgelegt wurde, welches den Frauen für die Kommunalwahlen ein erweitertes Stimmrecht verleiht, riet der Handelsminister Arktander, die Sanktionierung nicht zu vollziehen. Nachdem sich die übrigen Mitglieder der Regierung für die Sanktionierung ausgesprochen hatten, vollzog sie der König. Darauf reichte Arktander seine Demission ein, die angenommen wurde. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Braenner, übernimmt für Arktander das Handelsministerium. Der Oberingenieur bei den Staatsbahnen, Darre Jensen, ist zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Der Personenwechsel bedeutet keinerlei Aenderung in der Regierungspolitik.

Großbritannien.

Das Signal zum Rückzug der Liberalen.

London, 7. Juni. Zu den gestrigen Audienzen des Premierministers Asquith und des Ministers für die Kolonien, Lord Crewe, beim König bemerkt die Daily News, das Organ des Ministeriums, das sei Asquiths erste Audienz beim neuen König, der man offenbar politische Bedeutung zuschreiben dürfe. Eine bedeutsame politische Entwicklung sei jetzt möglich; die Regierung schicke sich an, die konservativen Führer zu einer Konferenz über die Beilegung der konstitutionellen Krisis einzuladen.

Türkei.

Der Boykott.

Konstantinopel, 7. Juni. Auch in Rodosto hat die Boykottbewegung gegen griechische Waren eingesetzt. — Nach einer von Griechen stammenden Nachricht wurden in Edromid zwei griechische Läden ausgeplündert. — Der griechische Gesandte erwirkte bei der Pforte das Versprechen, daß Befehle betreffend die Sistierung des Boykotts erlassen werden.

Mexiko.

Der Aufstand.

Vera Cruz, 7. Juni. Insurgenten haben die Stadt Valladolid in Yukatan angegriffen und geplündert. Viele Einwohner sind getötet worden.

Vera Cruz, 7. Juni. Die Insurgenten, die unter Führung der Maya-Indianer stehen, haben verschiedene Städte angegriffen. Die Zahl derer, die Valladolid angegriffen haben, wird auf 5000 beziffert. Der Chef der Polizei und die Beamten sind getötet, das Arsenal geplündert. Die Aufständischen haben die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen zerstört.

Sächsische Angelegenheiten.

„. . . . und an der Monarchie!"

Das Vaterland, das Organ des Konservativen Landesvereins, und die Kreuzzeitung brachten kürzlich gleichzeitig und fast gleichlautend eine bewegliche Klage über die Untätigkeit der obersten Kirchenbehörden und des Kultusministeriums gegenüber den auf die Reform des Religionsunterrichts gerichteten Bestrebungen der Lehrerschaft, die „mit voller Klarheit bergab zur Untergrabung aller und jeder Autorität" führen sollten. Ein ähnliches Angstgestöhn enthält die letzte Nummer des Sächsischen Kirchen- und Schulblattes, das sich „Eine herzliche Bitte" überschreibt. Darin wird ein Hirtenbrief des Oberkonsistorialpräsidenten v. Bezzel an die bayrische Geistlichkeit als ein Muster geistlichen Pflichteifers gepriesen und diesem Eifer das eisige Schweigen der sächsischen Kirchenbehörden in der Frage der Reform des Religionsunterrichts gegenübergestellt.

Daß dies Schweigen dahin ausgelegt wird, daß die Behörde, namentlich das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium, eine wenig klare, ja unentschiedene Stellung in dieser Angelegenheit eingenommen habe, gibt zu schweren Bedenken Anlaß. In der Tat „das gute Bekenntnis unserer Kirche, der Katechismus Dr. Luthers, erfährt von einem Teile der Lehrerschaft die heftigsten Angriffe, die Grundwahrheiten des Evangeliums von Jesu Christo werden als ungeeignet für den Unterricht in der Volksschule bezeichnet, die Verpflichtung auf die Bekenntnisse unserer Kirche wird als nicht bindend erklärt, und — **die oberste Kirchenbehörde schweigt. Es schweigen die in Evangelicis beauftragten Herren Staatsminister, es schweigt das Kultusministerium**, es fühlt sich nicht bewogen, gegen die Zwickauer Thesen, gegen die Beschlüsse des sächsischen Lehrervereins vom 3. und 4. Januar Stellung zu nehmen und die Lehrer in ihre Schranken zurückzuweisen. Nicht, daß wir etwa die Obrigkeit um Hilfe anrufen wollen . . . Um den Sieg ist uns nicht bange. Aber wir möchten auf den großen Schaden hinweisen, der in den Gemeinden angerichtet wird! . . . . . Welchen Grund könnte das Schweigen der berufenen Behörden haben? Eigene Unentschiedenheit? Schwäche? Zu große Vorsicht? Geheime Bedenken? Wir wissen es nicht. Aber das wissen wir, daß ein ferneres Schweigen vielleicht politisch klug sein könnte, aber ganz gegen das Interesse der Kirche sowohl als der Schule sein muß. **Wir richten daher die ebenso herzliche als ehrerbietige Bitte an die in Frage kommenden Kirchen- und Schulbehörden, in dem gegenwärtigen Kampfe durch ein entschiedenes Vorgehen eine klare Stellung einzunehmen.**

Dem Sächsischen Kirchenblatt sekundiert diesmal die Deutsche Tageszeitung. Sie bemerkt zu dem „Notschrei":

Eine Antwort auf diese Anfrage ist unseres Wissens noch nicht erfolgt. Wir wünschen, daß sie nicht allzu spät kommt. Die Gefahr ist größer, als die Regierung offenbar ahnt. Eine Vogel-Strauß-Politik in unsern Zeitläuften ist Versündigung am christlichen Volk und an der Monarchie!

Eine Versündigung am christlichen Volke und an der Monarchie! Wenn das nicht zieht! Wir sind bloß gespannt, wann die obersten Kirchenbehörden und die Regierung endlich aus ihrer verdächtigen Reserve heraustreten werden zum Kampfe für die christliche Schule und die Monarchie!

Jedenfalls weiß das Pfaffen- und Muckertum, was auf dem Spiele steht, wenn der Wunder- und Dogmenglauben aus der Schule verschwindet und die Kinder, von dem kirchlichen Aberglauben befreit, die Welt als freie Menschen mit offenen Augen ansehen!

Ein Nachklang zur letzten Landtagswahl.

III.

Der Schlußakt in dem Burgstädter Landtagswahlnachspiel spielte sich am Montag ab. Es wird zunächst in den Zeugenvernehmungen fortgefahren, die sich in demselben Gleis bewegen, wie am zweiten Verhandlungstag.

Fabrikdirektor Köbke: Als meine Fabrik abbrannte, nannte mich der Volksmund Brandstifter, obwohl wir 35 000 Mark Brandschaden hatten. Als mir damals der Amtsrichter sagte, daß mich Kretzschmar der Brandstiftung bezichtige, da sagte ich: Dann kann es ebensogut Kretzschmar gewesen sein, denn der war zuletzt in der Fabrik.

Von einem Schiller, der sich an Winkler und Dr. Pohle wendete und vom Bürgermeister Empfehlung für Unterstützung hatte, sagt Direktor Erdmann aus: Dr. Pohle habe erklärt: Wir (Winkler und Pohle) können mit Dr. Roth nicht an einem Strang ziehen. Vors.: Wieviel, Herr Winkler, haben Sie für die Stadt geopfert? Winkler: 40 000 Mk. für den Wettinhain. Außerdem habe ich Hunderten von Existenzen fortgeholfen. Wir hatten den Sozialdemokraten und Reichstagsabgeordneten Schmidt und die Volksstimme, die in unsrer friedlichen Stadt Unternehmer und Arbeiter aufeinander hetzten. Auch gegen die hiesigen Geschäftsleute wurde gehetzt. Da gründete ich den Verein der Geschäftsleute gegen die Volksstimme, um sie hier rauszubringen. Das und der Kampf gegen die Sozialdemokratie waren uns gelungen, bis der Bürgermeister kam, der beeinflußte, daß die Sozialdemokratie Säle bekam. Dr. Roth: Ich erklärte auf Anfrage den Wirten, daß ich jede Schikane ablehne und mit gleichem Maße alle Bürger messe.

Dr. Zöphel, der der Versammlung Dr. Roths beiwohnte, wo er sich den Oberamtsrichter Ebert vorgenommen hatte, der dem Bürgermeister Vaterlandswechsel um des Vorteils willen vorgeworfen, von Dr. Zöphel und Roth gesagt hatte, sie würden auch noch konservativ werden, sagt aus: Ihm habe die Abschlachtung der Bürgerlichen untereinander nicht gefallen, besonders die Art des Angriffs gegen Ebert. Darum habe er aus ehrlicher Ueberzeugung für den abwesenden Ebert gegen Roths Kampfart Partei genommen. Rechtsanwalt Dr. Drucker: Dr. Kopsch hat aber gesagt, das sei von Ihnen, Dr. Zöphel, nur ein **taktisches Manöver gewesen**, um für sich Stimmung zu machen.

Unser Genosse Christian Köhler schildert kurz, daß die Offenbacher „rote" Deputation auch mit ihm zusammen gewesen sei. Wir haben ja überall unsre Vertrauensleute, wo wir Auskunft haben können. Das tat die Deputation, bei der unser Genosse Ulrich war, auch bei mir, als sie in Burgstädt war. Zeuge Klemm: Zur Zeit hätte er eine Beleidigungsklage gegen einen Bekannten angestrengt. Winkler, den dieser um Vermittlung bat, habe ihn (Klemm) ersucht, die Klage zurückzuziehen. Er hätte sich bei seinem damaligen wirtschaftlichen Verhältnis zu Winkler, bei seiner bescheidenen Existenz, mit seinen 10 Kindern nicht getraut, die Klage weiterzuführen. Angeklagter Winkler erklärt jedoch, er habe nur den freundschaftlichen Vermittler gespielt. Dem Zeugen Drescher ist nicht bewußt, daß er 14 Tage vor diesem Prozeß gesagt habe: Bald werde man das Material gegen den Bürgermeister auspacken, der sei aber noch nicht reif. Winkler und er haben sich mit Erfolg bemüht, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. In der Stipendiensache seines Sohnes habe ihm der Bürgermeister plötzlich erst nach eidesstattlicher Versicherung ein Vermögenszeugnis ausgestellt, heimlich aber an die Universität Leipzig von der flotten Lebensweise des Sohnes geschrieben. Dr. Roth: Als ich den Vermögensnachweis fertig hatte, sah ihn Stadtrat Schreier, der ganz entsetzt forderte, ich sollte es nicht überschreiben. Er schilderte mir das flotte Leben des jungen Drescher, wie es der Referendar Klette am Freitag geschildert hat, und erklärte, daß **der junge Drescher von Winkler lebe.** Als Schreier mir die Verhältnisse schilderte, hielt ich es amtlich einfach für meine Pflicht, das dem Universitätssenat zu schreiben. Die eidesstattliche Versicherung war in der Verwaltungspraxis strittig. Drescher: Von dem Geld, das mir Winkler lieh, habe ich Kollegiengelder und ähnliche große Ausgaben für meinen Sohn, aber auch eigene Ausgaben bestritten. Das Flugblatt des Herrn Winkler habe ich im Entwurf gekannt. Rechtsanwalt Dr. Drucker: Haben Sie das Flugblatt durchgesehen, korrigiert, an ihm mitgearbeitet? Zeuge schweigt!!! Auf Antrag Dr. Drucker wird vom Gericht die Nichtvereidigung Dreschers beschlossen.

Eine ganze Reihe von Zeugen: Oberamtsrichter Ebert, Direktor Köbke, Böttcher usw. sagen aus, daß ihrer Meinung nach der Bürgermeister nicht falsch gespielt habe. Fehler seien bei ihm, wie bei andern Spielern, eben auch vorgekommen. Ebert und Köbke spielten mit Roth seit Jahren.

Es folgen die Plaidoyers. Sie bewegen sich in den aus dem umfangreichen Bericht erkennbaren Ausführungen. Dr. Drucker betont in seinem glänzenden Vortrag, daß es sich um den Kampf einer Koterie gegen den liberalen Bürgermeister handle. Diese arbeitete darauf hin, Dr. Roth aus dem Amte und um das Mandat zu bringen. Auf Freiheitsstrafe müßte erkannt werden, denn den Millionär Winkler treffe die Geldstrafe nicht. Mit Geld mache Winkler alles ab. Rechtsanwalt Behringer bittet im Auftrag seines Mandanten für die Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns um Entschuldigung, er habe weit über das Ziel hinausgeschossen. Der Anwalt bemüht sich im einzelnen immer um den Nachweis, daß Dr. Roth nicht liberal gehandelt habe.

Das Urteil lautet auf **1500 Mk. Geldstrafe** und Publikation in beiden bürgerlichen Zeitungen Burgstädts. Aus der Begründung sei nur kurz gesagt: Das Flugblatt Winklers sei vorbereitet gewesen. Eine ganze Reihe der Vorwürfe enthalte grobe Unwahrheiten und Uebertreibungen. Keinen guten Faden habe man an dem Bürgermeister gelassen. Man habe absichtlich die höchste Geldstrafe für Beleidigungen gewählt, um nicht höher gehen zu müssen. Der Bürgermeister, gegen den wegen des Hasardspiels usw. in der Begründung Hiebe abfallen, habe große Verdienste um die Stadt.

Aus dem gestrigen Bericht sei noch richtiggestellt, daß nicht der Bürgermeister Dr. Roth die Unterschriften Stütz auf den Zetteln, die an das Dienstmädchen gerichtet waren, geschrieben hat. Tatsächlich ergab die Verhandlung, daß **das Dienstmädchen selber die Unterschriften gefälscht hat**

•

Der Prozeß ist nicht nur als Sittenbild aus einer Mittelstadt bemerkenswert, sondern er bietet auch allgemeines politisches und soziales Interesse. Geld ist eine Macht. Solche korrumpierende Wirkungen, wie in Burgstädt, aber kann es nur in einem engeren Kreise, wie er sich eben in dem philisterhaften Treiben einer Klein- oder Mittelstadt vorfindet, zeitigen. Daß die Königsgeburtstags- und ähnliche Feiern sehr häufig mit allerlei Exzessen abschließen, ist eine alte Geschichte. Derartige Feiern bilden ja in der Regel für die Patrioten eine Gelegenheit, sich einmal gehörig austoben zu können. Die Hasardaffäre braucht deshalb nicht weiter zu verwundern. Sie ist nur ein Glied in diesem kleinstädtischen Sittenbild.

Wichtiger als die moralische, ist die politische Seite des Prozesses. Die Verhandlungen haben wieder einmal gezeigt, welchen Terror das Kapital im politischen Kampfe übt. Insofern enthüllte aber der Prozeß nur eine allgemeine Erscheinung.

Die ausgeworfene Strafe wird den Millionär Winkler, der einen so weisen Gebrauch mit dem ihm von Gott anvertrauten Gut zu machen verstand, nicht sonderlich schmerzen, obgleich die Gerichtskosten zweifellos noch höher sein dürften als die Strafe. Moralisch ist er vernichtet durch die Abbitte, die er durch seinen Anwalt leisten ließ. Aber freilich, in seiner Umgebung wird der Millionär Winkler nach wie vor der angesehene Mann sein, der er durch die Macht seines Geldsacks geworden ist.

Zur Nachwahl in Zschopau-Marienberg.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten mahnen die bürgerlichen Parteien „zur konzentrischen Abwehr des geschlossenen sozialdemokratischen Angriffs". Die Sozialdemokratie habe schon viel gewonnen, wenn sich die bürgerlichen Parteien in Sonderkandidaturen zersplittern; die Aussichten für eine bürgerliche Gesamtkandidatur seien günstig. Diese Ansicht dringe auch in Zschopau-Marienberg durch, und es bestehe die Absicht, Pastor Richter-Königswalde zum Träger dieser Kandidatur zu machen. „Diese Wahl wäre," so liest man in den Nachrichten, „aus mehreren Gründen erfolgversprechend. Pastor Richter ist im Wahlkreise ansässig und als Vorkämpfer der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich bekannt und populär. Auch unter der Arbeiterschaft sind ihm zahlreiche Anhänger gewiß, und es wäre auch mit Rücksicht auf die religiöse Stimmung der Erzgebirgsbevölkerung nicht ohne Bedeutung, dem Pastor Göhre einen Vertreter des Pfarrerstandes gegenüberzustellen. Zudem hat Pastor Richter gegen den sozialdemokratischen Pfarrer a. D. schon manchen erfolgreichen Strauß ausgefochten. Auch daß es außerordentlich wünschenswert wäre, einen Vertreter der nationalen Arbeiterbewegung ins Parlament zu bringen, spricht sehr mit."

Der Sozialdemokratie könnte man jedenfalls keinen besseren Dienst erweisen, als wenn die bürgerlichen Parteien den Pastor Richter, einen Sozialistenfresser gewöhnlichsten Kalibers, unserem Genossen Göhre entgegenstellen wollte. Die Beliebtheit des Pastor Richter lebt nur in der Einbildung des Limanblattes. Pastor Richter ist im Gegenteil wegen seiner gehässigen Kampfesweise gegen die Sozialdemokratie bis tief in die bürgerlichen Schichten hinein unbeliebt. Obendrein gehört Pastor Richter kirchlich zur orthodoxen Richtung, die gegenwärtig in der Frage der Reform des Religionsunterrichts den übergroßen Teil des sächsischen Volkes gegen sich hat.

Leider werden wir kaum in der Lage sein, den Pastor Richter als den Träger der — gemeinsamen Prügel, die die Sozialdemokratie im Wahlkampfe gegen die bürgerlichen Parteien austeilen wird, zu begrüßen. Bekanntlich sind bereits die Reformer mit einer eigenen Kandidatur in der Person des bekannten Kurt Fritzsche hervorgetreten. Wie gestern gemeldet, beabsichtigen auch die Volksparteiler mit einen eigenen Kandidaten vorzugehen. Wie das Leipziger Tageblatt vermutet, soll der fortschrittliche Kandidat, der in der Lage sein soll, Göhre zu Fall zu bringen, der freisinnige Landtagsabgeordnete Roch-Annaberg sein. Diese Annahme erlauben wir uns aus verschiedenen Gründen zu bezweifeln. Jedenfalls ist aber mit einer fortschrittlichen Kandidatur zu rechnen. Und so wird Pastor Richter sicher um das Vergnügen kommen, die Blamage eines schmählichen Durchfalls allein tragen zu müssen.

Blitzschlag in marschierendes Militär.

Durch einen Blitzschlag wurde gestern in der Nähe des Königsbrücker Truppenübungsplatzes ein schweres Unglück angerichtet. Die 3. Kompagnie des 177 Infanterieregiments befand sich auf dem Marsche nach dem Barackenlager, während ein heftiges Gewitter niederging. In der Nähe des Steinborner Gutes traf ein Blitzstrahl die 2. und 3. Sektion der Kompagnie und **streckte 18 Mann nieder. 3 Mann waren sofort tot**, während 10 Mann schwer und 5 Mann leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten wurden in das Garnisonlazarett zu Königsbrück gebracht. Tot sind Gefreiter Klinkicht aus Kunnersdorf bei Pirna, Soldat Hornickel aus Dresden-Löbtau und Soldat Boden aus Dippoldiswalde. Die drei Schwerverletzten sind Unteroffizier Steinfeld, Soldat Poppel und Soldat Trunk. Die übrigen Getroffenen haben sich wieder erholt.

Aus der Tatsache, daß der Blitzschlag 18 Mann niederstrecken konnte, ergibt sich, daß die Kompagnie trotz des schweren Gewitters in geschlossener Kolonne marschierte. War dem Kompagnieführer nicht bekannt, daß Menschenansammlungen auf der Straße oder auf freiem Felde erfahrungsgemäß die Blitzgefahr enorm erhöhen? Und das gilt besonders für Truppenansammlungen, weil die mitgeführten Waffen auf den Blitzstrahl anziehend wirken. Wenn der Kompagnieführer sofort beim Beginn des Gewitters die geschlossene Formation aufgelöst hätte, so daß die Mannschaften in gewissem Abstande voneinander marschieren konnten, wäre es unmöglich gewesen, daß der Blitz drei Mann töten und drei andre schwer verletzten konnte. Wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ist es möglich, daß der Kompagnieführer diese ebenso einfache wie zweckentsprechende Maßnahme nicht getroffen hat? Der einzelne Soldat kann sich leider nicht schützen, der darf nicht aus der Marschkolonne heraustreten. Um so mehr ist es verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Befehlshaber marschierender Truppenteile, wenn plötzlich ein Gewitter einsetzt, alles zu tun, um die Truppen vor der Blitzgefahr zu schützen. Wenn, wie anzunehmen ist, der Kompagnieführer aus Unkenntnis der Gefahr, die eine dicht marschierende Truppe bei einem Gewitter bildet, schützende Maßnahmen unterlassen hat, so muß das scharf kritisiert werden. Es ist Pflicht der Armeeverwaltung, durch geeignete Instruktionen den Offizieren entsprechende Instruktionen zu geben. Das gestrige Unglück fordert das eindringlich.

Herr Langhammer hat von Karlsbad aus an den Vorstand des nationalliberalen Vereins zu Chemnitz ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß er „sich entschlossen habe, das Amt eines Vorstandsmitgliedes des nationalliberalen Vereins niederzulegen, und zwar ausschließlich aus dem Grunde, dadurch dem Verein sowohl als auch sich selber größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen!" Der Verein wird bereits heute Abend zur Langhammerfrage Stellung nehmen.

* * *

Dresden. Das Protokoll über die letzte Ratssitzung berichtet: Die Stadtverordneten haben vor einiger Zeit an den Rat das Ersuchen gerichtet, ihnen baldigst eine Vorlage über Einführung einer Wertzuwachssteuer zugehen zu lassen. Nach wiederholter Beratung beschließt der Rat, dem Antrage der Stadtverordneten stattzugeben und genehmigt den im Entwurfe vorliegenden 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dresden vom 10. Dezember 1909, die Erhebung einer Wertzuwachssteuer betreffend.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Unwetter hat auf dem Pfaffenstein bei Königstein schlimm gehaust. Der Blitz schlug mehrfach in den Turm und zerstörte ihn teilweise. Das Unwetter trat mit einer Heftigkeit auf, wie es die Pfaffensteinbewohner noch nicht erlebt hatten. — Das Landgericht Bautzen verurteilte den Rechtsanwalt Dietrich aus Pulsnitz wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder — es kommen Beträge von 300 und 900 Mark in Betracht — zu fünf Monaten Gefängnis. Seine Anwaltspraxis hat Dietrich schon vor einiger Zeit aufgegeben. — Im Walde auf Augustusburger Staatsforstrevier trafen Leute das 30 Jahre alte Dienstmädchen Luise Walther aus Katharinaberg, zuletzt in Marbach in Stellung, umherirrend an. Die Walther trug die Leiche ihres halbjährigen Kindes bei sich; sie hatte es mittels eines seidenen Tuches erwürgt. Sich selbst hatte sie mittels eines Fleischermessers die Kehle zu durchschneiden versucht. Das schwer verletzte Mädchen wurde nach der Bezirksanstalt Augustusburg gebracht. Vermutlich hat das Mädchen die Tat aus Verzweiflung darüber verübt, daß der Vater seines unehelichen Kindes gestorben ist. — Die 73 Jahre alte Witwe Krußius wurde tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Der Tod ist durch Herzschlag vor einigen Wochen erfolgt. Die Bewohner des Hauses glaubten, die alte Frau sei verreist. — In Kesselsdorf wurde das vierjährige Töchterchen eines Einwohners in Neu-Zöllmen, als es einem Maurer Kaffee tragen wollte, vergewaltigt und schwer verletzt. — Auf dem Bahnhofe Zwickau wurde der Wagenwärter Neumärker in den Gleisen liegend tot aufgefunden. Allem Anscheine nach ist der Verunglückte beim Verschubdienste zwischen den Puffern erdrückt worden. — In Weldkirchen bei Zschopau wurde im Fabrikgraben der Zschopau die Uniform eines Unteroffiziers des 179. Infanterieregiments aus Leisnig gefunden. An dem Rock befand sich ein Zettel mit den Worten: „Liebe Verwandte und Geschwister, ich konnte nicht anders." Der Namenzettel lautete auf Uhlig. Was mag den Unglücklichen in den Tod getrieben haben? — Als sich der Baumeister Neubert aus Olbernhau mit seinem Gefährt auf dem Wege nach Rothenthal befand, wurde das Pferd unruhig und ging plötzlich durch. Der Wagen blieb an einem Gartenzaun hängen, das Pferd riß sich los und jagte davon. N. wurde aus dem Wagen geschleudert und stürzte so unglücklich, daß er sich außer Rippenbrüchen auch eine innere Verletzung zuzog. Er wurde besinnungslos aufgehoben. In Grimma ist der 16jährige, beim Stadtmusikchor tätige Musikerlehrling Queißer aus Leipzig beim Baden ertrunken. Queißer war wie seine Kollegen, die ihm deshalb auch keine Hilfe bringen konnten, des Schwimmens unkundig. Er hatte sich über das abgesteckte Gebiet in der Mulde hinausbegeben und war in eine tiefe Stelle geraten.

Aus den Nachbargebieten.

Ein juristisches Kuriosum.

Die Altenburger Volkszeitung berichtet:

Das Schöffengericht Altenburg, das durch seine Urteilssprüche in weiteren Kreisen auf seine Art bekannt ist, verurteilte in seiner Sitzung vom 2. Mai unsern verantwortlichen Redakteur, Genossen Dikreiter, in einer Privatklagesache zu 100 Mk. Geldstrafe. Das ist nun zwar nichts Besonderes und auch gar nichts Neues, neu ist vielmehr diese Sache nur nach der Richtung hin, weil man zu einer Verurteilung gekommen ist, trotzdem die Nummer der Volkszeitung nicht vorgelegen hat, aus der ersichtlich werden konnte, daß man in dem Angeklagten auch den richtigen Missetäter erwischt hatte. Weil der Nachweis der Schuld auf diese Art nicht erbracht werden konnte, nahm man seine Zuflucht zu einem Urteil der Zivilkammer des Landgerichts, nach dem Genosse Dikreiter zum Verantwortlichen gestempelt wurde. Weil er nämlich aus bestimmten Gründen der Behauptung seiner Verantwortlichkeit nicht widersprochen hat. Vor dem Schöffengericht lehnte Genosse Dikreiter es ab, sich zur Sache zu äußern. Er verlangte, daß man ihm die Nummer der Volkszeitung vorlege, in welcher er das unter Anklage gestellte „Verbrechen" begangen habe. Er verzichtete auch auf jede Verteidigung mit dem Bemerken, daß ihn die Sache gar nichts angehe, er sei nur gekommen, um sein juristisches Wissen zu erweitern. Trotz des Mangels eines Nachweises seiner Schuld, verurteilte ihn das Schöffengericht zu der erwähnten Strafe. Gegen das Urteil legte unser Redakteur Berufung ein, über die das Landgericht zu entscheiden hatte. Und in dieser Instanz, die unter dem Vorsitz des Landrichters Hesselbart entschied, geschah nun das noch Merkwürdigere: die Berufung wurde verworfen, verworfen trotz des erbrachten Nachweises, daß man in dem angeklagten Redakteur den Unrechten erwischt habe. Genosse Dikreiter hat die betreffende Nummer gar nicht verantwortlich gezeichnet. Die Berufung wurde verworfen unter Bezugnahme auf eine gar nicht unter Anklage gestellte Nummer der Volkszeitung, in der auf die unter Anklage gestellte Notiz aber Bezug genommen worden war, die Genosse Dikreiter verantwortlich gezeichnet hat. Das recht durchsichtig begründete Urteil nahm entgegen dem klaren Sinn des Eröffnungsbeschlusses an, daß der gelegentliche Hinweis in der Anklageschrift auf eine spätere Nummer ausreiche, um die Verurteilung des Redakteurs zu rechtfertigen, auch wenn er die unter Anklage gestellte Nummer nicht gezeichnet habe. Wie man sieht, sind die Wege, die die Altenburger Justiz wandelt, recht wunderbar.

Das Oberlandesgericht, das nun hoffentlich angerufen wird, kann sich natürlich unmöglich die juristische Logik zu eigen machen.

Bilder vom Lande.

1.

Aus dem Landarbeiterleben.

Recht skandalöse Zustände müssen wohl auf dem Rittergute Mößlitz bei Stumsdorf herrschen. Dieses Gut gehört dem Oekonomierat Finger. Der Herr hat, für einen preußischen Agrarier selbstverständlich, sich billige Arbeitskräfte aus Polen herangeholt. Die Polen sind in einer Kaserne einquartiert, deren Beschreibung allein schon gelindes Grauen erwecken kann. Nicht nur ist das Gebäude äußerst baufällig, es wimmelt darin auch von Läusen, Flöhen und Wanzen. Die Fußböden sind handhoch mit Schmutz bedeckt, die „Wohnungen" für die Bewohner direkt gesundheitsgefährlich.

In dieses Loch steckte der Rittergutsbesitzer nun auch andere Arbeiterfamilien und einen Pferdeknecht. Der Mann konnte es vor Ungeziefer nicht aushalten, seine Frau wurde in der „Wohnung" krank. Als er den Rittergutsbesitzer auf das Ungeziefer aufmerksam machte, meinte dieser Herr sehr „witzig": „Schießen Sie die Läuse mit der Flinte tot." Dem Arbeiter fehlte jedoch das nötige Kleingeld für das Pulver, und er ersuchte deshalb um Zuweisung einer anderen Wohnung. Der Besitzer hat noch ein Haus mit fünf leerstehenden Wohnungen. Das Verlangen des Arbeiters wurde abgelehnt. Um nun nicht völlig zu verlaufen und seine Gesundheit einzubüßen, verließ der Mann das Fingersche Dorado. Der edle Oekonomierat behielt aber kurzerhand sämtliche Papiere des Arbeiters inne, so daß es diesem unmöglich ist, andere Arbeit zu erhalten. Die Familie zieht jetzt obdachlos und aller Mittel bar umher. Ein Schreiben des Arbeitersekretariats in Halle ließ der über alles erhabene Rittergutsbesitzer unbeantwortet. Der Amtsvorsteher lehnte ein Einschreiten ab, denn der Amtsvorsteher ist — Rittergutsbesitzer Finger!

Dieser Fall zeigt abermals zur Genüge, daß Landarbeiter in Preußen rechtlos sind, daß sie auf Gnade und Ungnade der Gewaltherrschaft der Agrarier ausgeliefert sind.

2.

Ein wildgewordener Agrarriersohn.

Ueber einen skandalösen Vorfall berichtet die Greizer Zeitung aus Obergrochlitz:

„Vor einigen Tagen trug sich an einem auf Grochlitzer Flur gelegenen Teiche ein empörender Vorfall zu. Zwei Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren hatten in dem Bewußtsein, daß der Teich zum Baden frei sei, ein Bad genommen. Während der eine Junge sich wieder ankleiden wollte, kam plötzlich aus dem nur wenige Schritte vom Teich entfernten Walde ein junger Mann, nahm die Kleider weg und schlug mit einem dicken, knorrigen Stock so unbarmherzig auf den Knaben ein, daß der Junge unter der Gewalt der Schläge zusammenbrach. Während der Junge unfähig war, die Flucht zu ergreifen, machte sich der brutale Mensch über den andern her, der noch im Wasser war und zusehen mußte, wie es seinem Kameraden erging. Als der Unbarmherzige seine Kleider an sich nahm, kam er aus dem Wasser, und nun erging es ihm wie seinem Kameraden, nur daß die fürchterlichen Hiebe den unbekleideten Körper trafen und schreckliche Wunden verursachten. Damit aber noch nicht genug, nahm der Mann den ersten, nur mit Hemd und Hose bekleideten Jungen mit in seine Wohnung, den andern aber, der flehentlich um seine Kleider bat und hinter ihm herlief, schlug er immer aufs neue und ließ ihn nackend umherlaufen. Mitfühlende Leute brachten dem armen Jungen notdürftige Kleidung, bis er nach mehreren Stunden seine eigenen Kleider wieder hatte. Der Vorfall hat alle empört, die davon Kenntnis erhielten. Der eine Junge war derart zugerichtet, daß sich ärztliche Hilfe nötig machte. Es wurden blutige Schwielen konstatiert von ein bis zwei Zentimeter Breite und bis 10 Zentimeter Länge."

Der rohe Bursche, dessen Namen die Greizer Zeitung nicht nennt, ist der Sohn des Kammergutspächters und Amtmanns Horn in Obergrochlitz. Der Staatsanwalt wird an dieser rohen Tat wohl nicht achtlos vorübergehen.

Weimar. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde auch über die Einführung des fakultativen französischen Sprachunterrichts in den Bürgerschulen für Mädchen verhandelt. Laut Beschluß des Schulvorstandes soll dieser Unterricht von Ostern 1911 ab an den städtischen Schulanstalten eingeführt werden, wozu der Gemeinderat ersucht wurde, seine Genehmigung zu erteilen. Der Antrag fand jedoch bei den meisten Gemeinderatsmitgliedern wenig Sympathie. In den ausgedehnten Debatten trat der engherzige Standpunkt zutage, daß man den Zeitpunkt für derartige obligatorische Einrichtungen an den Volksschulen noch nicht für gekommen halte. Obwohl fast allseitig anerkannt werden mußte, daß sowohl die Gymnasien, wie auch die höheren Töchterschulen überfüllt sind und viele Schüler abgewiesen werden müssen, wurde der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses, der für Einführung des französischen Unterrichts in den Bürgerschulen an Mädchen eintrat, abgelehnt.

Greiz. In Langenwetzendorf hatte der 19 Jahre alte Emil Streit mit einem gewissen Drechsler baden wollen. Drechsler, der vor einigen Jahren im Steinbruch verunglückte, ist blind. Streit nahm ihn mit in den Teich. Als nach einiger Zeit Leute vorübergingen, sahen sie den Blinden allein im Wasser. Auf ihre erstaunte Frage wurde ihnen die Antwort, daß doch sein Freund Streit bei ihm sei. Da man diesen indessen nicht sah, wurden Nachforschungen angestellt. Dabei zeigte es sich, daß der Begleiter des Blinden, der wahrscheinlich zu erhitzt ins Wasser gegangen war, einen Herzschlag erlitten hatte und vor seinem blinden, nichtsahnenden Kameraden lautlos in der Tiefe versunken war. Die Leiche wurde bald darauf gefunden.

Aus der Umgebung.

Paunsdorf. Aus dem Gemeinderat. Bei der Untersuchung von 52 Nahrungsmittelproben wurden zweimal Verwarnungen erteilt, einmal erfolgte Bestrafung wegen Gebrauchs unvorschriftsmäßiger Gefäße, sowie wegen zu geringen Fettgehalts der Milch. — Aus dem Verkauf von 70 Stück Obstbäumen im früher Brömmeschen Grundstück wurden 58.10 Mk. Erlös erzielt. — Der Beitritt zum Reichsverband deutscher Städte wurde abgelehnt. — Ein Bittgesuch des Bundes Deutscher in Niederösterreich um einen Beitrag zur Erhaltung des Deutschtums in Niederösterreich ließ man auf sich beruhen. — Zu einem Gesuch des Herrn Fuchs, um Erteilung der Schankkonzession in seinem Ecke Schul- und Johannisstraße gelegenen Hausgrundstück wurde die Bedürfnisfrage diesmal mit 9 gegen 6 Stimmen anerkannt. — Herr Gasthofsbesitzer Scheller beabsichtigt, seinen Schankbetrieb durch Errichtung einer sogen. Kutscherstube zu erweitern; ein diesbezügliches Gesuch wurde einstimmig befürwortet. — An Stelle des verstorbenen Amtstierarztes Hecker wurde als wissenschaftlicher Fleischbeschauer und tierärztlicher Sachverständiger im Ausschuß für Schlachtviehversicherung der Tierarzt Pelz gewählt. — Einer von der Aufsichtsbehörde gewünschten Abänderung des § 31 des Anlagenregulativs wurde zugestimmt. Bisher wurden unselbständige, im Orte wesentlich wohnhafte Personen, soweit deren Vermögen nicht dem Nießbrauch einer andern Person unterworfen war, mit dem vollen Betrag ihres Einkommens zur Einkommensteuer herangezogen. Nunmehr kann dies nur geschehen, wenn ihre Unselbständigkeit nur in der Minderjährigkeit liegt. Beruht die Unselbständigkeit jedoch auf andern Gründen, so können sie nur mit vier Fünftel des Einkommens zur Einkommensteuer herangezogen werden. — Um den Bezug von Einzelexemplaren des Haushaltplans jedem Einwohner zu ermöglichen, soll eine Bekanntmachung erlassen werden, daß Druckexemplare des Haushaltplans, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von 25 Pfg. im Gemeindeamt zu beziehen sind. — Die Sparkassenrechnungen für 1909 wurden einstimmig richtiggesprochen. — Auf Vorschlag des Bauausschusses wurde einigen kleineren Abänderungen des Bebauungsplans B zugestimmt. Es sollen, „um die landschaftlichen Schönheiten des Rittergutsparks nicht zu beeinträchtigen", d. h. nach baupolizeilicher Auffassung, die Hinterfront der zu erbauenden Häuser entsprechend architektonisch ausgestaltet werden. — Die Gemeindefuhren wurden für dieses Jahr wiederum Herrn Frohberger als Mindestfordernden übertragen. — Der Haushaltplan wurde durchberaten und genehmigt. — Die eingegangenen Preisanschläge zum Straßenbau wurden zur Kenntnis gegeben. Mit der Ausführung wurde Herr Steinsetzmeister Walther beauftragt.

Taucha. Ein unbekannter Schwindler ist in den letzten Tagen hier mit Erfolg aufgetreten. Der Mensch, der sich als Reisender ausgibt, hat Familien aufgesucht, nachdem er sich vergewissert hatte, daß der Mann abwesend war, und angeblich bestellte wertlose Bücher abgeliefert, für die er gleich den „Restbetrag" kassierte. Da der Betrüger weiter seine unsauberen Praktiken zu verfolgen scheint, sei davor gewarnt, auf den Schwindel hereinzufallen.

Wahren. Der zweite Termin der Gemeindeabgaben auf das laufende Jahr ist fällig gewesen und spätestens bis zum 21. dieses Monats bei Vermeidung der Einleitung des Mahn- bezw. Zwangsbeitreibungsverfahrens an die Ortssteuereinnahme — Rathaus, Erdgeschoß, links, Zimmer Nr. 2/3 — zu bezahlen.

Rötha. Stadtverordnetensitzung am 6. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung dankte der Bürgermeister für seine Wiederwahl auf die Dauer von 6 Jahren und versprach, wie bisher sein Amt unparteiisch und gerecht zu verwalten. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Gemeinde Geschwitz einstweilen von der Gasentnahme aus dem Gaswerke Rötha Abstand nimmt. Von der Erbauung einer Kläranlage sieht die Amtshauptmannschaft vorläufig ab. Das Ortsgesetz, das die Gehälter der städtischen Beamten regelt, ist vom Ministerium genehmigt worden. Vom 1. Juli 1910 ab tritt bei der Sparkasse der Giroverkehr und tägliche Expeditionszeit ein. Es wurde beschlossen, beim Ankauf von Kohlenfeldern, dieselben Besitzwechselabgaben zu erheben, wie bei Grundstücksveräußerungen. Ein entsprechender Nachtrag soll in das Ortsgesetz für Besitzwechselabgabe eingereicht werden. Ferner wurde beschlossen, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß, wenn eine reichhaltige Tagesordnung vorliegt, die Sitzung um 7 Uhr, statt wie bisher um 8 Uhr, zu eröffnen ist. Die Erneuerung des 3er Ofens in der Gasanstalt soll so schnell als möglich ausgeführt werden. Der Voranschlag beträgt 1477.60 Mk. Auch wurde angeregt, eine Dampfesse zu errichten. Es soll aber erst einmal von fachmännischer Seite ein Gutachten eingeholt werden. Den Kaufverträgen mit den Grundstücksbesitzern des Areals zur Wasserleitung wurde zugestimmt. Die Kosten des Dauerpumpversuchs belaufen sich laut Rechnung auf 4400 Mk. Gegen das abgeänderte Ortsgesetz zur Erhebung von Lustbarkeitsabgaben hatte die Amtshauptmannschaft einige kleine Einwände erhoben, denen Rechnung getragen wurde. Die Meinung, daß die Erhebung nach dem Kostengesetz erfolgen sollte, konnte man nicht teilen, sondern beschloß, die Höhe der Abgaben doch ortsgesetzlich zu regeln. Da der jetzige Freibankverwalter Reinhold Kuhnhardt seine Stellung verändert, wurde der Fleischer Klauß mit der Stellung beauftragt. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, die Eingabe der ausgesperrten Maurer und Zimmerer wegen Steuergestundung anzuerkennen. Ein Schankkonzessionsgesuch wurde teilweise befürwortet. Das Bekleidungsgeld des Nachtschutzmanns wurde zur Hälfte bewilligt. Eine Bausache ließ man auf sich beruhen.

Delitzsch. Protest gegen die Reichsversicherungsordnung. In einer von den vereinigten Vorständen der hiesigen Ortskrankenkassen einberufenen, von Unternehmern und Arbeitern stark besuchten Protestversammlung gegen die Reichsversicherungsordnung wurde nach einem Referat des Genossen Brandes, Vorsitzenden des Krankenkassenverbandes Sachsen-Anhalt, folgende Resolution angenommen:

„Die am 4. Juni im Schützenhause von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Krankenkassen gut besuchte Versammlung findet in dem dem Reichstage jetzt vorliegenden Entwurf der Reichsversicherungsordnung absolut nicht ihre berechtigten Wünsche erfüllt. Die Versammlung hält vielmehr eine die gesamte arbeitende Bevölkerung umfassende reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unumgänglich notwendig. Wenn auch die Krankenversicherung im Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation) bringt, so geschieht dies aber in durchaus unzureichender Weise. Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Reform der Krankenversicherung muß die Dezentralisation der Versicherungsträger beseitigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken, sind wichtigste Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Krankenversicherung. Die im Entwurf vorgesehene Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts bedeuten die vollkommene Entrechtung der Versicherten. Die vorgeschlagene Regelung des Kassenbeamtenrechts, der Rechtsbeziehungen der Krankenkassen zu den Aerzten und Apotheken bedarf dringend einer Aenderung auf der Basis völliger Vertragsfreiheit beider Teile. Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht verschlechtert, es müssen im Gegenteil die Befugnisse der Aufsichtsbehörden eingeschränkt werden. Die Versammlung fordert deshalb:

1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 Mark;
2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stillgeld (Mutterschaftsversicherung);
3. Einräumung des Rechts an die Krankenkassen, auch auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen;
4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern;
5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden;
6. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

Die Versammlung erwartet und fordert mit allem Nachdruck, daß die vorstehend geäußerten berechtigten Forderungen Berücksichtigung finden, damit die Krankenversicherung in Wirklichkeit segensreich für alle Beteiligten wirken kann.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Milchgemüse mit Schöpsenfleisch.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Milchreis mit Zucker und Zimt.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Kartoffelmus mit geräucherter Wurst.
Speiseanstalt IV (Ziegelstraße): Grünpichen und Peterfilie mit Rindfleisch.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Gelbe Erbsen mit Schwarzfleisch.
Speiseanstalt VI (Leipz. Gallische Str.): Kartoffelpüchchen mit Schöpsenfleisch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch, den 8. Juni: 148. Abonnements-Vorstellung (4. Serie, braun):

Rosenmontag.

Eine Offiziers-Tragödie in 5 Akten von Otto Erich Hartleben.
Regie: Regisseur Hellmuth-Bram.

Gertrude Reimann	Frl. Fuchs	Der raugällete Hauptmann	Hr. Benger
Hugo von Marschall	Hr. Böhme (1. Akt: Leutnants)	August Schmitz, Kommerzienrat	Hr. Hellmuth-Bram
Harald Hofmann	Hr. Decarli	Tiedemann, Sergeant u. Oberordonnanz	Hr. Schmiedecke
Peter v. Ramberg	Hr. Colmar	Drewes, Ordonnanz	Hr. Schröder
Paul v. Ramberg	Hr. Rothe	Heinrich Nettelbusch, Bursche v. Rudorff	Hr. Demme
Ferdinand v. Grobipski	Hr. Zadeck	Joseph Wachowiack, Bursche von Glahn	Hr. Hermann
Moritz Diesterbeg	Hr. Brügmann (Reitknecht)	Offiziere, Fähnriche, Fahnenjunker und Ordonnanzen.	
Hans Rudorff	* * *		
Benno v. Klewitz	Hr. Huth		
Franz Glahn	Winds jr.		
Fritz von der Lehen, Fahnenjunker	Hr. Dirks		
Dr. Friedrich Meißen, Stabsarzt	Hr. Bekler		

Die Handlung spielt in einer rheinischen Garnison.

. Hans Rudorff — Hr. Werner Böger vom Stadttheater in Düsseldorf als Gast.

Pausen nach dem 2. und 4. Akt.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach ¾10 Uhr. **Schauspiel-Preise.**

Spielplan: Donnerstag: **Die Meistersinger von Nürnberg** (Wagner-Zyklus VI). Anfang ½7 Uhr.

Altes Theater.

Heute geschlossen.

Spielplan: Donnerstag bis Sonnabend: Geschlossen.

Krystall-Palast-Theater
„Eine Haremsnacht"

Groteske von Max Farahud

Ferner: **Auftreten sämtlicher Spezialitäten.**

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Krystall-Palast. Theatersaal.

Vaudeville-Saison. Artistische Leitung: Ferry Körner.

Mittwoch, den 8. Juni, abends 8¼ Uhr

Abenteuer in Marokko!

Burleske in 3 Akten von Pierre Mallin.

Billetts an der **Kasse des Krystall-Palastes** sowie bei **Aug. Polich.**

Restaurant zur Börse, Anger, Zweinaundorfer Str. 35
empf. f. d. Neuz. entspr. Lokalität. Klubz. u. einige Tage frei. Jos. Köhler.

Grosser Posten Vorstenland-Fehlfarben
7 Pfg.-Zigarre — 10 Stück 50 Pfg. — 7 Pfg.-Zigarre
Wisotzky, Zigarren-Versand, Ranstädter Steinweg 29.

Juni 1910 — Battenberg. — Juni 1910

The Chong Hee Truppe
Chinesische Gaukler.

Maud Eltons
Hundedressurakt.

D. J. Andre's
Meissener Porzellan-Bilder.

Emil Solbrig's
Pantomime: „A Day out".

Drawe, Frisco, Hambo
komische Jongleure.

American Biograph. Neue Serie.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: **Ein gemachter Mann.** Posse in 5 Bildern von Eduard Jacobson. Musik von G. Michaelis.

Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Das Geheimnis der alten Mamsell.** Schauspiel in 5 Verwandlungen nach dem Marlittschen Roman von Karl Mossberg.

Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 10, und **Paul Pätzner,** neben Battenberg.

Leipzig. Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung.
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Billiges Angebot.
Gedichtsammlung. 184 Seiten. Gebunden **statt 2 Mk. nur 20 Pfg.**
Enthält Gedichte von F. Aocuarius, Edgar Steiger, W. v. Polenz, Richard Dehmel, John Henry Mackay, Otto Erich Hartleben, Otto Julius Bierbaum, Friedrich Nietzsche u. a.

Phönix-Kraft-Briketts
per Zentner 68 ₰ ab Lager.
Wilh. C. Reinicke, L.-Sellerh.
Bennigsenstr. 2/4. Tel. 14473.

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.
Sophienstraße 19.
Vom 8. bis 15. Juni:
Geschlossen.

Neues Operetten-Theater
Zentral-Theater.
Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr:
Schauspielgesellschaft des Direktors Paul Linsemann (Berlin).
Gastspiel Poldi Deutsch.

Der Regimentspapa.

Schwank in 3 Akten von Wouzzn-Con und Jean Durieux.
Regie: Paul Linsemann.

Oberst Boutin	* * *	Chavillon	Gustav Schneider
Célinotte	Karl Eizer	Frau Chavillon	A. Laasner-Sagedorn
Frau Célinotte	Alice Aarath	Lucienne, beid. Tochter	Trude Koenen
Leutnant von Paradelle	Kurt Ehrle	Olympe	Mia Probaska
Lacaparède	Norbert Laske	Boileux, Paradelles Bursche	Richard Laube
Mirette Dornal	Elisabeth Wilke	Ein Adjutant	Bruno Ferrano
Miartial	Max Thomas	Ein Friseur	Hermann Schiff

Der 1. Akt spielt bei Paradelle in Alençon, der 2. und 3. Akt bei Chavillon auf Schloß du Mesnil.

. Oberst Boutin . . . Poldi Deutsch.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Kassenöffnung 7¾ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Donnerstag: **Der Regimentspapa.** Anfang 8 Uhr.

Versuchen Sie bei mir Ihr
Glück
Ziehung 1. Klasse 158. Königl. Sächs. Lotterie am 15. und 18. Juni
Eile tut not
Leipzig Kohlenstr. 4 **J. G. Herrmann** Lindenau Rud.-Sack-Str. 1
[10081*

Qualitäts-Cigarren
Zigaretten
größte Auswahl, empfiehlt *
Bernh. Grotkau, L.-Connewitz, Bornaische St. 36.

Irrigatoren, Mutterspritzen, Leibbinden, Unterlagen, Damenbinden, Verbandwatte usw. sowie alle Art. zur Kranken- u. Wochenpflege, hygien. Bedarfsartik. Diskret. Versand nach auswärts. *
Karl Klose, Leipzig, 6, Hainstr. 19. Fernspr. 13737. Katal. auf Verl. gr. 2. Gesch.: Querstr. 4-6.

Zahn-Atelier
Willy Schult
Petersteinweg 10, I.
Ecke Münzgasse.
Teilzahlung gerne gestattet.
Fernspr. 10352. *

Rester.
Herrenstoffe in allen Größen, **Manchester, Sammete.**
Reste von sämtlich. Waschstoffen auch f. Knabenanzüge 2c. empfiehlt
Max Nüchtern Reste-Hdlg. Gegr. 1878. [*
Hainstr. 10, Hof links, Durchgang u. Katharinenstr. 13-17 (Wasserfall).

Pluto-Brikett [1743*
bei Abnahme von 50 Zentner
63 ₰ frei Keller
53 ₰ ab Lager.
Eilenburger Bahnhof.
Tel. 4278. **H. Pollzien.**

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Zentrum.

Anst. Mdch. sucht ung. Schlafst., auch müßte Wirtin ½ J. altes Kind in Pflege nehmen. Off. u. O. W. a. d. Fil., Zeitzer Str. 32.

Westen.

Plagw., Lauchstädter Str. 21, II. l., kl. Wohnung f. 240 ₰ sof. zu verm.

Lind., Albertinerstr. 102, p. l., schöne Wohnung, 260 ₰, p. l. Juli z. verm.

Kl. Logis, im Pr. v. 200-250 ₰, i. Pl. o. Lind. gesucht. Off. u. A. F. postl. Pl.

Verkäufe und Käufe.

Trauringe massiv Gold 4 von Mk. an.
Gustav Kaniss
Tauchaer Strasse 6.
10 Prozent Rabatt. [11332*

Achtung! Nur von feinsten Herrsch., Million., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle
Anzüge d. 70-100 gekost. j. 8, 12, 16, 24
Sommer-Ueberzieher teilweise auf Seide gearbeitet.
Hosen, Jacketts spottbillig.
Eleg. Gesellsch.-Anzüge sehr billig auch leihweise.
Mandel
Tauchaer Str. 22, I. [*

Fast neue Damengarderobe
Sommer-Röcke, Blusen, Jacketts usw. verkauft bill. **Wanda Lory,** nur Reichsstraße 29/31, III.

Sie staunen
von Studenten, Kavalieren, Doktoren u. nur von besseren Herrsch. wenig getrag. Anzüg., engl. Stoffe, Maßarb., reinwoll. Sachen, welche neu 80 bis 100 ₰ gekostet haben, 8 12 15 18 22 ₰. Sommer-Paletots spottb. Eleg. Frack- u. Gehrockanz. spottb. auch leihw. [2030*
Kanner, nur
Plauensche Str. 11, I.
Nähe Brühl.

Gardinen
in Restern von 1—5 Fenstern, spottbillig zu verkaufen. *
Salzgäßchen 7, Hof I.

Vitragen
billig, crême und weiss gestreift, fertige Fenster 3 ₰ Gardinen-Reste sehr billig.
Elisabeth Heidorn Dorotheenstrasse 2.

Gummiwaren zur Wochen- und Kranken-Pflege empfiehlt bill. Frau L. Bernhardt, Elisenstr. 67b, part., kein Laden.*

Gummiwaren eigener Fabrikation sowie **Fussbälle, Fussballblassen, Turnschuhe.** *
L.-Lindenau, Kuhturmstraße 7.

Bruchbänder eigene Anfertigung
Korsetts, Geradehalter.
Anprobe in separaten Zimmern
Sanitäts-Haus Kleinzschocher
Dieskaustraße 2. [*

Hygienischen Bedarf *
verkauft. Anw. üb. Verwend. gibt Frau Ida Becker, Konradst. 76, II. Abends 6—8 a. Wunsch ins Haus.

Plüschsofa 30 Mk., Kleiderschr., Vertikos sowie and. Möbel bill. zu verk. Reudnitz, Oststr. 20, I.

Möbel ganze Wirtschaften spottbillig
Nussb. Schr. 22, Vertiko 25, Bettst. m. Mat. 14-18, Kom. 12, Ausziehtt., Stegt., Esst., Schreibsek. v. 20 an, Schreibt. 20-100, Plüschs. 30-80, Ripssofa 14, Plüschgarn., Kücheneinr. 48-90, Pfl.-Sp., Trum.-Sp. 33, Vorsaalschr., kompl. Schlafz. nussb., Büfett, echt. Schr. u. Vertiko, engl. u. franz. Bettst. m. M., Salontisch, Vorsaal-Viole.
Königstr. 25, Krabbes.

Sofa, Schr., Vert., Spiel- u. Schlafzimm. v. b. Alzsch., Klarastr. 6, p. l.*

Plüschsofa, Vertiko je 35 ₰, Rohrlehnstühle 5 ₰. Körnerstr. 45, l. r.

2 einf. gebr. Kldschr., 2 alte Bettst., 2 bill. Ti. Händl. verb. Körnerstr. 1, II.

Gebr. Bettst. m. M., Waschtisch m. Marmorpl. Li., Lentzsch. St. 39, I. r.

Gartenmöbel, Triumph-Stühle, Chaiselongue. Reisekörbe s. billig. Auerbachs Hof. [*

Singer-Nähmaschinen v. 15 ₰ an, gebr., z. vk. bei Schuhe, Petersstr. 34, H.*

Gebr. Schneidermaschine (Sing.) mit Bügeleisen und Zubehör bill. zu vk. Volkm., Ewaldstr. 15, H. I. r.

800 Fahrräder
die neuesten Modelle 1910 sind abermals eingetroffen, darunt. die unverwüstlichen weltbekannten **Triumph-Fahrräder** sowie allererste Fabrikate.
Pa. Fahrräder, 55, 60, 65, 74 ₰ 2c.
1000 Laufdecken, nur frische Ware, von **1.60** ₰ an.
Pa. Luftschläuche v. **1.75** ₰ an.
Gelegh. Pa. Carbid-Laternen! 2 ₰
Bequeme Teilzahlung! [*
Sonntags Besichtigung gestattet!
Leipziger Fahrrad-Industrie
Rich. Stölzel
nur Sebastian-Bach-Str. 39/41.

Stabil. H.-Rad 20 Mk. Dimpfelstr. 29, IV. r.

Opelrad. Klzscho., Wigandst. 13, I. r.

Freil.-Rad, neu. Go., Briestr. 11, I. r.

Pneumatik.

Fahrradbeck. (ohne Gar.)	1.75—2.25 ₰	
„ m. 3 Mon. G.	2.50—3.—	„
„ m. 6 Mon. G.	3.70—4.—	„
„ m. 12 Mon. G.	4.80—5.—	„
Gebirgsreifen (ohn. G.)	3.70—4.—	„
„ (mit Gar.)	4.50—7.50	„
Schläuche (mit u. ohn. Gar.)	1.80—4.—	„

Garantiert frische Ware.
Leipziger Pneumatik-Haus
Südplatz 8. *

Laufdecken- u. Luftschläuche!
Nur frische Garantie-Ware! Kein Ramsch, keine Warenhaus-Ware, wirklich billig. **Bayersche St. 6, 1. Hof, kein Laden.** Willibald Fleischer.*

Mit Gummi **9** bis **22** Mk.
Riesenauswahl.
Otto Winklers
Kinderwagenhaus
Johannisgasse 10.*

Guterh. Kinderwagen m. Gr. bill. Bähl.-Ehrenb., Wettinerstr. 49, pt.

Kinderwagen billig zu verk. Stött., Melscherstr. 12, Tr. B, I. r.

Sehr wenig gebr. Kinderw. zu verk. Schönef., Rest. Mariannengärten.

Sport- u. Liegew. Wiegandst. 13, I. r.

Sportw. Klzsch., Siemensst. 35, I. r.

Reisekörbe **POPP,** Panorama.*

Futter-Kartoffeln
offeriert jeden Posten [11344
Hans Eitner, Leipzig. Tel. 2.*

Gr. Auswahl präm. Kanarienvögel, Heckbauer, Nistkästen, Nester, Charpie, Eierbrot, hochf. Sommerrübs., sow. alle Sort. pa. Vogelfutterempf. Max Kraft, Querstr. 17.

2 tüchtige Zigarrenarbeiter
werden nach **Eilenburg** gesucht. [11327
Zu erfragen bei **Herold,** Leipzig, Sternwartenstrasse 4.

Abend- u. Tages- **Chauffeur-Kurse**
der Leipziger Automobil-Fahrschule
Lehranstalt und Reparaturwerkstatt zur gründlichen Ausbildung als Kraftwagenführer, für jedermann. Prospekte gratis.
Sidonienstr. 28/30. Anmeld. jederz., auch Sonnt. bis 2 Uhr. [*

Patentbureau **Anger & Ulich,** Grimmaischer Steinweg **16,** prüfen Ideen kostenlos. **Vorzügliche Verwertung.**

H.- u. Gesch.-Wg. Rabet 50. Tel. 6974.

Waschgefäße kauft man billig u. gut. Schönef., Dimpfelstr. 24.*

Möbel aller Art kauft Schädel, Lindenau, Aurelienstr. 46, pt. r.*

Ausgekämmtes Haar kauft Windmühlenstr. 2, Friseurgesch.*

Frische (nicht getrockn.) stielfreie
Kamillen
kauft (kg 25-30 ₰) Wettin-Apotheke Gohl., Aeußere Hallische Str. 93.*

Gebr. Küchenofen zu kauf. gef. Off. m. Pr. u. K. 20 a. d. Fil. Lützn. St. 41.

Alt-Gummi
von Fahrrädern, Pneumatiks, Luftschläuche, Bierflaschenringe, Bälle, Gummischuhe sowie alle Sorten Vollgummi kauft
Hermann Wrück
Leipzig, Friedrich-List-Straße 4
Nähe Krystallpalast. [10351*

Arbeitsmarkt.

Zinngiesser
sof. ges. B. F. Roll, Altona-Ottensen, Bierseidel- u. Syphon-Fabrik.

Wickelmacherin gesucht. Dathmann, Reudn., Gemeindest. 2.

Wirtschafterin zu 2 Kindern gesucht.
Kleinzschocher, Hirzelstr. 8, H. p. l.

Aufwartung f. Mittw. u. Sonnab. nachm. ges. Go., Pariser Str. 1b, p. l.

Arbeitsfrauen
zum Schotenpflücken, täglich nachmittags von 1 Uhr ab, werden angenommen. **Alwin Neumann,** Eutritzsch, Gräfestraße 19. [11328

Kräft. Ostermädchen das z. Hause schlaf. kann, ges. Neustadt, Alleestr. 1 (Kathe).

Vermischte Anzeigen.

Ehrenerklärung.
Die Beleidigung, welche ich gegen **Klara Schwäger** in einem Briefe geschrieben habe, erkläre ich als unwahr u. nehme sie reuevoll zurück. **Ida Bachmann,** Beucha.

Rat
in all. Rechtsang., schriftl. Arbeit., Steuerrekl., Schuld- u. Klagsach., Gesuche, Eingaben, Testamente 2c. bes. **Paul Kaiser,** Reichsstr. 22, II.

Möbeltransporte auch mit Rollwagen. Auswärtige Transporte Lagerung. **Hans Eitner** Rosenstr. 6 Reichsstr. 4-6 Lagerstr. 1-2. Tel. 4-7

Carl Schneider Nachf. Leipzig Eutritzsch. Str. 20, Freil.-Bhf.

1 Kind w. in gute Pflege genomm. Kleinzsch., Windorfer Str. 83, IV.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Juni.

Geschichtskalender. 8. Juni 632: Mohammed in Medina gestorben (* um 570). 1727: Der Theolog und Pädagog August Hermann Francke in Halle gestorben (* 1663). 1768: Der Altertumsforscher Johann Joachim Winckelmann in Triest ermordet (* 1717). 1781: George Stephenson, der Hauptbegründer des Eisenbahnwesens, in Wylam bei Newcastle geboren († 1848). 1794: Der Dichter Gottfried August Bürger in Göttingen gestorben (* 1747). 1815: Stiftung des Deutschen Bundes. 1857: Der Germanist Moritz Heyne in Weißenfels geboren († 1906). 1846: Der Maler und Novellist Rudolf Töpffer in Genf gestorben (* 1799). 1888: Der Spitzelminister Puttkammer entlassen. 1909: Streik der städtischen Arbeiter in Kiel.

•

Sonnenaufgang: 3,41, Sonnenuntergang: 8,17.
Mondaufgang: 4,1 vorm., Monduntergang: 9,57 nachm.

•

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 9. Juni:

Nördliche Winde, wolkig bis heiter, etwas kälter. Keine erheblichen Niederschläge.

Internationaler Wohnungskongreß.

III.

War die Wohnungsfrage bei den ersten Tagesordnungspunkten entweder eine juristische oder hygienische Frage, so wurde sie bei den späteren Referaten eine solche des Kredits. Diese verschiedenartige Auffassung der Wohnungsfrage zeigt aber nur, wie vielseitig dies Problem ist. Der Redner über die Organisation des Kredits für die gemeinnützige Bautätigkeit, Professor Rauchberg aus Prag, führte aus, die Wohnungsfrage ist eine Kreditfrage. Er will damit sagen, daß, wenn die Baugenossenschaften großen Kredit genössen, sie viel schneller und umfangreicher bauen könnten, als dies heute der Fall ist. Aber da kommen wir zur Hauptfrage: Woher rührt die geringe Kreditfähigkeit der Baugenossenschaften? Weil das Kapital weiß, daß da keine Geschäfte zu machen sind. Nach dem Redner müssen die Staatsbehörden an die Spitzen dieser Kreditorganisationen treten. Dies könne entweder unmittelbar durch Errichtung eines Garantiefonds oder mittelbar dadurch geschehen, daß staatliche Kreditinstitute, die Staatssparkassen, staatliche Rentenbanken usw unter staatlicher Haftung hierfür eintreten. Da die Durchführung dieser Organisation eine einheitliche, von finanzieller und technischer Einsicht und Erfahrung getrage Leitung erfordert, empfiehlt er zum Schluß staatliche Wohnungsfürsorgeämter. Diesen staatlichen Wohnungsfürsorgeämtern sollen Beiräte zur Seite stehen, in die Sachverständige aus den beteiligten Kreisen und Interessentengruppen zu berufen sind. In größeren Staaten mit großen örtlichen Verschiedenheiten und dezentralisierter Verwaltung werden zweckmäßigerweise auch bei den Provinzial- oder Landesstellen Abteilungen für den Wohnungsfürsorgedienst und Kommissionen unter Beteiligung der Interessentenkreise einzurichten sein.

An einem praktischen Beispiele wurde dann gezeigt, wie einzelne Staaten Wohnungspolitik treiben. Der Reichsratsabgeordnete Dr. Groß wirft der österreichischen Regierung Fiskalismus vor. Die österreichische Regierungsvorlage sei ein Monstrum. Mit 400 000 Kronen könne man bei den in Oesterreich herrschenden Wohnungsmißständen keine Wohnungsaktion einleiten. Man wolle damit der Oeffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Sie zahlten in Oesterreich 200 Millionen Kronen Mietzinssteuer, und die Regierung wolle das mit einem Pappenstiel abfertigen.

Der Referent über die Kreditorganisation, Professor Rauchberg, faßte die Beratung darüber dahin zusammen: Die Mittellinie in der Organisation des Kredits besteht darin, daß alle Kapitalquellen herangezogen werden müssen und daß für die erforderliche Sicherheit in letzter Linie durch den Staat Garantien gegeben werden. Unterstützt von den dadurch erschlossenen Geldquellen kann dann die Privatinitiative sich frei entfalten und im Zusammenwirken mit den öffentlichen Gewalten eine gesunde Kreditorganisation schaffen. Zu den großen Worten paßt das magere Ergebnis wie die Faust aufs Auge.

Es wurden dann noch Referate über: Das Kleinhaus oder Familienhaus, und über: Welche Maßregeln empfehlen sich zur Verbilligung der Baukosten für Kleinwohnungen? gehalten und lebhaft diskutiert. Auch bei dem Referate über Kleinhaus oder Miethaus trat die merkwürdige Auffassung zutage, als ob man es hier nicht vor allem mit ökonomischen Fragen, sondern mit solchen ästhetischer und moralischer Natur zu tun habe. So sagte der Referent, die Frage: Kleinhaus oder Massenmiethaus, ist aber nicht in erster Linie eine wirtschaftliche, sondern eine hygienische und moralische. Das Referat gipfelte dann in der Forderung, daß es in den Ländern des Massenmiethauses Aufgabe der Wohnungsreform sein müsse, das Kleinhaus wieder zur herrschenden Wohnform zu machen. Zugegeben wird vom Referenten, daß mit dieser Wohnform keine Verbilligung verbunden sei.

Ueber das zweite Referat, vom Professor Mayreder aus Wien erstattet, wurde ausgeführt:

„Ueberblickt man die aus den verschiedenen Ländern eingelaufenen Berichte, so sieht man, daß die Berichterstatter von Deutschland, Großbritannien, Oesterreich und Holland übereinstimmend möglichste Einfachheit im Plane und bei der Ausführung, sowie sinngemäße Sparsamkeit bei der Wahl der Abmessungen und der Konstruktionen verlangen. Dieser bei der Errichtung von Kleinhäusern gebotenen Wirtschaftlichkeit setzen sich aber in den meisten Ländern die herrschenden Bauordnungen entgegen Sie sind nämlich dem Massenmietshause auf den Leib geschrieben und sie fördern damit geradezu die allerschlechteste Wohnungsform. Daher ist eine sinngemäße Teilung der bautechnischen Anforderungen für Kleinhäuser und Massenmietshäuser erforderlich. Den Kleinhäusern müßten weit weniger Erleichterungen hinsichtlich der geforderten Mindestmaße und Konstruktionen zugestanden werden, die nur beim Massenmietshaus aus hygienischen und feuerpolizeilichen Gründen gerechtfertigt sind.

Schließlich legte der Referent folgende Leitsätze vor, denen dann auch zugestimmt wurde:

1. Die Errichtung von billigen Kleinhäusern ist dadurch zu fördern, daß in den Bauordnungen eine Teilung der bautechnischen Anforderungen für Kleinhäuser und Massenmietshäuser durchgeführt werde.

2. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist auf die Anlage von Kleinwohnungsgebieten durch entsprechende Lage und Abmessung der Straßen und Baustellen Rücksicht zu nehmen.

3. Durch Bauordnung und Bebauungsplan ist eine Abstufung in der Bebauung derart vorzuschreiben, daß durch Festsetzung von Bauzonen und Bauklassen eine abfallende Wohndichtigkeit erzeugt wird.

Ganz können sich die bürgerlichen Sozialquacksalber nie verleugnen, das zeigte auch wieder einmal die Diskussion über die beiden Referate. Das ganze Bestreben der bürgerlichen Sozialpolitiker ist, die Arbeiter vom Sozialismus abzuziehen. So führte der Stadtverordnete Schmitz aus Neuß aus:

„Wenn man die Arbeiterbevölkerung seßhaft machen könnte, indem man ihnen ein eignes Heim schaffe, werde man in ihnen wieder wahre und echte Vaterlands- und Heimatsliebe erwecken. Die Leute werden es sich vorher gründlich überlegen, ehe sie in Streiks eintreten.“

Gut unterrichtet ist der Herr Schmitz nicht, sonst müßte er wissen, daß die Fesselung der Arbeiter durch solche Wohnhäuschen nicht gelingt. Viele Unternehmer haben mit dem Mittel Versuche gemacht, es sei dabei an die Bergwerksunternehmungen usw. erinnert, und dabei elend Schiffbruch gelitten. Als Schluß des ganzen Kongresses muß man die Worte anführen: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen.

Gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften.

In dem ständigen Kampfe gegen die Rente, den die Berufsgenossenschaften besonders seit einigen Jahren führen, finden sie neben der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts sehr wirksame Unterstützung bei vielen ihrer Vertrauensärzte. Mancher dieser Herren sieht in jedem Rentenbewerber einen Betrüger, der sich eine Rente, die ihm entweder gar nicht oder doch nicht in der von ihm begehrten Höhe zusteht, erschwindeln will. Uns ist ein solcher Vertrauensarzt bekannt, der ein Gutachten mit den Worten schloß: „R. übertreibt, wie alle Verletzten.“ Aehnliche Wendungen, die von der unbegründeten Rentensucht der Verletzten zeugen sollen, finden sich häufig in ähnlichen Gutachten. Andere Gutachter erteilen ihren Brotgebern, den Berufsgenossenschaften, auch noch juristische Ratschläge durch Hinweise auf die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. Die Unparteilichkeit, die ein Gutachter unbedingt haben muß, lassen gar viele vermissen und ihre Gutachten sind häufig nichts anderes als Verteidigungsschriften für die Berufsgenossenschaften. Es ist gar nicht so selten, daß Gutachten dieser Art von Sachverständigen nicht nur recht sonderbare Beurteilungen, sondern direkt falsche tatsächliche Angaben über den Zustand des Verletzten enthalten. Zu welchen sonderbaren Beurteilungen Vertrauensärzte zuweilen kommen, beweist folgender Fall:

Der Maurer L. erlitt im Jahre 1901 bei einem Unfall einen Bruch des linken Handgelenks. Daran schloß sich eine Entzündung und als Folge blieb völlige Steifheit des linken Handgelenks mit abnormer Stellung der Hand zurück. Die zuständige Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft ließ den Verletzten nicht zur Ruhe kommen. Ein Versuch der Rentenkürzung folgte dem andern. Zuletzt bezog der Verletzte eine Rente von 30 Prozent der Vollrente, die das Reichsversicherungsamt nach einem langen Rentenprozeß im Jahre 1908 gegen den Willen der Berufsgenossenschaft festgestellt hatte. Die Berufsgenossenschaft aber ruhte nicht und versuchte von neuem, die Rente zu kürzen. Ihr Vertrauensarzt, Dr. Grünwald in Frankfurt a. M., bestätigte auch, daß die Hand, die im Gelenk völlig steif ist, „an sich völlig gebrauchsfähig“ sei. Eine steife Hand gebrauchsfähig! Die Muskulatur des linken Armes sollte sich ebenfalls gekräftigt haben und die Herabsetzung der Rente auf 20 Prozent sei berechtigt. Die Berufsgenossenschaft beantragte auch eiligst die Kürzung der Rente. Für die so bewährten Mitglieder der Rentenfestsetzungskommission, wie es nach der Begründung der Reichsversicherungsordnung die in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften tätigen Unternehmer sämtlich sind, war es also auch klar, daß ein Maurer trotz völlig steifen Handgelenks eine an sich „völlig gebrauchsfähige Hand“ hat. Im Rentenprozeß wurde das Gutachten des genannten Vertrauensarztes einer gründlichen Nachprüfung durch Professor Dr. Sauerbruch von der chirurgischen Universitätsklinik in Marburg unterzogen. Die fiel allerdings für den Vertrauensarzt Dr. Grünwald nicht gerade schmeichelhaft aus. Dr. Sauerbruch fertigte das Gutachten von Dr. Grünwald wie folgt ab: „Mein objektiver Befund weicht in einigen wesentlichen Punkten wesentlich von dem des letzten Herrn Gutachters ab. Erstens konnte ich mich von einer praktisch brauchbaren Beweglichkeit des Handgelenks nicht überzeugen. Zweitens fand ich die Abnahme der Muskulatur stärker, als sie in dem Gutachten angegeben ist. Vielmehr konnte ich im großen und ganzen den objektiven Befund, wie er im Gutachten, das zur Festsetzung der 30 prozentigen Rente geführt hat, festgelegt ist, bestätigen. Eine Besserung gegenüber demselben ist sicherlich nicht eingetreten. Die Unfallfolgen bestehen praktisch in einer völligen Steifheit des linken Handgelenks, die die Folge eines früher durchgemachten Gelenkbruchs mit anschließender Entzündung ist. Außerdem besteht eine beträchtliche Schwäche der ganzen linken Hand und des Vorderarms. Eine 30 prozentige Rente entspricht nach wie vor der bestehenden Erwerbsbeschränkung, der Ansicht des Herrn Voruntersuchers, daß die linke Hand „an sich ja völlig gebrauchsfähig ist“, kann ich nicht beistimmen, da für eine völlige Gebrauchsfähigkeit der Hand ein freibewegliches Handgelenk die erste Vorbedingung ist.“

Es wird also dem Vertrauensarzt nachgewiesen, daß seine Angaben über den objektiven Befund unrichtig und sein Urteil über die Gebrauchsfähigkeit der Hand falsch sind. Es geht nichts über vertrauensärztliche Gründlichkeit und Urteilsfähigkeit.

Es wird sich empfehlen, in die Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die die Berufsgenossenschaften verpflichtet, auch bei Rentenkürzungen und -Entziehungen auf Antrag des Verletzten einen von der Berufsgenossenschaft unabhängigen Arzt gutachtlich zu hören, wie das heute schon bei der ersten Feststellung der Rente geschehen muß.

In geschlossenen Versammlungen hat die Polizei nichts zu suchen.

Ein für Versammlungsleiter wichtiges Urteil zur Auslegung des Reichsvereinsgesetzes fällte das Oberlandesgericht in Posen. In eine Mitgliederversammlung des katholischen Arbeitervereins Pleschen drang die Polizei zweimal mit Gewalt ein. Das zweite Mal wurden die Türen zum Versammlungslokal mit Aexten gewaltsam geöffnet und die Versammlungsteilnehmer aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Da dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, erhielten der Vorstand und die Mitglieder, insgesamt 52 Personen, Strafmandate, die vom Schöffengericht Pleschen bestätigt wurden. Von der Strafkammer in Ostrowo erfolgte Freisprechung, gegen die jedoch der Staatsanwalt Revision einlegte. Das Oberlandesgericht Posen verwarf die staatsanwaltschaftliche Berufung unter folgender Begründung:

Die Polizei habe gegenwärtig das Recht, ihre Vertreter nur in öffentliche Versammlungen zu entsenden und auch nur solche Versammlungen aufzulösen. Wenn der überwachende Polizeibeamte eine öffentliche Versammlung auflöst, d. h. eine solche, in welcher zu erscheinen kraft seines Amtes er berechtigt ist, dann müssen die Versammelten auseinandergehen, auch wenn die Auflösung widerrechtlich erfolgt sein sollte. Was anderes ist es mit geschlossenen Versammlungen. **In solchen zu erscheinen, habe die Polizei kein Recht,** und der obige Grundsatz könne hier nicht angewandt werden. Das heißt: **Eine geschlossene Versammlung darf von der Polizei überhaupt nicht aufgelöst werden. Ist dies aber trotzdem der Fall, dann brauchen die Versammelten der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge zu leisten.**

Gemeingefährliche Geschäftspraktiken. Schon verschiedene Male mußten wir auf die gemeingefährlichen Praktiken verschiedener Beerdigungsanstalten hinweisen, die darin bestehen, die Angehörigen von tödlich Verunglückten um den Auftrag zur Beerdigungsübernahme anzugehen, ehe sie überhaupt vom Unglück etwas wissen, es also erst durch diese aufdringlichen pietätlosen Geschäftlhuber erfahren. Ein solch skandalöser Fall wurde beim Unglück des Ballons Delitzsch mitgeteilt, wo eine hiesige Familie von dem Tode ihres Angehörigen auf diese Weise Kenntnis erlangte. Ein noch tolleres Stücklein können wir heute mitteilen. Kommt da am letzten Sonntag zur Frau eines Parteigenossen in Reudnitz ein Vertreter der Beerdigungsanstalt von Berger u. Meyer und möchte den Auftrag zur Sargbestellung und Beerdigung haben, dabei liegt der Parteigenosse noch lebend im Krankenhause, und man hofft ihn am Leben zu erhalten. Obwohl die Frau den Herrn Vertreter ordentlich abwies, hielt es ihn nicht ab, am Montag noch einmal zu kommen. Jetzt wurde es aber der Frau zu bunt, sie sagte dem Herrn kräftig die Wahrheit wegen seiner unglaublichen Gefühlsrohheit und wies ihm die Tür. Solch unerhörtes Geschäftsgebaren kann gar nicht scharf genug verurteilt werden.

Vom Grundstücksmarkt in Leipzig. Im Monat Mai sind in Leipzig 55 bebaute Grundstücke mit 5 899 602 Mk., 61 unbebaute mit 707 704 Mk. verkauft worden.

Neue Vorschriften für die Versendung von Drucksachen erläßt die Postbehörde. Als außergewöhnliche Zeitungsbeilagen würden fortan solche den Bestimmungen für Drucksachen entsprechende, in Größe und Stärke des Papiers sowie in ihrer sonstigen Beschaffenheit zur Beförderung in den Zeitungspaketen geeignete Sendungen befördert, die nach Form, Papier, Druck oder andern Merkmalen nicht als Bestandteile der Zeitung oder Zeitschrift erachtet werden können, mit der sie versandt werden sollen. Geheftete, geklebte oder gebundene sowie über zwei Bogen starke Drucksachen sind nur dann als außergewöhnliche Zeitungsbeilagen zulässig, wenn sie von einem Absender herrühren und so beschaffen sind, daß sowohl die Bogenzahl als auch das Gewicht der einzelnen Teile unzweifelhaft festgestellt werden kann. Die Gebühr für außergewöhnliche Zeitungsbeilagen beträgt nach wie vor ½ Pfg. für je 25 Gramm jedes einzelnen Beilagexemplars. Ein bei Berechnung des Gesamtbetrages sich ergebender Bruchteil einer Mark wird nötigenfalls auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts abgerundet. Bei Berechnung der Gebühr gilt jeder Teil der Drucksachen bis zur Stärke von zwei Bogen oder Blättern, sofern diese nach Stärke und Farbe des Papiers einander gleich sind und sich durch Druck und Inhalt als zusammengehörig kennzeichnen, als eine besondere Beilage. Treffen diese Voraussetzungen aber nicht zu, so ist die Gebühr für jeden einzelnen Bogen oder für jedes einzelne Blatt besonders zu berechnen. Als Bogen wird bei ungeklebten, ungehefteten oder ungebundenen Drucksachen jedes in der Bogenform zusammenhängende, gefaltete oder ungefaltete Blatt ohne Rücksicht auf seine Größe angesehen, während bei geklebten, geheftete oder gebundenen Drucksachen die Zahl der durch das Falzen und Kleben oder Heften entstandenen Blätter auch dann für die Berechnung der Gebühr maßgebend ist, wenn die Bogen nicht durch Aufschneiden in einzelne Blätter zerlegt worden sind.

Sterblichkeit in der zweiten Hälfte des Mai. Die Sterblichkeit betrug in der Woche vom 15. bis zum 21. Mai von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern und aufs Jahr berechnet in Aachen 16,4, Altona 17,3, Augsburg 16,1, Barmen 12,7, Berlin 14,1, Bielefeld —, Bochum 14,0, Bonn 21,0, Borbeck 12,5, Braunschweig 16,6, Bremen 15,9, Breslau 18,6, Charlottenburg 12,3, Chemnitz 17,4, Danzig 19,1, Darmstadt 13,4, Dortmund 14,8, Dresden 13,3, Deutsch-Wilmersdorf 5,5, Duisburg 19,5, Düsseldorf 14,3, Elberfeld 16,1, Erfurt 17,9, Essen 15,0, Frankfurt a. M. 16,6, Freiburg i. B. 16,3, Gelsenkirchen 18,8, Görlitz 24,3, Hagen 20,2, Halle a. S. 17,7, Hamborn 15,2, Hamburg 16,4, Hannover 12,9, Karlsruhe 13,1, Kassel 13,7, Kiel 10,9, Köln 16,1, Königsberg i. Pr. 17,2, Königshütte 18,4, Krefeld 11,7, Leipzig 15,4, Linden 11,6, Lübeck 15,6, Ludwigshafen 16,5, Magdeburg 14,1, Mainz 17,7, Mannheim 15,6, Metz 15,7, Mülhausen i. E. 19,7, Mülheim a. d. R. 17,7, München 17,3, Münster 18,1, Nürnberg 17,6, Offenbach 17,4, Plauen i. V. 17,9, Posen 25,5, Remscheid 8,9, Rixdorf 10,5, Saarbrücken 9,6, Schöneberg 9,4, Spandau 14,5, Stettin 17,6, Straßburg i. E. 16,3, Stuttgart 15,2, Wiesbaden 20,0, Würzburg 17,8, Zabrze 28,7, Zwickau 21,6.

So kommt das Volk zur Welt. Auf der Karl-Krause-Straße in L.-Anger-Crottendorf wurde gestern eine Arbeiterin von ihrer Niederkunft überrascht. Mittels Krankenwagens wurde die Mutter mit ihrem Kinde in die Frauenklinik gebracht.

Beim Gondelfahren verunglückt. Auf der Pleiße verunglückte gestern abend der 23 Jahre alte Bierausgeber Robert Drittel aus Halberstadt, der hier in der Promenadenstraße wohnte. Leichtsinnigerweise hatte er mit dem Boote, in dem er mit einem Reisenden und einem Hausdiener fuhr, geschaukelt. Dabei ist er ins Wasser gefallen und ertrunken. Der Leichnam ist geborgen worden.

Selbstmorde. In der Pleiße an der Hakenbrücke wurde gestern mittag ein 16jähriges Dienstmädchen aus der Andreasstraße tot aufgefunden. Das Mädchen war aus Furcht vor einer Strafe in das Wasser gegangen.

Auf einer Promenadenbank am Rathausring hat sich vergangene Nacht ein 67 Jahre alter Schlosser aus Teschen aus unbekannter Veranlassung erschossen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bei dem gestrigen Gewitter schlug der Blitz in eine Esse des Hauses Meerveldtstraße 25 in Leipzig-Lößnig ein und beschädigte den Essenkopf sowie das Dach.

Von der Straße. In der Bayerischen Straße lief eine 70jährige Witwe in ein Lastgeschirr, so daß sie umgerissen und am Kopfe schwer verletzt wurde. Mittels Krankenwagens wurde die Greisin in das Krankenhaus gebracht.

Von einem schnellen Tode ereilt wurde gestern eine 38 Jahre alte Maurersehefrau aus der Webergasse. Die Frau wurde in der Nürnberger Straße von einem Ohnmachtsanfall betroffen, dem bald ein Herzschlag folgte.

Ein dreister Ladendieb ist in einem Schokoladengeschäft des Westviertels aufgetreten. Der Unbekannte verlangte 12 Tafeln Schokolade zu je einer Mark. Da aber die Ladeninhaberin die verlangte Ware nicht vorrätig hatte, erbot sie sich, in der Nachbarschaft zu telephonieren und bat den Fremden, solange zu verweilen. Die Frau ließ im Laden ihren Sohn zurück. Diesen aber wußte der Fremde dadurch zu entfernen, daß er ihn der Mutter nachschickte und sagen ließ, sie möge gleich zwei Dutzend Tafeln bestellen. Als die Frau mit ihrem Sohne zurückkam, war der Unbekannte verschwunden, und zwar mit dem ganzen Inhalt der Ladenkasse.

Einmieterbetrüger. Von einem Einmieterbetrüger, der nach längerem Wohnen ohne zu bezahlen, aber unter Mitnahme der Schlüssel verschwand, sind zuletzt zwei Familien in der Brüderstraße und Seeburgstraße geschädigt worden. Der Betrüger hatte sich als Elektromonteur Kuno Hartmann und als Kuno Becker aus Bremen ausgegeben. Er ist ungefähr 28 Jahre alt, übermittelgroß, schmächtig, hat schwarzes Haar und kurz geschnittenen Schnurrbart. Beim Sprechen kneift er das rechte Auge zu. Bekleidet war er mit blauem Anzug und schwarzem Filzhut.

Von Nah und Fern.

Ein Erdbeben in Unteritalien.

Rom, 7. Juni. Ein Erdbeben in Unteritalien brachte in der Gemeinde Vallata zahlreiche Häuser zum Einstürzen; eine Person ist getötet, mehrere sind verletzt worden. In der Gemeinde San Sizio sind viele Häuser sehr beschädigt, die Kirche ist gefährdet. In Lioni ist der angerichtete Schaden weniger beträchtlich. In St. Andrea di Conza sind mehrere Häuser eingestürzt. In Castel Baronia hat das Erdbeben eine Reihe von Beschädigungen an Häusern und Kirchen verursacht. In einem Bureau ist die Decke eingestürzt. Eine Frau ist schwer, sechs weitere Personen sind leicht verletzt worden. In der Gemeinde Calitri sind bis jetzt 20 Leichen geborgen. Das Land zeigt fast überall große Risse. Der Ministerpräsident Luzzatti hat 50 000 Lire für die vom Erdbeben Betroffenen gesandt. Im Dorfe San Fele wurden 4 Häuser zerstört und 2 Personen leicht verletzt. In der Nähe des Dorfes stürzte ein Haus ein und begrub 5 Personen unter seinen Trümmern.

Das Erdbeben in der Nähe von Benevento hat eine ähnliche Wirkung gehabt, wie seinerzeit die Erdbebenkatastrophe von Messina und Kalabrien. Jedoch ist diesmal die Zahl der Toten bedeutend geringer. Ein großer Teil der Bevölkerung von Calitri hat die amerikanischen Missionare, welche sich seit einiger Zeit dort niedergelassen haben, für das Erdbeben verantwortlich gemacht und Drohungen gegen sie ausgestoßen, so daß die Missionare infolgedessen unter dem Schutz von Truppen die Gegend verlassen mußten. Die Polizei und die Truppen haben Vorkehrungen getroffen, um das Ausplündern der verlassenen Wohnungen zu verhindern. Ein Teil der Bevölkerung der am Fuße des Vesuvs gelegenen Ortschaften ist nach Neapel geflüchtet. Besonders in den verkehrsreichen Stadtvierteln ist die Erregung eine große. Prozessionen durchziehen die Straßen, Heiligenbilder vorantragend. Die Bevölkerung bringt das Erdbeben mit dem Erscheinen des Kometen in Zusammenhang und weist darauf hin, daß im vergangenen Monat das übliche Wunder des Flüssigwerdens und Aufwallens des Blutes des heiligen Januars ausblieb. — Die Rettungsarbeiten werden durch die Apathie der Bevölkerung infolge des Aberglaubens und der mangelnden Verbindungen sehr erschwert. Das Erdbeben beweist wieder, daß das Rettungswesen in Italien sehr im argen liegt und daß das Land bei elementaren Katastrophen ohne fremde Hilfe nicht auskommen kann. Man erwartet sehnlichst das Eintreffen von Truppen. In einigen Orten sind bereits gestern abend kleine Militärabteilungen eingetroffen.

Rom, 8. Juni. Nach den letzten Depeschen aus Calitri sind bei dem dortigen Erdbeben 40 Menschen umgekommen. Auch in andern Orten sind viele Häuser beschädigt oder eingestürzt. Jedoch sind dort keine Menschenverluste zu verzeichnen. In Bistoja wurden gestern drei starke Erdstöße verspürt, die von heftigem Hagelwetter begleitet waren.

Beim Baden ertrunken.

Stendal, 8. Juni. In Langensalzwedel bei Tangermünde ertranken beim Baden im Dorfteich ein 12jähriger Knabe und ein 13jähriges Mädchen aus Tangermünde. Der Knabe hatte ein andres Mädchen, das in Lebensgefahr schwebte, gerettet und ging bei dem Versuch, das zweite zu retten, selbst unter.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Breslau, 8. Juni. Auf der Strecke Beuthen—Scharley versuchten Bubenhände in der Nacht von Montag zum Dienstag einen Personenzug zum Entgleisen zu bringen, indem sie einen Steinhaufen auf den Schienen errichteten. Es gelang dem Lokomotivführer, Schaden zu verhüten.

Eine Stadt in Flammen.

Lemberg, 8. Juni. Die Stadt Busk steht in Flammen. Es sind bereits 120 Wohnhäuser nebst allen Wirtschaftsgebäuden niedergebrannt.

Opfer der Automobilfexerei.

Kolmar, 8. Juni. Bei der wahnsinnigen Automobilraserei, der sogenannten Prinz-Heinrich-Wettfahrt, ereignete sich auf der Strecke ein schwerer Unglücksfall. Der Wagen 57 (Franz Heine-Hannover) geriet bei Oberems durch Abspringen eines Reifens ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum; während der Besitzer mit erheblichen, aber nicht lebensgefährlichen Verletzungen davonkam, wurden der Unparteiische Allenstedt und der Chauffeur Brunner auf der Stelle getötet. Auch ein Zuschauer wurde durch herumspringende Teile des Wagens, der gänzlich zertrümmert wurde, verletzt. Nach einem späteren Telegramm heißt der Getötete Fritz Adenstedter. Das Rennen ist wegen des Unglücks unterbrochen worden.

Kolmar, 7. Juni. Prinz Heinrich von Preußen ließ durch den Grafen Sierstorpff dem Vertreter der Neuen Badischen Landeszeitung in Mannheim offiziell erklären, daß der heutige Unfall nicht auf einen Pneumatikfehler zurückzuführen sei. Die genaue Untersuchung hat einen Mangel an der Steuerung ergeben, die den Wagen in eine Wasserrinne des Banketts gleiten ließ und ihn dadurch der Macht des Lenkers Heine entriß, so daß er auf einen schräg gegenüberstehenden Baum rannte. Der Wagen zersprang, die Insassen wurden herausgeschleudert. Wahrscheinlich hatte die Steuerung zu viel toten Gang.

Gewitter.

Berlin, 8. Juni. In verschiedenen Gegenden Deutschlands sind weitere Todesfälle durch Blitzschlag verursacht worden. So wird aus Metz berichtet, daß ein Soldat des Infanterieregiments Nr. 174, als er Posten stand, vom Blitz getötet wurde. In Bredburg wurden drei Feldarbeiter vom Blitz getroffen; einer wurde getötet, die beiden andern betäubt.

Zyklon.

Rom, 7. Juni. Der Tribuna ist aus Cagliari auf Sardinien die Meldung von einem furchtbaren Zyklon zugegangen, der in der Gegend von Ogliastra gewütet und die Felder verwüstet hat. Viel Vieh ist getötet. Man fürchtet, daß auch eine Anzahl von Hirten dem Unwetter zum Opfer gefallen sind. Schwer betroffen sind namentlich die Gemeinden Lanusei, Tortoli, Ilbonso, Elini und Jerzu.

Die Manöverspielerei.

Agram, 8. Juni. Ein kroatisches Blatt berichtet, daß anläßlich der Gebirgsmanöver in Dalmatien infolge eines bei großer Hitze vorgenommenen 13stündigen Marsches 200 Soldaten erkrankt sind. 83 davon sind für den Militärdienst untauglich geworden.

Explosion.

Schleebusch, 7. Juni. Heute nachmittag 1½ Uhr ist die hiesige Karbonidfabrik infolge einer teilweisen Explosion zerstört und in Brand geraten. Die Explosion war so heftig, daß im Ort vielfach Beschädigungen an Häusern angerichtet wurden. Besonders schwer betroffen wurde die hiesige Kleinbahnzentrale, die vorläufig ihren Betrieb eingestellt hat. Wieweit Menschen bei der Explosion zu Schaden gekommen sind, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden; bis gegen 3 Uhr waren zwei Verletzte ins Krankenhaus gebracht worden. Daß keine größere Anzahl Personen verunglückte, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die Arbeit in der Fabrik nach der Mittagspause noch nicht wieder aufgenommen worden war.

Köln, 8. Juni. Bis jetzt hat man drei Schwerverletzte geborgen und nach dem Krankenhaus gebracht. 20 Personen werden noch vermißt. Tote hat man bisher nicht auffinden können. Der Brand konnte erst in später Abendstunde gelöscht werden. Die durch die Explosion hervorgerufenen Erschütterungen wurden vielfach als Erderschütterungen gehalten. Die Bewohner von Köln wurden plötzlich durch Stöße und Schwankungen der Luft erschreckt. Am Neußer Platz wurden in zwei gegenüberliegenden Häusern die riesigen Schaufenster herausgeschleudert und zertrümmert. Auch viele andere Fenster gingen in Trümmer. Im südlichen Stadtteil wurden die Erschütterungen ebenfalls bemerkt. Mehrere Häuser am Filzengraben drohen einzustürzen. Die Fabrik von Schleebusch gehörte der Sprengstoffabrik Aktiengesellschaft Karbonid in Hamburg. Nach einer späteren Meldung sind von der Fabrik selbst nur die Filtrier-, Lauge- und Waschanstalt von der Explosion betroffen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trier, 8. Juni. Das Schwurgericht verurteilte die kroatischen Eisenbahnarbeiter Sassiz und Grubnesic, die ihren Landsmann und Arbeitsgenossen Radehoff bei Prym in der Eifel ermordet hatten, zu 15 bezw. 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein weiterer Kroate wurde freigesprochen.

Rom, 7. Juni. Ministerpräsident Luzzatti hat von der Kammer die Bewilligung eines Kredits von 200 000 Lire für die Opfer des Erdbebens gefordert.

Neuyork, 7. Juni. Nach einer Meldung der New York Sun aus **Merida** beträgt die Zahl der durch die aufständischen Maya-Indianer getöteten Soldaten und Mexikaner etwa fünfhundert.

Adressen der Austräger der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße 32.
" Gust. Lehmann, Wettiner Straße 26, IV.
" Frau Marie Baum, Katharinenstraße 18b, IV.
" Frau W. Richter, Dufourstraße 22, IV. I.
" Hermann Teutschbein, Sebastian-Bach-Straße 39, H. I.
" Frau Auguste Bauer, Berliner Str. 11, H. Tr. B., III.
" Frau S. Schlesier, Blumengasse 10.
" Frau Böttcher, Sternwartenstraße 18, Sg. III.
" Frau Alma Wohlgemuth, Matthäikirchhof 24, IV.
" Adolf Pansow, Reudnitz, Heinrichstraße 37, II.
" Frau Fichtner, Berliner Straße 11.
" Frau Arndt, Friedrichstraße 21, I.
" Frl. Borgelt, Brühl 22.
" Frau Sorge, Neureudnitz, Oststraße 35, IV.
" Frau Kern, Sebastian-Bach-Straße 39—41.
" Frau Franke, Nürnberger Straße 50, Hg. IV.
Böhlen: Wilh. Zindler.
Volkmarsdorf: Filiale Ost, Elisabethstraße 19.
Thonberg: E. Troitzsch, Reitzenhainer Straße 82.
Connewitz: K. Prior, Bornaische Straße 18.
Kleinzschocher: K. Peter, Dieskaustraße 5.
Lindenau: Filiale Lützener Str. 41. Telephon Nr. 8854.
Lösnig: Georg Hackel, Colloredostraße 1.
Plagwitz: P. Walter, Weißenfelser Straße 40, pt.
Altranstädt: Otto Hoppe.
Althen: Herm. Griep.
Beucha: Paul Singer.
Borsdorf-Zweenfurth: Frau Anna Hunger, Zweenfurth Nr. 30.
Böhlitz-Ehrenberg: Eduard Breckau.
Bösdorf: Karl Fritzsche, Bahnhofstraße 77 b.
Brandis und Kämmerei: Frau Auguste Mühlberg, Schloßstraße 208.
Cröbern: Frau Wwe. Kulke.
Crostewitz: Frau Wwe. Kulke.
Groß-Dalzig: Herr Gentzsch.
Dewitz: Frau König.
Dölitz: Frau Margarete Henkel, Probstheidaer Straße 5.
Dösen: Hermann Zahn, Johannastraße 9.
Eutritzsch: Richard Herzog, Magdalenenstraße 6.
Groß-Dölzig: Max Koblinsky
Eilenburg: Wilh. Quitzsch, Burgstr. 2a.
Engelsdorf: Frau L. Betac.
Eythra: Frau verw. Weichardt.
Fuchshain: Theodor Pohl.
Gaschwitz und Großstädteln: Rob. Döbel.
Gautzsch: Albin Weidner, Ritterstraße 205.
Gerichshain: Gustav Knaack.
Gohlis: Hermann Müller, Lindenthaler Straße 12
Göhrenz-Albersdorf: Hermann Weigel.
Grasdorf und Cradefeld: Hamann.
Großdeuben (siehe Probstdeuben).
Groß-Pößna: Gruner.
Großzschocher: Wilh. Nagel, Friedrich-Schmidt-Straße 14.
Güldengossa: Frau Nisar.
Hänichen: Frau Friederike Bräutigam, Nr. 43e.
Hohenlohe bei Kitzen: Emil Heinold.
Holzhausen und Zuckelhausen: Frau Rühle in Holzhausen Nr. 26.
Knauthain-Hartmannsdorf: Bernh. Weber, Knauthain.
Knautkleeberg: Ernst Liebing.
Kühlschau bei Eilenburg: Lindner.
Kömlitz: Herber.
Lausen: Albert Handke.
Groß-Lehna: Magnus Engelhardt.
Leutzsch: Friedr. Stohe, Hauptstraße 58.
Liebertwolkwitz: Otto Zwicker, Seifertshainerweg.
Lindenthal: Karl Albrecht.
Lützen: Th. Albrecht.
Lützschena: (s. Hänichen).
Markkleeberg: Karl Kern, Bornaische Straße.
Markranstädt: Bernhard Rauhe, Markt 2, I.
Alt-Mockau: W. Heinrich, Eilenburger Straße 11, II.
Groß-Miltitz: Eug. Haase, Nr. 14.
Mittel-Mockau: Wilhelm Herbert, Adolfstraße 10, I.
Neu-Mockau: Otto Hentze, Kreuzstraße 10.
Modelwitz und Papitz: H. Walther in Modelwitz.
Möckern: Frau Blauschmidt, Kirschbergstraße 11.
Mölkau und Zweinaundorf: Frau Baumberger.
Naunhof: Hermann Kenzig.
Oetzsch: Julius Schmidt, Hauptstraße 43, II. I.
Panitzsch: Anton Engel.
Paunsdorf: Frau Heyer, Dresdener Straße 181, III.
Portitz und Plaußig: Marie Petzsch, Taucha'er Straße 78, II.
Probstdeuben: Otto Reitler, Nr. 18.
Probstheida: Frau Anna Lange, Hauptstraße 17, I.
Rackwitz: Paul Hilger.
Rötha: Frdr. Herm. Müller, Marienstraße 186.
Rückmarsdorf: Adolf Werk.
Schkeitbar: Gustav Triller.
Schkeuditz: Max Wille, Augustenstraße 8.
Schladebach: Friedrich Leida.
Schönau: B. Föhre.
Seebenisch: L. Möritz.
Schönefeld: Frau Ehrlich, Kreuzstraße 8, II.
" Frau verw. Ertel, Südstraße 24, III.
" Frau Petzold, Leipziger Straße 39, Hof I.
" Frau Pauline Vogel, Lazarusstraße 5, II.
" Frau Moser, Dimpfelstraße 8, III.
Seehausen: Aug. Sindermann.
Sommerfeld: Frau L. Betac.
Stahmeln: Frau Martha Pfaff, Nr. 10.
Stötteritz: M. Pöllnitz, Arnoldstraße 22, pt.
Störmthal: Bruno Langhoff.
Stünz: Frau Weigand, Leipziger Straße 8, III.
Tanzberg: Frau Emma Sauer.
Taucha: Frau Emilie Räther, Kirchgasse 81.
Thekla-Plösen: Frau Martha Lippe, Schulstraße
Trachenau bei Rötha: Aug. Gaßmann.
Treben: Bernhard Eichner.
Wachau: Werner.
Wahren: Frau W. Herpig, Seitenstraße 3.
Weißenfels: Alfred Oelßner, Fischgasse.
Wiederitzsch: Frau verw. Wilhelm.
Zitzschen bei Eythra: Richard Stöbe.
Witzschersdorf: Otto Richter.
Zehmen: Gustav Klemm, Nr. 16.
Zöbigker: Auguste verw. Reinhardt, Nr. 6.
Zschortau: Paul Zschäpe.
Zschölkau: Karl Brehmer.
Zwenkau: R. Weiland, Schulgasse.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße.
" Frau Ida Mehlhorn, Albertstraße 12.
" Herr H. Borleis, Markthallenstraße 12, pt.
" Herr Otto Jacob, Blücherstraße 47, Ecke Berliner Str.
L.-Volkmarsdorf: Filiale Ost: Elisabethstraße 17.
L.-Anger: Herr G. Schirmer, Zweinaundorfer Str. 25, pt
" Herr H. Rasch, Cichoriusstraße 12.
L.-Reudnitz o. T.: Herr Köhler, Obere Münsterstraße 21.
L.-Reudnitz: Herr M. Rößler, Kreuzstraße 37.
" Restaurant Schöder, Comeniusstraße 2.
" Herr F. Otto, Bergstraße 7.
" Herr Franz Albrecht, Taubchenweg, Ecke Breitkopfstraße, Zigarrengeschäft.
Stünz: Herr Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.
L.-Thonberg: Herr Ernst Troitzsch, Reitzenhainer Straße 82.
L.-Kleinzschocher: Herr M. Georgi, Plagwitzer Straße 65.
" Herr Karl Peter, Dieskauerstraße 5.
Leutzsch: Herr F. Stohe, Hauptstraße 58.
L.-Lindenau: Lützener Straße 41, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße. Telephonanschluß Nr. 8854.
L.-Plagwitz: Herr B. Becher, Zigarrengeschäft, Zschochersche Straße, Ecke Schmiedestraße.
Böhlitz-Ehrenberg: Herr Ed. Breckau, Ecke Wettiner u. Mühlenstraße.
L.-Connewitz: Herr K. Prior, Bornaische Str. 18.
L.-Eutritzsch: Herr R. Herzog, Magdalenenstraße 6.
L.-Gohlis: Herr Herm. Müller, Lindenthaler Straße 12.

Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Austrägern abgeholt werden.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Berlin, 6. Juni.

Die Abendsitzung

war auf 9 Uhr in Kellers Festsäle einberufen. Man hoffte, daß um diese Zeit die Nachricht, ob die Unternehmer die Vorschläge angenommen oder abgelehnt haben, eingetroffen sei. Viertelstunde um Viertelstunde verrann aber und die Nachricht war immer noch nicht da. Der Delegierten bemächtigte sich eine ungeheure Spannung. In Gruppen standen die Teilnehmer des Verbandstages herum, überall eifrig die Situation besprechend. Es war ungefähr dasselbe Bild, das eine Versammlung am Abend vor der Bekanntmachung des Wahlresultats bildet. Werden die Unternehmer annehmen — oder ablehnen? Diese Frage las man auf allen Gesichtern. Als um 10 Uhr die Vorsitzenden, die im Reichsamt des Innern das Resultat holten, immer noch nicht eintrafen, glaubte man, die Nachricht werde heute nicht mehr eintreffen. Endlich, 20 Minuten nach 10 Uhr, kam Bömelburg mit dem Resultat. Im Augenblick war alles still im Saal und aller Augen richteten sich gespannt auf Bömelburg, der dann u. a. ausführte:

Kollegen, die Sitzung kann sehr kurz sein. Ich habe die Mitteilung zu machen, daß im Reichsamt des Innern wenige Minuten vor 10 Uhr die Nachricht einging, daß die Unternehmer die Vergleichsvorschläge der Unparteiischen angenommen haben. Ein Begleitschreiben soll folgen, ob es besondere Wünsche bringt, mag dahingestellt sein. Der christliche Verband hat die Vorschläge mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie bei uns geschehen, ebenfalls angenommen. Die Unterhandlungen können also weitergeführt werden. Die weiteren zentralen Verhandlungen sollen nicht am 13., wie zuerst geplant, sondern am 14. Juni beginnen. Bei unserer Besprechung, die wir vorher im Reichsamt des Innern hatten, sprach Geheimrat Wiedfeldt die Meinung aus, daß in einer großen Reihe Orte eine Einigung bei den örtlichen Verhandlungen zustande kommt. Als wir ihm sagten, daß das Gegenteil wohl eintreffen werde, da war er sichtlich enttäuscht. Er hätte geglaubt, daß die Unternehmer nun auch in der Lohnfrage Zugeständnisse machen.

Wie sich nun die Sache weiter gestalten wird, ist im Augenblick unklar. Sie müssen den leitenden Kollegen weiter Vertrauen entgegenbringen. Ich möchte Sie bitten, daß, wenn Sie nach Hause kommen, nicht sagen, wir haben gesiegt. So weit sind wir noch nicht. Einen teilweisen Erfolg haben wir, aber erst einen Teil. Durch die Annahme treten wir in das zweite Stadium des Kampfes. Der erste Teil ist gut verlaufen, der zweite Teil muß auch gut enden. Ich bin fest überzeugt, daß er gut verläuft, wenn die Kollegen weiter wie bisher ihre Schuldigkeit tun. Der Kampf kann noch sehr lange dauern. Wenn wir mit derselben Energie den Kampf fortsetzen, wie bisher, dann können wir in einiger Zeit konstatieren, daß wir gesiegt haben. Daß wir diesen Sieg erringen, soll unsere heiligste Aufgabe sein. Wir sind nun am Schlusse des Verbandstages, bringen Sie unseren Kollegen unsere Grüße und sagen Sie Ihnen, daß sie mit demselben Mut, mit derselben Ausdauer weiter arbeiten wollen, wie bisher, dann wird der Sieg auch unser sein. (Lebhafter Beifall.)

Die Arbeiten des Verbandstages sind damit, da die übrigen Tagesordnungspunkte schon vorher — zum Teil in geheimen Sitzungen — erledigt wurden, beendet. Es ist möglich, daß in kurzer Zeit noch ein außerordentlicher Verbandstag stattfindet.

Der nächste ordentliche Verbandstag des gemeinsamen Verbands soll 1913 tagen.

XIII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

r. Köln, 6. Juni.

Nachdem der Sonntagabend die Delegierten im großen Saale des Kölner Volkshauses zu einem Kommers vereinte, begannen am Montag die Beratungen. Es nehmen 60 Delegierte, 10 Gauleiter, die Vertreter vom Hauptvorstand und Ausschuß, die Genossen Sabath von der Generalkommission, Zinner vom schweizerischen, Günther vom ungarischen Schuhmacherverband an den Verhandlungen teil. Die Leitung erhielten Reiner-Köln und der Vorsitzende Simon; acht Schriftführer haben abwechselnd an der Herstellung des Protokolls zu arbeiten; verschiedene Kommissionen die Vorberatung einer neuen Gehaltsskala für die Verbandsangestellten, einzelner Beschwerden u. a. vorzunehmen.

Simon erstattete zur Ergänzung des gedruckten, den mündlichen Vorstandsbericht. Er schilderte, wie die ganze Zeit der verflossenen Geschäftsperiode unter der schwersten wirtschaftlichen Depression gestanden. Diesmal sei auch das Kleingewerbe im Beruf sehr schwer betroffen worden, so daß auch hier zahlreiche Kollegen tagelang oder auf längere Zeit arbeitslos wurden. Das war in früheren Krisen nicht der Fall, ein Beweis, von der fortschreitenden Verschärfung derselben. 1908/09 wurden 260 000 Mk. allein an Arbeitslosenunterstützung verausgabt; nahezu 200 000 Mk. mehr, wie in der vorigen Berichtsperiode. Rechnet man noch hinzu, daß auch bei der Krankenunterstützung die Ausgabe um 100 000 Mk. stieg, so kann man die Schwere der Krise auch für das Schuhmachergewerbe genügend ermessen.

Daß in einer solchen Zeit die Agitation nicht sehr fruchtbar ist, liegt auf der Hand. Es ist schon als ein befriedigendes Ergebnis zu bezeichnen, daß der Verband nicht mehr denn 1800 Mitglieder verloren hat. Diese kleine Schlappe ist jedoch wahrscheinlich wieder völlig ausgemerzt. Seit Anfang dieses Jahres geht die Bewegung wieder aufwärts, und das 1. Quartal schloß mit einem Bestand von 37 495 Mitgliedern ab, so daß schon damals nur noch ein Minus von kaum 700 Mitgliedern zu verzeichnen war. Redner wünschte, daß jeder einzelne diese Aufwärtsbewegung mit allen Kräften fördern helfe.

Die gegnerischen Organisationen hätten in der Berichtsperiode wie Blümlein im Verborgenen geblüht. Kaum sei es möglich, richtige Zahlen über ihre Stärke zu erlangen. Im allgemeinen aber sei von Christlichen wie den Hirschen zu sagen, daß sie stagnieren und einen in Betracht kommenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ausüben.

Der Verband hat in der Berichtsperiode eine Statistik aufgenommen, die erfreuliche Fortschritte über die Verkürzung der Arbeitszeit im Beruf konstatiert. Die erste bezügliche Erhebung wurde 1906 vorgenommen, so daß sich der Vergleich mit den neuen Zahlen auf eine dreijährige Periode erstreckt. 1906 standen 256 Arbeiter unter einer 11—12stündigen Arbeitszeit; diese Zahl war 1909 auf 113 gesunken. 11 986 Arbeiter hatten 1906 10—11stündige Arbeitszeit; 1909 waren es 7423. Mit 9½—10stündiger Arbeitszeit arbeiteten 1906 38 367 Kollegen, 1909 war deren Zahl auf 35 112 gesunken. Dagegen stieg die Zahl derer mit 8½—9½stündiger Arbeitszeit von 12 844 auf 22 851, derjenigen mit 8—8½stündiger Arbeitszeit von 84 auf 155.

Die Zahl der Arbeiter mit Arbeitszeiten von 8—9½ Stunden hat sich also in dem Zeitraum von drei Jahren fast verdoppelt (um 10 078 zugenommen), wogegen sich die andern Zahlen verminderten, d. h. die längere Arbeitszeit hat bedeutend an Ausbreitung eingebüßt.

Schon daraus geht hervor, daß die Organisation trotz der Krise Verbesserungen herbeiführen konnte. Das beweist aber mehr noch die Zahl der Lohnbewegungen, wenn auch größere Bewegungen nicht darunter zu verzeichnen waren. Redner hob die zahlenmäßigen Erfolge der Lohnkämpfe hervor, die wir bereits im Vorbericht mitgeteilt haben.

Redner schloß mit der Darlegung, daß im allgemeinen der Verband sich auch während der Krise als fähig erwiesen habe, seinen Einfluß auf die Fabrikanten zu erweisen. Nur dort, wo er noch zu schwach an Mitgliedern sei, sei dies nicht der Fall. Auf solche schwache Positionen seien in der laufenden Geschäftsperiode vor allem die Kräfte zu verwenden. (Beifall.)

Kassierer Neuß gab den Kassenbericht. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse war 984 808 bezw. 523 312 Mk.; das augenblickliche Vermögen der Hauptkasse ist 460 314 Mk.

In der vorigen Berichtsperiode kamen pro Mitglied und Quartal 12 Beiträge ein; diesmal sind es nur 11 Beiträge gewesen. Die Beitragszahlung ist also unter der Krise zurückgegangen. — Auch der Kassierer zog das von Simon erwähnte leichtfertige Verfahren bei Auszahlung von Unterstützungen heran. In 201 Fällen sei unrechtmäßigerweise ausgezahlt worden, insgesamt 1959 Mk. Zwar seien in 156 Fällen zusammen 1229 Mk. zurückgezahlt worden, doch ist das immer mit Unannehmlichkeiten verknüpft. Redner wünscht, daß solche Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen mögen. — Die sonstigen Zahlen des Kassenberichts (Höhe der verschiedenen Unterstützungsbudgets) brachten wir ebenfalls schon im Vorbericht. — Förster-Nürnberg erklärte im Namen der Revisoren, Kasse und Bücher immer in bester Ordnung befunden zu haben, und beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

In längeren Ausführungen gab darum Haupt-Magdeburg den Ausschußbericht. Es sind während der Geschäftsperiode 16 Beschwerden gegen den Vorstand und 8 andre Sachen an den Ausschuß gekommen. Zehn Beschwerden sind durch den Ausschuß als unbegründet zurückgewiesen worden, während sechs als ganz oder teilweise begründet von ihm anerkannt worden sind. Es handelte sich bei den Fällen um Unterstützungsansprüche einzelner, bezw. Proteste gegen Ausschluß aus dem Verband. Zwei der Abgewiesenen haben Appell an die Generalversammlung eingereicht. — Die Diskussion setzte mit der Erörterung eines solchen Falles ein; sie wird am Dienstag fortgesetzt.

r. Köln, 7. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Zugleich mit den Vorstandsberichten standen ein Dutzend von den Filialen und Gauen gestellte Anträge zur Debatte. Die Berliner beantragten, der Zahlstelle Berlin einen jährlichen Zuschuß von 1000 Mk. zur Bestreitung einer intensiveren Agitation zu bewilligen. Die Berliner hätten für alle Zwecke bedeutend höhere Aufwendungen zu machen wie jede andere Zahlstelle.

Der Gau Frankfurt beantragte, eine Studienkommission nach England und Amerika zu entsenden, um die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu studieren. Es würde stets der amerikanische Arbeiter und seine Leistungen vorgeführt und behauptet, daß auf Grund der Lohn- und Leistungsverhältnisse der Arbeiter die amerikanische Produktion viel billiger sei. Die Studienkommission müsse sich aus einem Mitgliede der Hauptverwaltung und zwei Kollegen aus verschiedenen Fachabteilungen des Berufs zusammensetzen. Sie müßten ihre Erfahrungen in einer Broschüre allen Mitgliedern zugänglich machen.

Die Filiale Rheydt beantragte, zur intensiveren Agitation eine besoldete Kraft mit dem Sitze in Rheydt anzustellen. Andere Anträge verlangen die Aufnahme einer ähnlichen Lohnstatistik wie sie der Vorstand bis jetzt für die Zuschneider aufgestellt hat, für sämtliche Arbeiterkategorien des Berufs der nächsten Generalversammlung einen Entwurf vorzulegen, der die Unterstützungen staffelweise, nach der Dauer der Mitgliedschaft, regelt, und noch verschiedene Maßnahmen hauptsächlich verwaltungstechnischer Natur.

Gleich bei Eröffnung der Diskussion entspann sich eine Kontroverse zwischen Berlinern und Vorstand. Die Berliner Ortsverwaltung hat im Jahre 1908 an mehrere Hundert Kollegen, die bei den Inventuraufnahmen zu Weihnachten bis Neujahr vorübergehend entlassen wurden, dabei aber längere Zeit arbeitslos blieben, auch für die Wochenfeiertage, die in die Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit fielen, Unterstützungen ausgezahlt. Der Vorstand hat dies als gegen das Statut verstoßend bezeichnet. Gegen den Vorstand richtet sich nun eine Beschwerde der Berliner. Die Sache wurde dadurch zum Abschluß gebracht, daß Vorstand und Delegierte sich auf eine Erklärung einigten, die besagt, daß der Wortlaut des bezüglichen Absatzes im Statut zugunsten der Berliner ausgelegt werden könne, und daß die Berliner nach der Auskunft, die ihnen vom derzeitigen Sekretär des Hauptvorstandes zuteil wurde, glaubten, im Sinne des Statuts zu handeln. Nachdem aber sämtliche Mitglieder des Vorstandes die Auffassung vertreten, daß bei der Schaffung der statutarischen Bestimmung (Absatz 10) beabsichtigt war, die Wochenfeiertage nicht allein als Karenztage sondern auch als Unterstützungstage auszuschalten, schließt sich der Verbandstag der Vorstandsauslegung an.

Die sonstigen Ausstellungen an der Vorstandstätigkeit waren gering und bestanden meistens in Monitas und Vorschlägen zur innern Verwaltungstätigkeit. Ein Redner meinte, der Vorstand habe manche Beschwerden wohl etwas oberflächlich behandelt, sonst würde der Ausschuß nicht in mehreren Fällen eine andere Entscheidung getroffen haben. Würde der Vorstand in solchen Dingen etwas umsichtiger sein, so könnte er manchmal die Beschwerden an den Ausschuß und dessen entgegengesetzte Entscheidungen verhindern. Daß die Untersuchungen und Beschlüsse des Vorstandes in Wirklichkeit so vor sich gehen, wurde vom Sekretär des Hauptvorstandes, Genossen Weikert, eindringlich in Abrede gestellt.

Am Fachblatt wurde bemängelt, daß es gelegentlich ungünstige Lohntarife veröffentlicht habe, die dann von den Fabrikanten den Arbeitern als Knüttel in den Weg geworfen werden. Das Fachorgan solle auch einmal öfter auf gewisse Artikel im Werkmeisterorgan antworten.

Im großen ganzen war man mit der Tätigkeit des Vorstandes und der Haltung der Redaktion einverstanden. Wäre nicht von allen Seiten so gut gearbeitet worden, würden bestimmt mehr Mitglieder verloren gegangen sein.

Ein Redner regte an, sich mit der Gewinnung der Monteure zu befassen. Die Fabrikanten gehen darauf aus, die Monteure im Beruf als Schutztruppe bei den Lohnkämpfen zu verwenden.

Die Studienkommission wurde von mehreren Rednern, hauptsächlich der Kostenfrage wegen, bekämpft.

Nachdem 42 Redner gesprochen, wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

17. Verbandstag der Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

r. Berlin, 6. Juni 1910.

Es nehmen 57 Delegierte, die rund 35 000 Mitglieder vertreten, an den Verhandlungen teil; außer diesen sind die Vertreter des Zentralverbandes und der Vorsitzende des Ausschusses, die Vertreter der Bruderorganisationen aus Holland, Oesterreich und der Schweiz anwesend. Die Generalkommission hat den Genossen Sassenbach-Berlin, die Mühlenarbeiter die Genossen Käppler und Hapke, die Bäcker den Genossen Hatschold mit ihrer Vertretung betraut.

Die Tagesordnung umfaßt außer den Punkten, die sich auf die Berichterstattung beziehen, noch die Frage der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband, die Reichsversicherungsordnung und Beratung der zum Statut gestellten Anträge.

Zum Geschäftsbericht hält Etzel das ergänzende Referat. Er gedenkt zunächst all der Schwierigkeiten, die der Entwicklung des Verbandes in der letzten Geschäftsperiode entgegenstanden, und wie es der ganzen Kraftentfaltung und taktischer Klugheit der Verbandsfunktionäre bedurfte, um den Verband über die Klippen hinwegzuführen, die sich durch die wirtschaftliche Krise gebildet hatten und die noch vergrößert worden durch die drohende Erhöhung der Brausteuer. Es sei dem Verbande gelungen, aus der gewaltigen Krise ohne großen Schaden hervorzugehen. — Die Grenzstreitigkeiten haben in der verflossenen Geschäftsperiode wiederum eine große Rolle gespielt. Der Vorstand habe aus Prinzip nur auf die gröbsten Fälle reagiert und ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Berechtigung der Agitation unter den in Brauereien beschäftigten Maschinisten und Heizern nachgewiesen wurde. Dieser Fall ist nun der Generalkommission unterbreitet und wird die nächste Vorständekonferenz sich damit beschäftigen. Die Gründung des Brauereiarbeiterkartells in Berlin bezeichnet Etzel als einen zweiten Verband, wodurch die Berufskollegen auseinander gesprengt werden. Im weiteren betont er, daß erfreulicherweise die Lohnbewegungen regelloser Art mehr und mehr verschwinden.

Redakteur Krieg berichtet über das Verbandsorgan. Er betont, daß dieses nach Möglichkeit seiner Aufgabe als Gewerkschaftsorgan zu erfüllen nachgekommen ist. Aber immer noch muß und kann es besser mit Nachrichten aus den Kreisen der Kollegen ausgestattet werden. So ist zum Beispiel die Berichterstattung über laufende und erledigte Lohnbewegungen und Differenzen über Tarifabschlüsse recht oft mangelhaft.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird von Amborn-Leipzig eröffnet. Redner macht etliche Ausführungen zu den Grenzstreitigkeiten, die in Leipzig durch das dortige Kartell geregelt wurden. Die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband findet seine Zustimmung; er bedauert, daß bisher noch keine Verständigung mit den Böttchern in dieser Frage erzielt ist. Im weiteren wünscht er, daß das Organ eine selbständige energische Stellung zur Politik einnimmt.

Höhlein-Hamburg wendet sich ausführlich zu den Grenzstreitigkeiten, die sich in Hamburg abgespielt haben.

Supper-Bielefeld kritisiert, daß vor kurzem der Gauleiter der Maschinisten und Heizer aus Hannover nach dort gekommen sei, um die bereits über 10 Jahre im Brauerverband organisierten Heizer und Maschinisten für seinem Verband zu werben. Er meint, von solchen Fällen müsse unbedingt die Generalkommission Kenntnis haben, um eingreifen zu können.

Die Anträge, die zum Vorstandsbericht gehören, werden mit in den Bereich der Debatte gezogen. Unter anderem wird beantragt, den weiblichen Mitgliedern die Gleichheit und den Jugendlichen die Arbeiterjugend zu liefern.

Von anderer Seite werden die Artikel des Schriftstellers Calwer über die Verhältnisse der Brauer, die zurzeit durch die Gewerkschaftspresse laufen, kritisiert und betont, daß das darin verarbeitete Material längst veraltet ist und daher nicht mehr maßgebend genannt werden kann.

Die Debatte erstreckt sich über den ganzen Verhandlungstag und dreht sich in der Hauptsache um die Frage der Grenzstreitigkeiten, um die Verschmelzungsfrage und die der Bierablösung. Die Ablösung des Haustrunks wird auf den Lohn geschlagen und deshalb verlangt, daß diese Frage tariflich festgelegt wird.

Durch Schlußantrag wird die Debatte geschlossen und erhält Etzel das Wort, um die gemachten Monitas zu widerlegen. Er spricht zunächst seine Befriedigung darüber aus, daß die Kritik am Vorstandsbericht sowie über die Tätigkeit der Bezirksleiter so gering war, dadurch sei ihm sein Schlußwort äußerst leicht gemacht. Redner gibt dann einige Richtigstellungen über falsche Auffassungen und verbreitet sich etwas mehr über die Urlaubsfrage. Der Urlaub sei geradezu notwendig für die Brauereiarbeiter, doch bedürfe es noch des Kampfes, um diesen überall durchzusetzen. Speziell im Rheinland und Westfalen haben die Unternehmer erklärt, daß der Urlaub unter allen Umständen zu verweigern sei. Im weiteren betont er, daß die in der Diskussion gegebenen Anregungen in der nächsten Geschäftsperiode nach Möglichkeit Berücksichtigung finden würde.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt und wird die Sitzung auf Dienstag früh vertagt.

X. Verbandstag der Hutmacher.

kr. Altenburg, 6. Juni.

Erster Verhandlungstag.

Im prächtig ausgeschmückten Waldschlößchensaal trat heute der Verbandstag zusammen. Anwesend sind 80 Delegierte, vom Verbandsvorstand Metzschke und Siefert, von der österreichischen Vereinigung der Hutmacher Flemisch-Wien. Die Generalkommission vertritt Umbreit-Berlin.

Nach der Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattet Metzschke den Vorstandsbericht: Die Hoffnungen auf einen kräftigen Aufschwung sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Ursachen liegen nicht in der Säumigkeit der Verbandsangestellten und Zahlstellenfunktionäre, sondern hauptsächlich in der wirtschaftlichen Krise, die 1907 einsetzte und eine ungeheure Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Wenn man das berücksichtigt, sind die Erfolge doch ganz gut gewesen, und die Mitglieder haben gerade in dieser Krisenzeit große Vorteile aus der Organisation gezogen. Rechnen wir alles zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß unsre Mitglieder in den letzten drei Jahren etwa 360 000 Mark an Lohnerhöhung dem Verband zu verdanken haben, ein Beweis, daß unsre Organisation keine bloße Unterstützungseinrichtung ist. Bei Lohnbewegungen ist es notwendig, daß künftig die Statuten besser berücksichtigt werden, damit alle Differenzen zwischen den Filialen und dem Vorstand vermieden und für die Kollegen die besten Erfolge erzielt werden. Gerade die letzten Streiks im Jahre 1910 haben keine günstigen Resultate gehabt. Tarifverträge sind in unserm Beruf bei dem häufigen Mode- und Saisonwechsel nur schwer durchzuführen, und man muß es sich reiflich überlegen, ehe man auf diesem Gebiete vorgeht, damit sie nicht zum Schaden der Arbeiter ausschlagen. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich gezeigt, daß die Fabrikantenorganisationen in unserm Berufe wegen ihrer großen Zersplitterung nicht allzu gefährlich sind. Die Beamten, die in Guben und Dresden angestellt worden sind, haben viel zur Förderung der Organisation beigetragen. Gerade an diesen beiden Orten sind die weitaus größten Fortschritte gemacht wor-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

den. Auch Berlin, das seit einiger Zeit zu stagnieren scheint, sollte endlich einen Beamten anstellen. Nicht so gearbeitet, wie es nötig gewesen wäre, haben die Bezirkskommissionen. Im Algäu ist verschiedentlich sowohl von unserm Verband, als von der Generalkommission und der Partei der Versuch gemacht worden, die dortige Arbeiterschaft zu organisieren. Nach einem vorübergehenden geringen Erfolge hat jetzt allein unser Verband ein paar Dutzend Mitglieder. Dennoch ist eine starke Fabrikarbeiterschaft namentlich im Lindenberger Bezirk vorhanden. Die Verhältnisse liegen sehr traurig. Die Arbeitszeit ist 65 Stunden wöchentlich. Der gesetzliche Zehnstundentag für Frauen wird nicht eingehalten. Die Lebenshaltung ist sehr teuer, da fast kein Ackerbau getrieben wird. Brot kostet das doppelte, Kartoffeln das dreifache des im übrigen Deutschland üblichen. Das Zentrum, die Liberalen und die Fabrikanten verstehen es, die Arbeiter durch die schlimmsten Mittel vollkommen abhängig zu halten und jede Arbeiterbewegung zu hintertreiben. Kein Lokal ist zu haben, wer sich einem Verbande anschließt, bekommt im ganzen Bezirk keine Arbeit. Es wird nötig sein, hier besondere Maßregeln zu ergreifen, zu denen Sie den Vorstand ermächtigen, deren Ausführung Sie aber ganz ihm überlassen wollen. In der Algäuer Strohhutindustrie müssen Fortschritte gemacht werden. Mit der obligatorischen Einführung des Fachblattes sind gute Erfahrungen gemacht worden.

Den Kassenbericht gibt Siefert. Wir haben die wichtigsten Zahlen schon mitgeteilt. Die Zuschuß- und die Invalidenkassen haben nicht gut gearbeitet. Hier muß unbedingt eine Aenderung geschaffen werden. Bei Beratung der Anträge wird darauf geachtet werden müssen, daß die Kasse nicht weiter belastet werden darf, ohne daß man ihr neue Geldquellen eröffnet. Das richtigste wäre es, die Unterstützungen zu lassen wie sie sind und die Beiträge um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen, um die Kampffähigkeit des Verbands zu stärken.

Die Debatte über den Geschäftsbericht ist recht lebhaft. Die Berliner Delegierten erklären den ungünstigen Abschluß aus den besonders mißlichen Branchenverhältnissen. Er sei auf keinen Fall darauf zurückzuführen, daß etwa durch den Arbeitsnachweis die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung wüchsen. Mit dem Arbeitsnachweis seien im Gegenteil die besten Resultate erzielt worden. Demgegenüber halten Pfützner-Dresden und Schüler-Guben den Verbandsarbeitsnachweis für überlebt. Er werde jetzt zu einem Schaden der Organisation. Die Berliner sollten von ihrer Gegnerschaft gegen die Anstellung eines Beamten endlich abgehen. Gronwaldt-Berlin und Möckel-Berlin sind der Meinung, daß in dieser Frage schon ein Umschwung in der Stimmung eingetreten sei. Man solle das aber nicht forcieren, um Differenzen in der Filiale zu vermeiden.

Dem Vorstand wird von verschiedenen Rednern der Vorwurf gemacht, er habe seine Macht mißbraucht, indem er gegen einen Antrag Luckenwaldes auf Urabstimmung über die Frage der Erwerbslosenunterstützung Stimmung gemacht habe auf einer Agitationstour. Von einigen süddeutschen Delegierten wird dem aber entschieden widersprochen.

---

kr. **Altenburg**, 7. Juni 1910.

2. Verhandlungstag.

In seinem Schlußwort zum Vorstandsbericht konstatiert Metzschke, daß sich die meisten Redner mit der Vorstandstätigkeit einverstanden erklärt haben.

Siefert geht nochmals auf die Verhältnisse im Allgäu ein. Darauf wird dem Vorstande Entlastung erteilt. Gleichzeitig werden ihm 5000 Mk. zur Agitation im Allgäu zur Verfügung gestellt.

Im Ausschußbericht schildert Pfützner-Dresden die vorgelegenen Streitfälle. Auch er wird entlastet. Der Bericht soll künftig dem dreijährigen Geschäftsbericht angefügt werden.

Zur Verhandlung gelangen nun die Anträge auf Aenderung des Verbandsnamens, Verlegung des Verbandssitzes und Verschmelzung mit anderen Organisationen.

Was den letzteren Punkt anlangt, so hat der Verband der Blumen- und Schmuckfederarbeiter auf seinem Verbandstag 1908 beschlossen, eine Verschmelzung mit den Hutmachern anzustreben, nachdem beide Organisationen die Putzmacherinnen in den Hutfabriken für sich beanspruchten. Als Vertreterin jener Organisation führte Genossin Ihrer aus: Die Notwendigkeit der allgemeinen gewerkschaftlichen Zentralisation erkennen wir alle an. Es kommt aber jetzt schon in Betracht, daß die Unternehmer in beiden Branchen schon vereinigt sind und das gemeinsame Organ, den Modisten, herausgeben. In den Krankenkassen, in der Gewerbeordnung ist die Vereinigung der Blumenarbeiter und Hutmacher schon vorhanden. Ein Zusammenschluß würde die Arbeit sehr erleichtern. Unsere Organisation ist noch jung. Etwa 19000 Arbeiterinnen und 1000 Arbeiter gehören unserem Berufe an, wozu noch 20000 bis 25000 Heimarbeiter kommen. Davon sind etwa 600 organisiert, zu denen während der Saison noch ein größerer Teil hinzukommt, die dann wieder abspringen. Im vorigen Jahre zahlte der Verband 774 Mk. Krankengeld, 684 Mk. für Streikende, 125 Mk. für Gemaßregelte. Der Kassenbestand betrug 7283 Mk. Wir zahlen jetzt noch geringe Beiträge, aber das kann kein Hinderungsgrund sein für die Verschmelzung; unsere Mitglieder werden sich kaum gegen höhere Beiträge wehren. Durch die Verschmelzung würden wir in der Agitation große Vorteile für beide Organisationen schaffen und den Kapitalisten eine größere Macht gegenüberstellen. Die Hut- und die Hutschmuckbranche gehören zusammen; sie sollten nicht vereinzelt, sondern gemeinsam handeln und kämpfen! (Beifall.)

Gronewaldt-Berlin: Im Prinzip bin ich mit der Genossin Ihrer einverstanden. Es kommen aber außer den Blumenarbeitern noch andere Organisationen in Betracht, so der Verband der Kürschner. Eine Anzahl Kollegen arbeiten zeitweise als Kürschner und da wäre es sehr gut, wenn sie ohne Reibereien übergehen könnten. Die Arbeitslosenunterstützung würde sich dadurch erheblich verringern. Die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin wäre sehr zweckmäßig, weil dort alle Fäden in der Arbeiterbewegung zusammengehen.

Herrmann-Dresden: Wir halten die Verschmelzung jetzt für verfrüht, weil wir selbst die Kolleginnen noch nicht organisiert haben. Wir müssen erst auf unserem eigenen Gebiet vorwärts kommen. Jetzt sind wir selbst noch zu schwach. Die Gründe der Berliner für die Sitzverlegung sind nicht stichhaltig.

Metzschke: Wir stehen einer Verschmelzung im Prinzip sympathisch gegenüber. Wir haben aber eine Umfrage veranstaltet, daß in Strohhutfabriken, die hier in Frage kommen, fast gar keine Blumenarbeiter beschäftigt sind. Wenn wir einmal die Putzmacherinnen und Blumenarbeiterinnen in den Fabriken organisiert haben, dann müssen wir auch die Heimarbeiterinnen zu organisieren versuchen. Das würde aber ungeheure Anforderungen an uns stellen. Die Entwicklung drängt ja zum Zusammenschluß. Auf die Solidarität der Arbeiterschaft können die kleinen Organisationen nicht allzuviel bauen. Wenn von uns 50 Proz. streiken, so macht das keinen Eindruck, wo man Kämpfe mit Hunderttausenden von Beteiligten gewöhnt ist. Die Folge davon ist, daß man sich eher größeren Verbänden anschließt. Da kommen für uns die Schneider, Schuhmacher und Kürschner in Frage. Aber da ist wenig Aussicht auf eine baldige Verschmelzung. Wenn die Schwierigkeiten gehoben sind, wenn uns hinreichende Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen, die Agitation in den neuen Gebieten zu betreiben, können wir der Frage näher treten. Es sei denn, daß uns die Generalkommission unterstützen wollte. Der Redner tritt dann energisch dafür ein, daß der Verbandssitz aus Sparsamkeitsrücksichten in Altenburg bleibt, da Berlin keine Vorteile bringen könnte.

Umbreit (Generalkommission) tritt in eingehenden Darlegungen für die Verschmelzung der beiden Verbände ein. Da alle Redner den Industrieverband wünschten, komme es erst darauf an, daß sich die berufsverwandten Organisationen zusammenschließen. Die Blumenarbeiter seien da die nächsten. Beide Verbände würden den Vorteil haben. Es komme jetzt darauf an, bis zur nächsten Generalversammlung die Mitglieder für den Verschmelzungsgedanken zu gewinnen, damit dann der Zusammenschluß ohne Reibereien vor sich gehen könnte. Die Generalkommission würde, wenn der Verband außerordentliche, aber notwendige Agitationskosten erhalte, die er nicht tragen könne, auch eine Unterstützung nicht verweigern.

Die Debatte bewegt sich weiter in den schon beschrittenen Bahnen. Nur wenige neue Gesichtspunkte werden geltend gemacht. Schließlich wird folgende Resolution angenommen:

> Die Generalversammlung steht der Verschmelzung mit dem Verband der Blumenarbeiter und anderen berufsverwandten Verbänden sympathisch gegenüber. Sie hält es aber für verfrüht, schon jetzt definitiv über die Verschmelzung zu entscheiden. Sie empfiehlt den beteiligten Verbänden, die Verschmelzungsfrage zu studieren und beauftragt die Vorstände, die Frage weiter zu verfolgen und einer Lösung entgegenzuführen.
>
> Der Verbandssitz bleibt in Altenburg.

Der Verband erhält den Namen: Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Aus der Partei.

Die lokalen Bildungsausschüsse werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Einsendung des Fragebogens über die örtliche Bildungsarbeit abgelaufen ist. Es wird gebeten, noch ausstehende Fragebogen nunmehr umgehend an die Geschäftsstelle des zentralen Bildungsausschusses: Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Das Allerneueste vom Berichtigungsparagraphen. Die Mecklenburger Volkszeitung in Rostock hatte aus einem Gerichtsurteil ein paar Sätze zitiert, die das Verfahren eines dem Reichsverbande ergebenen Redakteurs in Neustrelitz betreffen. Dieser verlangte darauf auf Grund des § 11 des Preßgesetzes den Abdruck weiterer Partien aus dem Gerichtsurteil. Diese sonderbare Berichtigung lehnte die Mecklenburger Volkszeitung natürlich ab. Jetzt wurde Genosse Franke dafür vom Amtsgericht zu 100 Mark Geldstrafe und zur Publikation der „famosen Berichtigung" verurteilt.

Das Urteil erweckt für die Presse die wunderbarsten Perspektiven. Trotz der trüben Erfahrungen, die wir mit der deutschen Justiz gemacht haben, nehmen wir deshalb vorläufig auch noch an, daß die höhere Instanz das Urteil nicht bestätigen wird.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Zwei Urteile. Wegen Körperverletzung, versuchter Nötigung und Verrufserklärung (§ 153 G.-O.) begangen aus Anlaß des Mansfelder Bergarbeiterstreiks, ist am 21. Februar von der Strafkammer in Eisleben der Bergmann Otto Naumann zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil nur im Strafausspruch auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Diese hat, wie in früheren Fällen, nicht beachtet, daß der Tatbestand des § 153 G.-O. in dem der versuchten Nötigung aufgeht, daß also eine Verurteilung nach § 153 G.-O. im vorliegenden Falle nicht zu erfolgen hat. Die Strafkammer hatte Idealkonkurrenz zwischen beiden Gesetzesbestimmungen angenommen. Eine Aenderung des Strafmaßes wird demnach nicht eintreten.

Denselben Rechtsirrtum hatte am gleichen Tage ein anderer Senat des Reichsgerichts zu berichtigen; er kam jedoch zu einem andern Ergebnis. Vom Landgericht Rottweil ist am 14. Februar der Geschäftsführer Johann Schönenberger in Schwenningen wegen versuchter Nötigung, öffentlicher Beleidigung und Vergehens gegen § 153 G.-O. zu zwei Monaten Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Es handelte sich um Vorgänge bei dem Streik der Holzarbeiter in Schwenningen zu Anfang dieses Jahres. Die Revision des Angeklagten wurde mit der Maßgabe verworfen, daß im entscheidenden Teile des Urteils die Worte „mit einem Vergehen nach § 153 G.-O. zusammentreffend" in Wegfall kommen. — Das Verfahren dieses Senates ist einfacher und billiger.

Landgericht.

Ein geisteskranker Sünder wider die Gesetze. Unter der Anklage, am 16. April aus einer Steigerbude des Braunkohlenwerks Saxonia bei Groitzsch 15 Papierbeutel mit 347.30 Mark gestohlen zu haben, erscheint der 35 Jahre alte Schachtarbeiter Fr. Joh. Paul Zöcke in Groitzsch vor der dritten Strafkammer des Landgerichts. Z. ist bereits als 13jähriger Knabe wegen Hehlerei zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, ein Jahr später schon wieder wegen schweren Diebstahls. Dann ist Z. noch sehr häufig mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen, darunter auch wegen Gewalttätigkeiten. U. a. hat er ein Jahr Gefängnis wegen Körperverletzung erhalten, wegen Begünstigung ebenfalls ein Jahr. Beim Militär wurde er mit 2½ Jahren Gefängnis wegen Fahnenflucht bestraft. Als er einmal einen Menschen, der ihn gehänselt hatte, auf der Straße mit der Hacke dermaßen schlug, daß dieser an den Folgen starb, wurde er nicht bestraft, weil man an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifelte. Er wurde während einigen Jahren in verschiedenen Irrenanstalten beobachtet. Aus der Irrenanstalt Nietleben bei Halle ist er entwichen und die Behörden verzichteten vorläufig darauf, ihn wieder zu internieren. Er heiratete dann im Jahre 1906 und ist jetzt Vater dreier Kinder. Die Irrenärzte, die ihn bisher beobachtet haben, bezeugen, daß er erblich belastet, durch Krankheiten dezerniert ist und an zunehmender Gemütsverblödung leidet. Der Angeklagte selbst erklärt sich energisch für geistig gesund, er gibt aber schluchzend zu, daß er in der Einsamkeit der Zelle öfters Stimmen höre, besonders die seiner Kinder. Den ihm zur Last gelegten Diebstahl bestreitet er. Er erzählt vielmehr, daß er an dem fraglichen Tage in Zeitz gewesen sei und sich vollständig vom Kopf bis zu Fuß neu equipiert habe, nachdem er die Nacht zuvor in Zeitz durchgekneipt hätte. Auf telephonische Anweisung wurde er dann dort festgenommen. Seit dieser Zeit sitzt er in Untersuchungshaft. Die Verhandlung gegen ihn wurde vertagt. Er soll vom Gerichtsarzt noch auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Es ist so gut wie sicher, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werden wird, da auch der Gerichtsarzt schon heute erklärte, daß der Geisteszustand des Angeklagten nicht zu reparieren ist. Da der Angeklagte sich vor dem Alleinsein fürchtet, soll ihm ein Gefährte in die Zelle gesteckt werden. Das endliche Los des Angeklagten wird wahrscheinlich wieder die Irrenanstalt sein.

Hinterziehung des Kaffeezolles. Der Kaufmann Gustav Hermann Rühl in L.-Gohlis war von der Steuerbehörde in eine Strafe von 994.60 Mk. wegen Kaffeezollhinterziehung genommen worden. Die Zollbehörden fanden am 4. August v. J. den Angeklagten im Besitze von 1243.40 Kilo Kaffee, der nicht vorschriftsmäßig nachverzollt war. Der dem Staate vorenthaltene Zoll betrug 248.65 Mk. Als Strafe wurde R. der vierfache Betrag, d. i. 994.60 Mk. auferlegt. Der vorhandene unverzollte Kaffee wurde eingezogen und die Zollbehörde erhebt außerdem noch Anspruch auf die Summe von 435.85 Mk., die sich zusammensetzt aus dem Erlös für bereits verkaufte 272,9 Kilo unverzollten Kaffee und den dafür zu entrichtenden vierfachen Zoll. Einem zu der Verhandlung geladenen Zeugen, der früher beim Angeklagten als Markthelfer beschäftigt gewesen ist und der gedroht hatte, er werde R. gelegentlich eins auswischen, wurde an Gerichtsstelle ein mit sechs Patronen geladener Revolver abgenommen. — Das Strafmandat gegen Rühl wurde bestätigt und seine Berufung verworfen.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	7242.04
Vier Extrabeiträge eines N.-B.	1.20
Radfahrerverein Vorwärts, Hartmannsdorf.	10.—
Speckkuchen, Knautkleeberg, 4. Juni	5.10
Rehbacher Bummel, durch A. Otto	1.50
Die Ruppigen bei August Kühne	1.60
Fidele Kindtaufe bei Heinr. Vogel	6.—
13. Bezirk beim Hamster	3.20
Rückfahrt vom Eislebener Schauturnfest, Arbeiterturnverein Vorwärts, Modelwitz und Umgegend	4.—
R. B. Reinhard	3.—
Bei einer Partie von der Hospitalhütte, durch Klub F. B.	2.50
Zum Besten seiner ausgesperrten Kundschaft, F. Günther, Konradstraße 18	5.—
Gemütlicher Doppelkopf, B.-Ehrenberg, B. P. F. L. S.	1.53
Ziegelstreicher, Plagwitz	1.80
Radfahrerabteilung Kleinzschocher, Extratour, Reichsverweser	14.13
Ueberschuß vom Familienabend der Riege Freisinn, Turnverein L.-Ost, 2. Abt., Rollmopsmann u. 2 Stümper	3.01
Jentzsch, Könneritzstraße	—.50
O. Zugehör, Abonnent, Wernigerode a. H.	1.50
Summa:	7307.61

Leipzig, 8. Juni 1910. Die Expedition.

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Unsere

95 PFENNIG **WOCHE** 95 PFENNIG

bietet in allen Abteilungen hervorragende Einkaufsvorteile.

Die wegen der enormen Preiswürdigkeit schon in den ersten Tagen ausverkauften Artikel sind zum grossen Teil wieder eingetroffen.

[11340

Kaufhaus Gebr. Joske.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 129 Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janson.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

6] (Nachdruck verboten.)

Das Umherirren begann aufs neue. Die beiden Männer tappten vorwärts zwischen Gerümpel und Werkzeugen, an verlassenen Oertern vorüber. Sie wanderten durch endlose Gänge und sahen manchmal in der Ferne den warmen, roten Schein des Feuers, das Zoll für Zoll die Grube eroberte und das Gebiet ihrer planlosen Streifzüge mehr und mehr einschränkte. Hand in Hand trabten sie auf und nieder in denselben Spuren, wankten ab und an, bogen um Ecken, tasteten sich weiter an Stellen, wo der Verwundete nie gewesen zu sein glaubte, oder kamen an einen Platz, wo ihm eine unerklärliche Ahnung zuflüsterte, daß er ihn eben erst verlassen hatte. Rastlos irrte er weiter und schleppte den Begleiter mit sich, dessen Gegenwart er verabscheute und doch nicht missen wollte. Er verlor jeden Begriff von Zeit, ging gefühllos für alles immer nur weiter und weiter und suchte halb unbewußt einen Ausgang — die Rettung, nur vom Instinkt getrieben, wie ein gefangenes Tier, das ohne Rast und Ruh in seinem Käfig auf und ab wankt. Meile auf Meile legte er zurück, und sobald er den Feuerschein in der Ferne gewahrte, tastete er sich eilig ins Dunkel zurück. Das Feuer mahnte ihn beständig an die drohende Gefahr, die näher und näher kam, und er haßte sein Licht ebensosehr, wie er das Dunkel fürchtete. Der Wahnsinnige ging gehorsam mit ihm und winselte wie ein geängstigtes Tier, wenn der Feuerschein sichtbar wurde.

Nachdem der Verwundete eine lange Zeit gewandert war, die ihm unendlich däuchte, trugen ihn plötzlich seine Füße nicht länger. Er sank keuchend vor Anstrengung zusammen und schlief sofort ein.

Beim Erwachen fror ihn. Mechanisch streckte er seine Hand ins Dunkel und begegnete unmittelbar einer andern. Diesmal wunderte er sich nicht darüber, fürchtete sich auch nicht, sondern freute sich eher.

„Hast du auch geschlafen?" fragte er, aber bereute gleich seine Worte.

„Hast du auch geschlafen?" hallte seine Frage zurück.

„Auf und weiter!" sagte der Verwundete und erhob sich.

„Auf und weiter!" klang es neben ihm.

Die beiden traten, wie aneinandergekettet, wieder ihre ziel- und endlose Wanderung an. Was sich vor dem Schlafen wiederholt hatte, also am Tage vorher, meinte der Verwundete, als er sich des Vergangenen flüchtig erinnerte, wiederholte sich aufs neue. Sie streiften durch die Gänge, vorwärts und wieder zurück, bogen ab und gingen im Kreise herum. Die Augen des Verwundeten konnten nichts unterscheiden; aber ein neuer Sinn war offenbar bei ihm geweckt; denn er ging behende und ohne Schwierigkeit den meisten Hindernissen aus dem Wege. Sein Gefährte ging still und willig nebenher und ließ sich von ihm leiten.

Einmal blieb der Verwundete stehen, taumelte und stützte sich gegen die Bergwand.

„Ich bin hungrig!" klagte er.

„Ich bin hungrig!" wimmerte seine eigene Stimme neben ihm.

Ein wahnwitziger Haß loderte unvermutet im Gehirn des Verwundeten auf. Aus einem Punkt im Dunkel sah er dicht vor sich Funken sprühen, und während eines Krampfanfalls, der ihm die Gedärme zusammenschnürte, kaute er mit den Kiefern, als ob er Nahrung zermalmen müsse.

„O, ich bin so hungrig!" jammerte er.

„O, ich bin so hungrig!" ließ sich dieselbe Klage neben ihm hören.

Die Erinnerung an den Haß, der soeben seine Kehle zusammengeschnürt hatte, brachte ihn jetzt in Wut. Er biß sich so hart auf die Unterlippe, daß das Blut herausdrang. Ohne zu wissen, was er tat, sog er es gierig auf und schluckte es hinunter.

Derselbe saugende und schluckende Laut kam aus dem Dunkel neben ihm.

Da tanzten wieder Funken vor seinen Augen, und in ihrem Schein wurde ein neuer Gedanke geboren.

Ich bin hier eingeschlossen und muß verhungern, ehe Hilfe kommt, wenn ich nicht . . . Sein Gehirn weigerte sich, die Fortsetzung des Gedankens zu formulieren, aber seine leeren Eingeweide weckten die Raubtierinstinkte in ihm. Du hast Fleisch, lebendiges Fleisch neben dir. Nimm und iß! sagten sie gebietend.

Der Verwundete taumelte wie betäubt. Sobald diese entsetzliche Begierde, die sich unwiderstehlich hervordrängte, sich seiner bemächtigte, empfand er Abscheu vor sich selbst. Er wollte das Dunkel rings umher verfluchen, sein Schicksal anklagen, er wollte . . .

. . . Weiter kam er nicht; denn etwas, das einer Klaue glich, packte ihn an der rechten Schulter. Es riß ihm die Jacke entzwei, und ehe er sich noch von seinem Schrecken erholt hatte, drückten sich zwei trockene Lippen gegen seinen entblößten Oberarm, und zwei Reihen Zähne, die zweifelsohne einem ausgehungerten Tier gehörten, waren im Begriff, ein Stück Fleisch aus seinem Leib zu reißen.

Der Verwundete gab das Handgelenk des Irren frei. Aber jetzt war er nicht mehr derjenige, der den andern festhielt, der Wahnsinnige preßte ihn wie in einem Schraubstock. Mit einem mal begriff der Verwundete den Zusammenhang. Er war es gewesen, der zuerst den fürchterlichen Gedanken gedacht hatte, und von ihm war er auf seinen Begleiter hinübergesprungen, der augenblicklich den Versuch machte, ihn in die Tat umzusetzen. Der Verwundete hob seinen freien Arm und schlug blindlings und rasend, um los zu kommen. Der Schlag traf, und ein wildes Gebrüll war die Antwort. Der Verwundete fühlte, daß er frei war und floh vor Entsetzen tiefer in die Grube.

Er hörte das heisere Brüllen hinter sich und glaubte das Geräusch von leisen Schritten, die seiner Spur folgten, zu unterscheiden. Er rannte besinnungslos in die Nacht hinein, stieß gegen eine Ecke und bog in einen Gang. Hier blieb er schließlich keuchend und atemlos stehen, um sich zu verschnaufen.

Da kam etwas durch die Luft gesaust. Er begriff nicht, was es war, bückte sich aber dennoch. Aufs Neue flog ein schwerer Gegenstand durch die Luft und zersplitterte hinter ihm an der Wand. Der Verwundete hörte das wohlbekannte Krachen von einem Kohlenstück, das bei einem Stoß zerbricht. Jetzt wußte er: der Wahnsinnige stand draußen und schleuderte Kohlenstücke in den Gang hinein, um zu hören, ob der Flüchtling sich durch eine unvorsichtige Bewegung verraten würde. Der Mann hielt den Atem an und drückte sich platt gegen die Wand.

Nach einer Weile hörte das Werfen auf und schleppende Schritte entfernten sich.

Er hat die Spur verloren, dachte der Verwundete und konnte nur mit Mühe ein zufriedenes Lachen unterdrücken. Die Sinne, die ihm in diesem riesengroßen Grabgewölbe, in das er eingesperrt, von Nutzen waren, hatten sich jetzt unnatürlich geschärft, und seine Intelligenz arbeitete unter dem Druck der Notwendigkeit mit einer ungeahnten Geschmeidigkeit. Dank diesen Umständen war er imstande, sich eine vollkommen richtige Vorstellung von seiner Lage zu bilden und einen Verteidigungsplan auszuarbeiten. Seine Hauptaufgabe bestand darin, fortan jede Begegnung mit dem Wahnsinnigen, dessen tierische Instinkte er in einem schwachen Augenblick heraufbeschworen, zu vermeiden.

In der nächsten Sekunde fiel er fassungslos und gebrochen zusammen. Die Grube brannte auf mehreren Stellen, das Feuer kroch unaufhaltsam näher und näher, und von denen, die Hilfe bringen konnten, wußte niemand, daß er noch am Leben war. Wie sollte er hinauskommen, wie sollte er . . .

Der Verwundete erhob sich geräuschlos und lauschte. Im Gang, durch den er eben gekommen, ließen sich schleichende Schritte hören. Er tastete vorsichtig am Boden nach einem Kohlenstück, das groß genug war, um damit einen Schädel einzuschlagen. Alle niederdrückenden Gedanken vom Augenblick vorher waren wie weggeblasen und er sann mit wirklicher Raserei auf einen Ausweg, um diesen Wahnsinnigen unschädlich zu machen, der umherschlich und ihm nach dem Leben trachtete.

Die Schritte verloren sich in der Ferne, weg von dem Ort, wo der Verwundete lauerte. Dieser stieß einen Seufzer der Erleichterung aus, er fühlte sich jetzt nicht gerade zur Tat bereit.

„Nein, nicht jetzt," wollte er sagen, besann sich aber noch zur rechten Zeit. Immerhin hatte er eine unvorsichtige Bewegung gemacht und hielt den Atem an, um zu lauschen. Es war nichts zu hören und beruhigt schlich er den Gang hinauf. Vor allen Dingen wollte er sich jetzt eine ordentliche Waffe zulegen. Vorsichtig ging er auf den Zehen und blieb bei jedem Schritt lauschend stehen.

Ueberall herrschte Dunkel und Schweigen, aber in diesem Gewirr von Gängen und Orten war es ebenso schwer, einem Menschen aus dem Wege zu gehen, wie ihn zu treffen. Bei einem Vorsprung der Wand, an der er entlang schlich, hielt er mit vorgerecktem Halse still. Sein unnatürlich scharfes Gehör fing einen fernen, schwachen Laut auf. Es konnte ein Haufen Kohlen sein, der zusammensackte, aber es war keineswegs unwahrscheinlich, daß ihn die Füße eines Menschen ins Rutschen gebracht hatten. Minutenlang stand er regungslos und faßte das Kohlenstück fester.

Er hörte nichts mehr, aber ein unerklärlicher Instinkt hielt ihn an demselben Fleck fest. Und sein Warten war nicht umsonst; denn nach einer Weile vernahm er heisere, keuchende Atemzüge. Der Verwundete überlegte. Sollte er das Kohlenstück vorwärts schleudern, sich auf den Zufall verlassen und hoffen, daß er traf? Er konnte zu keinem Entschluß kommen; denn wenn es ihm nicht gelang, den Feind wenigstens für einige Augenblicke unschädlich zu machen, kam er schwerlich dazu, sich an Stelle der weggeschleuderten Waffe eine neue zu suchen. Er strengte seine Ohren aufs äußerste an und merkte wiederum, daß der Wahnsinnige in der Nähe war. Stand dieser, der sicher ebenfalls seine Anwesenheit bemerkt hatte, vor ihm oder hinter ihm? Aufs neue konzentrierte er alle seine Sinne aufs Lauschen. Der andre befand sich hinter ihm. Durch diese Gänge, die bald enger wurden, bald sich unversehens erweiterten, lief der Schall wie durch riesengroße Sprachrohre, verhallte hier und wurde dort von hundertfachen Hindernissen zurückgeworfen und auf unberechenbare und irreführende Weise ins Unendliche fortgepflanzt. Der Verwundete geriet außer sich. Er konnte sich nicht länger zum Stillstehen zwingen, er mußte handeln. Er wußte, kaum fünf Schritte hinter ihm lauerte der andre. Wenn er warf, glückte es vielleicht, den Wahnsinnigen zu verscheuchen.

Er warf.

Als das Geräusch des niederfallenden Kohlenstücks verhallt, war es ebenso still wie vorher. Der Verwundete horchte mit allen Fasern seines Wesens, aber er hörte nur ein sonderbares Sausen. Eine Weile bot er seine ganze Kraft auf, um ausfindig zu machen, woher es kam und wodurch es entstand; dann merkte er, daß das Summen in seinen eigenen Ohren war. Seine Nerven, die bei dieser Katastrophe bis zum Zersprungen gespannt waren, ließen ihn plötzlich im Stich, und ihn packte jene eigentümliche Angst, die das Unbekannte und Unbegreifliche bisweilen erwecken. Da begriff er, daß eine Krise im Anzug war. Seine zitternden Beine wollten ihn nicht länger tragen, der Schweiß floß ihm aufs neue in Strömen über das Gesicht und seine Hände waren schlaff und tot. Das Sausen in seinem Gehirn stockte plötzlich und er hörte die Todesstille um sich her, sah das Dunkel der ewigen Nacht, empfand ihre zermalmende Schwere und ließ sich widerstandslos zu Boden drücken. Er war ausgepumpt, stumpf, überwunden. Seine Augen schlossen sich und er ergab sich in das Unvermeidliche.

Plötzlich fuhr er zusammen und setzte sich aufrecht. Hatte er nicht schleichende Schritte gehört? Vor der eingebildeten oder wirklichen Gefahr erwachte augenblicklich sein Selbsterhaltungsinstinkt. Er wurde wieder Mensch mit allen Begierden und Trieben eines solchen. Blitzschnell durchfuhr es ihn wieder: er mußte schlagen, kratzen, sich verteidigen, handeln . . . Jetzt haßte er mit steigender Erbitterung, mit dem Haß, den das Raubtier gegen seinen Feind hegt, jetzt wollte er diesen verletzen, ihm schaden und ihn verstümmeln, aber am allerliebsten töten.

Ich bin ein Mensch, dachte er, belebt von diesem plötzlich erwachten Haß, der ihm neue Kraft und neuen Mut schenkte.

Im nächsten Augenblick fühlte er, wie zwei Hände nach seiner Gurgel faßten und ein Paar spitzer Knie sich gegen seine Brust drückten, und er hörte einen keuchenden Atem neben sich schnaufen. Mit kalter und schadenfroher Berechnung verabreichte er seinem Feinde mit dem Ellbogen einen Stoß, der wohl imstande war, ein paar Rippen zu brechen oder eine Kinnlade zu zerschmettern. Der Schlag traf anscheinend besser, als er erwartet hatte, denn der Griff um seinen Hals löste sich und die Knie auf seiner Brust streckten sich lang in einer fürchterlichen Zuckung, die sich ihm mitteilte und ihn zusammenschauern ließ. Er hörte einen dumpfen Fall und erhob sich voll Stolz über seine Stärke und Treffsicherheit.

Sein Triumph berauschte ihn, er dürstete nach neuen Kämpfen und war felsenfest überzeugt, auch diese zu einem glücklichen Ende führen zu können. Aber das undurchdringliche Dunkel hinderte ihn daran, sofort seinen Feind aufzusuchen und ihn mit einem Kohlenstück den Schädel einzuschlagen. Er mußte sich darauf beschränken, mit dem einen Fuß am Boden zu tasten, dort, wo nach seiner Meinung ungefähr der Wahnsinnige liegen mußte. Er fand nichts als einige Kohlenstücke, die zur Seite rollten. Da wurde er eifrig, wurde mißtrauisch gegen sein eigenes Urteilsvermögen und erweiterte den Kreis seiner Untersuchungen. Sein Fuß traf noch immer nur an Kohlenstücke. Dieses Faktum, das sich nicht leugnen ließ, machte ihn unsicher und er überlegte, ob es nicht am klügsten war, nieder zu hocken und den Boden mit den Händen zu befühlen. Er ballte sie kampfbereit zur Faust und kroch vorsichtig in sich zusammen, denn jetzt wollte er bestimmt wissen, wo der andre lag.

Im selben Augenblick sauste ein schweres Kohlenstück dicht über seinem Kopfe hin und fiel geräuschvoll in geringer Entfernung zur Erde. Ehe er sich noch von seinem Erstaunen erholt hatte oder recht wußte, woher dieser Anfall kam, flogen neue Stücke in unglaublich rascher Folge vorbei. Der Verwundete drückte sich an die Wand und kroch ganz in sich zusammen.

Als der Sturm ausgerast hatte und dem letzten Kohlenstück keine weiteren folgten, fühlte sich der Verwundete als ein zur Hälfte geschlagener Mann. Der Triumph der vorigen Minuten war verflogen und gleichzeitig auch sein Haß gegen diesen Wahnsinnigen, der ihn bei weitem an List übertraf. In einer Sekunde wurde ihm seine Lage wieder klar und mit einer kühlen Ruhe zog er das Fazit.

Er war eingeschlossen in einer brennenden Grube, deren entferntesten Orte das Feuer erreichen würde, allerdings nach einer Zeit, die er im voraus nicht berechnen konnte. Als Gefährten hatte er ein wahnsinniges Geschöpf, dessen Gehirn auf eine andre Weise fungierte als sein eigenes; denn es wurde durch äußere Eindrücke beeinflußt und war plötzlichen Einfällen ausgesetzt, die kein Vernünftiger voraussehen konnte. Dies Geschöpf, das Mensch zu nennen ihm ein letzter Rest von Stolz verbot, trachtete ihm nach dem Leben und würde ihn ohne Zweifel umbringen, wenn er ihm nicht zuvor kam. Er wußte, was ihm bevorstand: der Tod in der einen oder andern Gestalt, und nicht einmal die unbedeutende Genugtuung wurde im zuteil, selber die Weise, die Zeit oder den Ort bestimmen zu können.

Und doch verlor er den Mut nicht. Hinter dem niederschmetternden Resultat seiner hoffnungslosen Rechnung tauchte etwas auf, das seine Pulse rascher schlagen machte, und trotz des Dunkels und der Gefahren aller Art klammerte er sich an die Hoffnung auf eine mögliche Rettung. Der Selbsterhaltungstrieb, der Wille zum Leben schenkte ihm den Glauben an Möglichkeiten, wo keine vorhanden waren. Er wollte leben und wiederholte laut wieder und immer wieder, was ihm ein glücklicher Zufall kurz vorher auf die Zunge gelegt hatte.

„Ich bin ein Mensch."

Ein klagender Schrei antwortete zehn Schritt weiter hinein in den Gang. Der Irre schien von einem Projektil getroffen, das schwerer war als alle Kohlenstücke und furchtbarer als jeder Schlag und Stoß.

Der Verwundete lauschte mit Anspannung aller Sinne. Er hörte schleppende, todmüde Schritte, die langsam irgendwo um eine Biegung verschwanden. Da erhob er sich und ging nach der entgegengesetzten Seite. Er war wieder stolz auf sich selbst; denn er hatte den Sieg davongetragen. Er sah darin eine glückliche Vorbedeutung, aus der er neue Hoffnung schöpfte. Es gab kein ewiges Dunkel, das Feuer schwälte in weiter Ferne, und die giftigen Wetter belästigten ihn nicht länger. Noch war nichts verloren, noch konnte er alles gewinnen; denn da oben versäumten sie natürlich nichts, was zur Rettung der Eingeschlossenen beitragen konnte. Davon war er felsenfest überzeugt. Die Befreiung würde kommen, mußte kommen . . .

„Ich bin ein Mensch," sagte er wiederum und fand einen wunderbaren Trost in den Worten. Sie schienen ihm etwas Großes und Heiliges auszudrücken.

(Fortsetzung folgt.)

Physikalische Beobachtungsinstrumente.

I.

Der vor einigen Jahren verstorbene englische Denker Herbert Spencer, dessen Werke eine wahre Fundgrube gediegenster Erkenntnis sind, sagt in seiner Biologie, jedes physikalische Beobachtungs- und Meßinstrument könne man als eine künstliche Erweiterung unsrer Sinne auffassen. Wie ist das zu verstehen?

Unsre Sinne sind die Eingangspforten für alle Wahrnehmung. Ohne ihre Tätigkeit läßt sich keine Art von Naturerkenntnis gewinnen, und solange irgendein Naturvorgang nicht auf irgendeins unsrer Sinnesorgane einzuwirken vermag, können wir nichts von ihm wissen.

Von einer Erweiterung unsrer Sinne kann man nun offenbar zunächst in der Bedeutung sprechen, daß man die Leistungsfähigkeit der Sinnesorgane durch Uebung steigert und verfeinert. Daß das möglich ist, kann nicht bezweifelt werden, wenn man beispielsweise an die hohe Ausbildung des Tastsinns bei den Blinden denkt. Freilich hat eine solche natürliche Erweiterung der Sinne ihre Grenzen; weit über sie hinaus führt die künstliche, durch Instrumente bewirkte. Die Wirkungsweise der Instrumente kann, wie man sich leicht denken kann, nur darin bestehen, daß durch sie solche Naturvorgänge und Erscheinungen, die direkt keins unsrer Sinnesorgane erregen können, so umgeformt werden, daß eine solche Erregung und damit die Erzeugung eines Eindrucks möglich wird. Ausgeschaltet können also die Sinne durch die Benutzung der Beobachtungsinstrumente nicht werden.

So ist es bekannt, daß wir sehr kleine Gebilde, z. B. viele Bakterien, mit bloßem Auge nicht sehen können. Das wenige Licht, das diese ins Auge senden, ist nicht imstande, die Netzhaut so zu erregen, daß ein deutliches Gesichtsbild von ihnen entstehen könnte. Bringt man aber die Bakterien unter ein Mikroskop, so werden die von ihnen ausgehenden Lichtstrahlen, während sie die Glaslinsen des Mikroskops durchdringen, so verändert, daß ein Gesichtsbild von ihnen entstehen kann. Wie sehr das durch ein feines Mikroskop bewaffnete Auge dem unbewaffneten gegenüber im Vorteil ist, erkennt man daraus, daß man mit bloßem Auge zwei feine parallele Linien nur solange als getrennt wahrnimmt, als sie nicht weniger als etwa den fünfunddreißigsten Teil eines Millimeters voneinander entfernt sind, daß aber mit Hilfe eines guten Mikroskops die Trennung noch wahrgenommen wird bei einer Entfernung von einem Siebentausendstel Millimeter, so daß also die Leistungen des Auges durch das Mikroskop bis zum Zweihundertfachen erhöht werden. Was das bedeutet für die Erkenntnis gerade jener kleinsten Lebewesen, der Bakterien, aber auch für die Erkenntnis des Aufbaus des Pflanzen- und Tierkörpers und der Gesteine, für die Untersuchung der Nahrungsmittel usw., das braucht nur angedeutet zu werden.

Freilich hat die Wissenschaft ein lebhaftes Interesse daran, noch viel kleinere Dinge als Bakterien wahrzunehmen. Helmholtz und Abbe, der berühmte Förderer des Zeißwerks in Jena, führten aber den Nachweis, daß die Leistungsfähigkeit eines Mikroskops eine durch die Natur des Lichts gegebene Grenze habe, die auf keine Weise überschritten werden könne. Da gelang es dem Scharfsinn der beiden Forscher Siedentopf und Szigmondy, das sogenannte Ultramikroskop zu konstruieren und mit seiner Hilfe noch Körperchen wahrzunehmen, die viel kleiner als die kleinsten Bakterien sind. Goldpartikelchen, die einen Durchmesser von vier Millionstelmillimetern hatten, konnten mit Hilfe des Ultramikroskops noch gesehen werden, so daß also die Leistungsfähigkeit des besten Mikroskops hier fast um das 2000fache übertroffen wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

So wie unser Gesichtssinn durch die Mikroskope eine erstaunliche Erweiterung erfährt hinsichtlich der Sichtbarmachung kleinster Gebilde, so erweitern die Fernrohre seine Wahrnehmungsfähigkeit hinsichtlich sehr ferner Gebilde. Mit Hilfe der Teleskope oder Fernrohre sieht man da, wo das bloße Auge nur schwache Lichtnebel wahrnimmt, gewaltige Haufen von Sternen. Hier kann man von einer Erweiterung des Gesichtssinns im buchstäblichen Sinne reden; denn in immer weitere Fernen des Weltraums vermochte das Auge mit Hilfe der Fernrohre vorzudringen. Und doch gibt es in den unermeßlichen Tiefen des Weltalls noch Gebilde, die selbst das bewaffnete Auge nicht zu sehen vermag. Hier tritt die photographische Platte als ein den Gesichtssinn ergänzendes Hilfsmittel in die Reihe der physikalischen Instrumente. Sie ist nicht eigentlich empfindlicher als die Netzhaut des Auges, aber sie hat die wertvolle Eigenschaft, ganz schwache Lichteindrücke dann festzuhalten, wenn diese lange genug einwirken. So ist es beispielsweise möglich geworden, Kometen zu photographieren, die noch viel zu weit von der Sonne entfernt und darum viel zu lichtschwach sind, als daß sie könnten mit dem Fernrohr wahrgenommen werden. Es ist nur nötig, die photographische Platte genügend lange auf die Stelle des Himmels zu richten, wo der Komet der Berechnung nach sein muß. Auch Sternnebel und Sterne aus solchen Tiefen des Weltraums, in die kein Fernrohr eindringen kann, hält die photographische Platte fest, und sie ist daher zu einem ganz unentbehrlichen Hilfsmittel der Astronomie geworden.

Der Gesichtssinn des Menschen wird in hohem Maße in Anspruch genommen, wenn es gilt, über die Beschaffenheit eines Stoffs etwas auszusagen. Er wird dabei sehr wesentlich unterstützt von dem Geschmacks- und dem Geruchssinn. Der Mensch wie das Tier bedienen sich ganz instinktiv dieser beiden Sinne, wo es gilt, über die besondere Beschaffenheit eines Stoffs näheres zu erfahren. Aber so erstaunlich fein auch vor allem das Geruchsorgan manchen Substanzen gegenüber reagiert, so wenig genügen doch die Leistungen aller dieser Sinne, wenn es gilt, die chemische Zusammensetzung irgendeines Stoffs genau zu erfahren. Der Chemiker ist, um festzustellen, aus welchen chemischen Grundstoffen eine Substanz zusammengesetzt ist, genötigt, fein ausgebildete Untersuchungsmethoden anzuwenden, und diese haben demnach wiederum die Bedeutung, unsre Sinne zu erweitern. Unter den Methoden der chemischen Untersuchung ist nun von ganz besonderer Bedeutung eine, die sich an das Auge wendet und daher wiederum eine Erweiterung gerade des Gesichtssinns darstellt: die Spektralanalyse. Der Apparat, dessen sie sich bedient, heißt Spektralapparat.

Unser Auge hat wohl die Fähigkeit, die einzelnen durch ihre Wellenlänge verschiedenen Lichtarten, nämlich die Farben zu unterscheiden, es vermag aber nicht in solchem Licht, das durch Mischung mehrerer Farben entstanden ist, die einzelnen in der Mischung enthaltenen Farben zu sehen. So erscheint uns das gewöhnliche Sonnenlicht, das doch aus vielen Lichtarten oder Farben gemischt ist, weiß, und die einzelnen farbigen Bestandteile des Sonnenlichts werden dem Auge erst erkennbar, wenn dieses durch ein Glasprisma gebrochen wird. Dann treten die einzelnen Farben der Reihe nach nebeneinander und bilden ein sogenanntes Spektrum.

Es war nun eine Entdeckung von allergrößter Tragweite, als sich herausstellte, daß jeder chemische Grundstoff, der in einer Flamme verdampft und glüht, dieser ganz bestimmte charakteristische Farben erteilt. Man braucht nur ein schwedisches Streichholz anzuzünden, um an dem violetten Schein der Flamme sofort zu erkennen, daß in der Kuppe das chemische Element Kalium enthalten ist. Würde die Flamme intensiv gelb leuchten, so wäre statt des Kaliums das verwandte Natrium vorhanden. Es ist somit aus der Flammenfarbe zu ersehen, welcher chemische Grundstoff in einer Flamme glüht. Nun wird aber in den allerseltensten Fällen in einer Flamme nur ein Grundstoff glühen, es sind deren vielmehr in der Regel mehrere vorhanden, so daß also die Flammenfarbe eine Mischfarbe ist. In dieser die einzelnen Teilfarben zu erkennen, ist das Auge nur dann imstande, wenn das Licht der Flamme durch das Prisma des Spektroskops zerlegt wird, so daß beim Blick in den Apparat die einzelnen Farben aufs schärfste getrennt erscheinen. Die farbigen Linien im Spektroskop sagen dem, der sie zu deuten versteht, ganz genau, aus welchen chemischen Grundstoffen die Substanz zusammengesetzt ist, die in der Flamme zur Verdampfung gebracht worden ist.

Der wissenschaftliche Wert der spektroskopischen Methode liegt in ihrer erstaunlichen Empfindlichkeit. Es genügt beispielsweise, daß in einer Flamme nur der millionte Teil eines Milligramms, also ein 1 000 000 000tel Gramm des Metalls Natrium glüht, um mit Hilfe des Spektroskops die Anwesenheit dieses Stoffs mit Sicherheit nachzuweisen. Dadurch wird dieses Instrument geeignet, selbst wertvolle Aufschlüsse bezüglich der chemischen Zusammensetzung der Fixsterne zu liefern. Das bedeutet eine Erweiterung unsrer Sinne, insbesondere des Gesichtssinns, die man vor 100 Jahren auch noch nicht hätte ahnen können.

(Schluß folgt.)

Kunstchronik.

Die Leipziger Sezession.

II.

Man steht in der Ausstellung im Kaufhause etwa 300 Werken der Malerei, Plastik und Graphik gegenüber, muß sich durch 125 Künstlernamen durchfinden. Unter ihnen liest man sich etwa 30 Leipziger Namen heraus. Es ist also bewiesen, daß die Leipziger nicht nur sich selbst zeigen wollen, sondern ein frischeres Kunstleben in Leipzig anregen wollen. Sie haben für diese Betätigung künstlerischen Genossenschaftssinns Anrecht auf freundschaftliche Ehrung und Unterstützung durch die deutsche Künstlerschaft erworben und haben der Leipziger Bürgerschaft gezeigt, daß sie nicht die Zappelmänner des Kunstvereins und seines „Kunstlebens" sind.

Trotzdem nun die Tatsache, daß Münchner und Berliner Sezessionisten vertreten und im Katalog markiert sind, uns beweist, daß die Sezessionen besonders eingeladen wurden, daß also ein „moderner" Gesamtcharakter für die Ausstellung angestrebt wurde, wird man doch vergeblich sich um den Gewinn eines künstlerischen Gesamteindrucks bemühen. Das hat dreierlei Gründe: erstens ist die kleine Leipziger Schar ohne jeden inneren Zusammenhalt bei der Produktion, also auch in der Werkgesamtheit, zweitens hat auch in München und Berlin der Begriff der Sezession den Charakter revolutionärer Typenverwandtschaft verloren, drittens haben die in sich einzigen Großen sich kaum beteiligt (wir werden die wenigen „großen Namen" gelegentlich erwähnen).

Aus diesen drei Gründen, deren jeder für sich allein zu bedauern wäre, ergibt sich aber das eine Erfreuliche: man wird als Ausstellungsbesucher nicht in Gegensätzen herumgeworfen, man wird nicht in große Kunsterlebnisse seelisch verstrickt, sondern man sucht gelassen den Einzelnen nahezukommen, man findet Persönlichkeiten freudig heraus und begrüßt den und jenen, der es nicht bis zu solchem „höchsten Glück der Erdenkinder" gebracht hat, der aber doch im Werk ein sehr netter Mensch ist.

So wandert man los. Die Freitreppe aufwärts wird man zunächst von einem Werk des Leipziger Sezessionisten Walter Snrutschöck begrüßt. Seine kräftige, farbig und inhaltlich gut abgewogene Art der Darstellung napoleonischer Kriegszeit ist ein glückliches Versuchen, mit neuen Mitteln malerisch der alten Begeisterung für große Zeit zu dienen. Da hängt dann allerdings rechts einer der völlig ungenießbaren Dresdner Nichtskönner, die sich unter dem Vereinsnamen „Brücke" überall hervordrängelnd immer wieder bemerkbar machen, wie sie sich in den tollsten malerischen Zicken produzieren. Neuerdings scheinen sie mit der Tube zu malen. Weiter kann niemand an der Ruth St. Denis vorbei. Sie ist von dem Dresdner Frohberg in ein verkatertes Grau gesetzt und nur ein neuer Beweis dafür, daß jetzt jeder, dem sonst nichts ein- und auffällt, diese Tänzerin malt, deren Kunst bekanntlich übermalerisch ist.

Auf dem ersten Treppenfreiplatz befindet man sich bei den Leipziger Künstlervereinlern. Es ist alles gut gesiebt und doch nichts dabei, was uns einige Minuten beherrschte. Einige Landschaften bieten etwas Wohlig-Anziehendes. Rudolf Müller ist es, der auch das Tierisch-Lebendige an Kühen und Ziegen famos sieht. Lederer-Weida ist nur in der sonnigen römischen Weinkneipe auf seiner naturfrohen Höhe, die andern beiden Landschaften müßte er reicher und satter herausbringen können.

Hier hängen auch noch zwei Temperalandschaften von Professor Fritz Rentsch. Dieser gehört eigentlich eine Treppe höher zu den Künstlerbündlern, aber er bildet hier sehr gut eine Klasse für sich; diese tonige, aus innerster Schöpferlust eingegebene, in höchst persönlichem Farbenausdruck wiedergegebene Landschafterei erquickt wirklich. Mit dem nächsten Treppenaufgang kommt man an einer Landschaft des Professor Vincenz Cissarz (Stuttgart) vorbei, die mit einer zweiten, eine Treppe höher zu findenden, wieder eine ganz eigne fesselnde Wirkung bringt; die strenge Form- und Strichführung dient ganz dem einzigen sieghaften Zwecke, helle bunte Lichtstimmung zu geben.

Den nächsten Treppenfreiplatz beherrschen die Bündler. Figurengeschmückte Landschaften Horst-Schulzes zeigen eigentlich mehr intensives Arbeitsvertieftsein als schöpferische Naturlust, die bei ihm früher sich noch stilvoll steigerte. Er steht wohl in einer Veränderung seiner malerischen Ausdrucksmittel. O. R. Bossert erscheint in zwei Landschaftchen auch mehr als Strebender denn als Schöpfer. Man kann sehr ernsthaft selbstkritisch sich beschränken und doch das reichste Leben im Werk packen: das beweist Professor Seliger mit den beiden Porträtköpfen seiner Kinder. E. Gruners Porträts sind zu flüchtig gefaßt; ein rascher Geniegriff aber ist die tolle Sonnenlandschaft mit dem lustigen Symbol des wandernden Paares. Eine in reiner Lebensruhe gestellte Plastik Joh. Hartmanns, eine Badende, ist in der verhaltenen Bewegung der schönen ebenmäßigen Formen ein gutes Beispiel des Könnens dieses trefflichen Leipziger Bildners; schade, daß die Arbeit nur in Gips, nicht in Metall hier steht.

Von hier aus führt ein Gang in den Hauptsaal, den wir später besprechen wollen. Heute gehen wir nur noch die letzte Treppe [illegible]n. Oben auf dem Freiplatz der dritten (Galerie) Etage [illegible] sich meist vielerlei Fremde zusammen. Ida Hacke (München) stellt Blumen ans Fenster. Sie macht das malerisch und im Lichtton sehr tüchtig, aber ohne Geschmack. Eine Landschaft von Josef Klemm (Leipzig) zeigt eine fruchtbare Ferne um einen Kastanienbaum in sehr lebhafter kraftvoller Raumgestaltung und lichter Sonnenwirkung. Artur Segal (Charlottenburg) haut giftige Farben zusammen und setzt uns in Erstaunen, wieviel er davon verbrauchen kann, um ein paar Tulpen mit Topf zu malen. Sehr gut impressionistisch im Bildwert und fein beobachtet in den Tieren sind die Pferde am Strand von Willy Tiedjen (München). Die Früchte-Stilleben, die Robert Weber (Leipzig) mehrfach zeigt, sind etwas hart in der Farbe, aber gut plastisch; warum aber diese Geschmacklosigkeit des Aufbaues! Das wichtigste hier oben ist Hans Baluschecks (Schöneberg) großes Aquarell Vierter Klasse. Eine im Momenteindruck des Drängens armseliger Fahrgäste in die vierte Klasse eines Fernzugs, fabelhaft intensive Malerei, die das wirre häßliche Treiben der kopflosen Menge hart hinstellt, sogar in den Kontrast zu den üppigen „Rauchern zweiter Klasse" bringt und doch das Ganze im dämmerigen Bunt abendlicher Stunde malerisch abzuklären weiß.

Kl. B.

•

Dr. R. Reinecke, Die Kunst der idealen Tonbildung. Leitfaden für Sänger, Schauspieler usw. Mit sechzehn Abbildungen. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig, Dörffling u. Franke. Preis geheftet 3 Mk., gebunden 4 Mk. — Von dem vorliegenden Buche ist ziemlich viel Aufhebens gemacht worden. Der Rückschlag gegen allzuhohe Einschätzung kann natürlich nicht ausbleiben. Man darf nicht entfernt an Standardworks denken, wie etwa Friedrich Schmitts Große Gesangsschule für Deutschland, Julius Heys breitangelegtes System des deutschen Gesangsunterrichts oder auch Müller-Brunows temperamentvolle Streitschrift: Tonbildung oder Gesangsunterricht — die durch die Stärke und Eigenart der dahinterstehenden Persönlichkeiten imponieren und darum trotz gar nicht wegzuleugnender Irrtümer und Einseitigkeiten dauerndes Interesse beanspruchen können — wenn man sich mit Dr. Reineckes Arbeit beschäftigt. Was er zu geben hat, ist tüchtiger, bis auf vereinzelte Pathosanwandlungen nüchtern gesunder Eklektizismus. Er trägt aus fremder und eigner, unzweifelhaft recht ausgebreiteter Erfahrung das Material fleißig zusammen und bringt es in einer verständigen und übersichtlichen Disposition so geschickt unter, daß der Eindruck eines Organismus wenigstens annäherungsweise erreicht wird. In dem ersten (theoretischen) Teil des Buchs werden zunächst „die Grundelemente der Anatomie des Stimmorgans" in einem mit wissenschaftlichem Ballast — Dr. Reinecke ist von Haus aus Mediziner — im ganzen erfreulich zurückhaltenden Vortrage erörtert. Es folgen ein wichtiges Kapitel über Atmung, eins über das Verhalten und die Funktionen des Stimmapparats bei der Tonerzeugung — wo ich besonders auf das über „Resonanz" Gesagte Wert lege —, zwei über die sprachlichen Elemente des Gesangs und endlich ein dankenswertes über „falsche Klänge" (Gaumen-, Nasen-, Zahnton usw.). Der zweite Teil verarbeitet den gleichen Stoff in ähnlich aufsteigender Anordnung, nur selbstverständlich mit anders gewendeten Exkursen, unter vorwiegend praktischem Gesichtspunkte. Im ersten Teil relativ Feststehendes zu sagen, war bei seiner von vornherein ziemlich abstrakten Anlage minder schwer, als in diesem zweiten, der aus der Fülle der in der Praxis zu beobachtenden konkreten Vorgänge — handle es sich nun dabei um Vorbildliches oder Fehlerhaftes — die wesentlichen herauszulesen versucht. Der Versuch ist in manchem glücklich, in manchem wiederum entschieden anfechtbar. So habe ich zum Beispiel mich von der Brauchbarkeit der Resonanzübung auf W, die den Uebergang von den vorbereitenden, schön und einfach charakterisierten Tiefdruckatmungsübungen zu der eigentlichen Tonbildung machen soll, auf deren allgemeiner gültige Fixierung der Verfasser sich eingestandenermaßen nicht wenig zugute tut, noch nicht so recht überzeugen können: es ist hier leider nicht der Ort, diese und andre Einzelheiten kritisch abzuleuchten; ganz abgesehen davon, daß die Formulierung einer Meinungsverschiedenheit gerade in Sachen des Singenlernens und -lehrens ohne klingende Erläuterung reichlich schwierig ist. Schwierig in erster Linie wegen der Differenziertheit und Ungreifbarkeit vieler Vorgänge selbst; schwierig aber auch deshalb, weil die gesangstechnische Begriffsbildung vorläufig noch recht roh ist. Dr. Reinecke weist einmal darauf hin, wie verwirrend es wirken müsse, daß der Begriff des „Nasalen" ebensowohl auf die zum großen Teil in den Höhlungen der Nase wirksame gesunde Hochresonanz, wie auf das den Klang verstopfende Näseln angewandt werde. Daneben befremden — zumal bei der die lockerere Ausdrucksweise des Essais verschmähenden Systematik des Buchs — Ungenauigkeiten seiner eigenen Terminologie: wenn zum Beispiel der Begriff „dunkel" in einem Atem auf halsigen und auf richtig angesetzten geschlossenen Klang angewendet oder der — Versteifung bedeutende — falsche Muskeldruck von dem vor allem beim energischen Angreifen der Höhe unbedingt erforderlichen Kraftaufwand nicht gebührend unterschieden wird. Es geht übrigens daraus, daß man sich zu solchen Ausstellungen überhaupt veranlaßt sieht, am deutlichsten hervor, daß das Buch zum Durchdenken seines Gegenstandes anregt. — Zum Schlusse noch eine persönliche Bemerkung zu den beiden Vorreden. Ich bin durch sie aufs lebhafteste an das famose „unterdrückte Vorwort des Autors" erinnert worden, das der selige E. Th. A. Hoffmann den Lebensansichten seines Katers Murr voranstellt. Dr. Reinecke führt da eine Sprache, die denkbar geeignet ist, gerade den Lesern, an deren Interesse ihm gelegen sein muß, nämlich seinen ernsthaften Fachgenossen, den unbefangenen Genuß des Buches zu erschweren. Was soll diese reklamenhafte Selbstanpreisung? Was soll besonders die Erklärung, daß die gute Presse Reineckescher Schüler eine Garantie für die Richtigkeit der Methode biete? Mir scheint, eine Leistung, die in sich feststeht, braucht weder der höchsteigenen Beweihräucherung ihres Urhebers noch der Berufung auf das Urteil von Richtern, deren neun Zehntel in Gesangsfragen notorisch inkonsequent sind: Dr. Reinecke weiß das sicherlich ebensogut wie ich; möge er dies Wissen in Zukunft nicht verleugnen!

hr.

•

Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin, die, von August Bebel eingeleitet, vor Jahresfrist etwa im Verlag von Ernst Reinhardt in München erschien, liegt nun schon in dritter, umgearbeiteter Auflage vor (Preis 1 Mark, gebunden 1.80 Mark). Diesmal nennt sich die Verfasserin, die Genossin Adelheid Popp, und sie hat nun ihre Darstellung wesentlich erweitert. Sie fügt eine Schilderung ihrer kurzen Ehe ein, „um an einem individuellen Schicksal zu zeigen, daß die öffentliche Tätigkeit der Frau durch die Ehe und durch ihre Pflichten als Mutter und Gattin nicht gehemmt werden muß". Diese paar Seiten werden dem Buche, das in jede Arbeiterbibliothek gehört, sicher neue Freunde gewinnen und seine anfeuernde Kraft verstärken.

Spricht in diesem Buche eine begeisterungsfähige Kampfnatur, die, von der Idee des proletarischen Befreiungskampfs erfaßt, sich rastlos entwickelt, so redet in den im gleichen Verlag erschienenen Erlebnissen eines Hamburger Dienstmädchens von Doris Viersbeck (Preis 1 Mark) eine nüchterne Natur, die in ihrem Gedankenkreis fest verharrt und sich behauptet. Zwanzigjährig kommt die Verfasserin vom Lande in die Großstadt, um sich als Köchin zu verdingen. Sie ist eine Pflichtnatur kleinbürgerlichen Formats, die nicht hohe Ansprüche stellt; sie ist zufrieden mit sagen wir anständiger Behandlung, fühlt sich stets als Dienstmädchen, wird auffallend gering vom Großstadtleben beeinflußt und entwickelt sich geistig kaum. Sie absolviert in etwa zehnjähriger Dienstzeit vier „Herrschaften". Es muß schon schlimm kommen, bis sie kündigt. Ihr Wahlspruch ist, „voll und ganz" ihre Pflicht zu tun und sich zu verteidigen, wenn es nottut. Bis es nach ihrer Meinung nottut sich zu verteidigen, das dauert immer unverhältnismäßig lange. Bei diesem Temperament und Gesichtskreis kommt keine Kraft in die Schilderung. Da die Erzählerin auf Eindrücke nicht stark reagiert, interessiert ihr enges seelisches Leben weniger als die Zustandschilderung, weniger das Lebensschicksal der Erzählerin als die Verhältnisse, die sie erträgt. Was Doris Viersbeck vorbringt, bietet mehr bescheidne Beiträge zur Psychologie der Bourgeoisfrau, die je nachdem tyrannisch, launisch, verständnislos, lässig, herablassend oder verständig ins Leben der Dienstboten eingreift, als Beiträge zur Dienstmädchenpsychologie, insbesondre zur Psychologie des großstädtischen Dienstmädchens.

gm.

•

Neues Theater. Donnerstag, 6 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg (Wagnerzyklus VI). Freitag: Carmen (Escamillo: Erich Klinghammer). Sonnabend: Der Tartüff; Gezierte Frauen. Sonntag: Das Rheingold (Wagnerzyklus VII). Montag: — **Altes Theater.** Bis Sonnabend geschlossen. Sonntag: Rosenmontag.

Die Regie des für Sonnabend im Neuen Theater (Molière-Abend) auf dem Spielplan stehenden Tartüff liegt in den Händen des Oberregisseurs Talmonico. Mit der Inszenierung der darauf folgenden Komödie Gezierte Frauen beginnt der Dramaturg des Stadttheaters, Paul Prina, seine Tätigkeit als Regisseur.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater ½8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Bis zum 15. Juni geschlossen. — **Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasring).** Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Der Regimentspapa. Sonntag, ½8 Uhr: Der Regimentspapa.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, ½8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Donnerstag: Hofgunst. Freitag: Das Geheimnis der alten Mamsell. Sonnabend: Das Stiftungsfest. Sonntag: Ein gemachter Mann. Montag: Das Geheimnis der alten Mamsell. Dienstag: Das Heiratsnest.

Krystallpalast (Theatersaal; Vaudeville-Saison). Allabendlich ¼9 Uhr: Abenteuer in Marokko.

•

An der Leipziger Universität ist ein **Akademisch Deutscher Literaturverein Leipzig** gegründet worden, ein „interkorporativer engfreundschaftlicher Zusammenschluß von immatrikulierten Studierenden der Universität Leipzig zur Pflege der deutschen Literatur auf Grundlage deutschen Volkstums". Man plant die Herausgabe monatlicher Literarischer Mitteilungen und bereitet ein Leipziger Dichterbuch (Musenalmanach) vor. Vorsitzender ist stud. phil. Clemens Taesler, Marschnerstraße 9. — **Der Deutsche Werkbund** hält Freitag bis Sonntag in Berlin seine dritte Jahresversammlung ab. — Im Nachlaß der jüngst verstorbnen Sängerin Pauline Viardot-Garcia hat sich ein unveröffentlichter zweibändiger Roman Turgenjews gefunden.: Das Leben für die Kunst. Frau Viardot, die mit dem russischen Dichter eng befreundet war, hat bestimmt, daß das Werk erst zehn Jahre nach ihrem Tode veröffentlicht werden soll. — Den fünfzehn Bänden der beiden großen Gesamtausgaben von Nietzsches Werken soll (im Einverständnis mit dem Leipziger Inselverlag) ein sechzehnter Band hinzugefügt werden, der das Ecce homo enthalten wird. Dieses Werk ist bisher nur in einem teuern Privatdruck des Inselverlags erschienen. — Der Kommerzienrat Wilhelm Velhagen, der Mitinhaber der bekannten Verlagsfirma Velhagen u. Klasing, Mitverleger des Daheims und der Velhagen und Klasingschen Monatshefte ist im Alter von 59 Jahren in Harzburg gestorben. —

Eingelaufene Schriften.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauft. 32. Jahrgang 1909/10. Wien, A. Hartlebens Verlag. Heft 9. Jährlich 12 Hefte zu 1.15 Mk. Pränumeration inkl. Frankozusendung 13.50 Mk. Inhalt: Reise nach Harar und Adis Ababa. Von Friedrich J. Bieber in Wien. — Ein Ausflug in das Tal des Karasu. Von Fritz Braun in Graudenz. — Die Mission Pelliot in Chinesisch-Turkestan. — Die Natunainseln. Von Kapitänleutnant D. R. Cornand. — Astronomische und physikalische Geographie. Die Marskanäle. — Politische Geographie und Statistik. Der Außenhandel Bulgariens vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908 a. St. — Berühmte Geographen, Naturforscher und Reisende. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg — Geographische Nekrologie. Todesfälle. — Kleine Mitteilungen aus allen Erdteilen. — Geographische und verwandte Vereine. — Vom Büchertisch. — Eingegangene Bücher, Karten usw. Kartenbeilage: Reiseroute von Paul Pelliot von Russisch-Turkestan nach Kan-Su. Maßstab 1: 12 000 000.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100608/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG